

# Wiener Landtag

## 19. Wahlperiode

### 3. Sitzung vom 27. Jänner 2011

---

#### Wörtliches Protokoll

##### Inhaltsverzeichnis

|   |       |   |       |
|---|-------|---|-------|
| 1. Entschuldigte Abgeordnete  | S. 3  | eines Gesetzes, mit dem das Wiener Pflegegeldgesetz und das Gesetz zur Bedarfsorientierten Mindestsicherung in Wien geändert werden (Beilage Nr 2/2011)   |       |
| 2. Fragestunde  |       | Berichterstatterin Amtsf StRin Mag Sonja Wehsely  | S. 28 |
| 1. Anfrage<br>(FSP – 00341-2011/0001 - KFP/LM)  | S. 3  | Redner:   |       |
| 2. Anfrage<br>(FSP – 00344-2011/0001 - KVP/LM)  | S. 4  | Abg Mag Gerald Ebinger  | S. 28 |
| 3. Anfrage<br>(FSP – 00342-2011/0001 – KFP/LM)  | S. 9  | Abg Wolfgang Seidl  | S. 29 |
| 4. Anfrage<br>(FSP – 00343-2011/0001 – KVP/LM)  | S. 13 | Berichterstatterin Amtsf StRin Mag Sonja Wehsely  | S. 29 |
| 5. Anfrage<br>(FSP – 04608-2010/0001 – KVP/LM)  | S. 14 | Abstimmung  | S. 29 |
| 3. AST – 00347-2010/0002 – KVP/AL: Aktuelle Stunde zum Thema "Für ein faires und modernes Wiener Wahlrecht"   |       | 7. LG – 00111-2011/0001; P 3: Entwurf eines Gesetzes, mit dem die Dienstordnung 1994, die Besoldungsordnung 1994, die Vertragsbedienstetenordnung 1995, die Pensionsordnung 1995, das Unfallfürsorgegesetz 1967 und das Wiener Verwaltungssenat-Dienstrechtsgesetz 1995 geändert werden (Beilage Nr 1/2011) | S. 30 |
| Redner:   |       | Abstimmung  | S. 30 |
| Abg Dr Matthias Tschirf   | S. 18 | 8. PGL - 00378-2011/0001 – KFP/MDLAT: Dringlicher Antrag der Abg Mag Johann Gudenus, MAIS und Dominik Nepp betreffend Reform des Wiener Jugendwohlfahrtsgesetzes 1990   |       |
| Abg David Ellensohn   | S. 19 | Verlesung durch Schriftführer Abg Ing Udo Guggenbichler   | S. 30 |
| Abg Mag Johann Gudenus, MAIS  | S. 20 | Begründung durch Abg Mag Johann Gudenus, MAIS   | S. 31 |
| Abg Dipl-Ing Rudi Schicker  | S. 21 | Rednerinnen bzw Redner:   |       |
| Abg Dr Wolfgang Ulm   | S. 22 | Abg Mag Johann Gudenus, MAIS  | S. 32 |
| Abg Dipl-Ing Martin Margulies   | S. 23 | Abg Dr Wolfgang Aigner  | S. 32 |
| Abg Mag Dietbert Kowarik  | S. 23 | Abg Birgit Hebein   | S. 34 |
| Abg Dr Kurt Stürzenbecher   | S. 24 | Abg Mag Sybille Straubinger   | S. 35 |
| 4. Mitteilung des Einlaufs  | S. 25 | Abg Dominik Nepp  | S. 37 |
| 5. LG – 02016-2010/0001; P 1: Entwurf eines Gesetzes, mit dem das Gesetz über die Unterweisung in Wintersportarten geändert wird (Beilage Nr 27/2010) |       | Abg Mag Jürgen Wutzlhofer   | S. 38 |
| Berichterstatter Amtsf StR Christian Oxonitsch  | S. 25 | Abg Mag Dr Alfred Wansch  | S. 39 |
| Redner:   |       | Abg Dr Claudia Laschan  | S. 41 |
| Abg Sebastian Kurz  | S. 25 | Amtsf StR Christian Oxonitsch   | S. 41 |
| Abg Mag Thomas Reindl   | S. 26 | Abg Mag Johann Gudenus, MAIS  | S. 43 |
| Berichterstatter Amtsf StR Christian Oxonitsch  | S. 27 |   |       |
| Abstimmung  | S. 28 |   |       |
| 6. LG – 04754-2010/0001/LAT; P 2: Entwurf   |       |   |       |



(Beginn um 9.02 Uhr.)

Präsident Prof Harry **Kopietz**: Ich eröffne die 3. Sitzung des Wiener Landtages und wünsche einen guten Morgen.

Entschuldigt sind Frau StRin Matiassek durch Krankheit, durch Krankheit Abg Dr Mayer und Abg Mag Neuhuber, und auf Dienstreise ist Abg Prof Dr Vitouch.

Wir kommen somit zur Fragestunde.

Die 1. Anfrage (FSP – 00341-2011/0001 – KFP/LM) wurde von Herrn Abg Mag Johann Gudenus gestellt und ist an den Herrn Landeshauptmann gerichtet. *(Auf Bundesebene soll noch vor dem Sommer eine Einigung auf eine missbrauchssichere Briefwahl und deren Umsetzung erfolgen. Im Wesentlichen geht es um die Streichung der umstrittenen Nachfrist. Nach der Kritik an der Handhabe der Briefwahl werden die Länder bei Reformen aktiv. Kärnten hat die Nachfrist bei der Briefwahl bereits abgeschafft, Niederösterreich steht kurz davor, in Salzburg liegt ein Entwurf vor. Wann wird es in Wien zu der notwendigen Reform der Briefwahl kommen?)*

Einen schönen guten Morgen. Ich bitte um die Beantwortung.

Lhptm Dr Michael **Häupl**: Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Sehr geehrter Herr Klubobmann!

Ich glaube, wir sollten vernünftigerweise das machen, was in der Realität auch in allen anderen Bundesländern passiert, nämlich im Einklang mit der Wahlrechtsänderung des Bundes vorgehen. Wenn man sich ein bisschen genauer, als Sie das getan haben, anschaut, wie unterschiedlich dies in den Bundesländern gehandhabt wird, dann bin ich überzeugt davon, dass das der einzig vernünftige Weg dazu ist. Denn ja, selbstverständlich auch ich trete dafür ein, dass diese Acht-Tages-Frist wegfällt, weil sie mir als nicht sinnvoll erscheint. Ich meine aber, dass wir das österreichweit durchführen sollten.

Allein am Beispiel Kärntens, das Sie freundlicherweise hier erwähnt haben, muss ich darauf hinweisen, dass es dort die gravierendsten Unterschiede zwischen der Gemeindevahlordnung und der Landtagswahlordnung gibt. In der Landtagswahlordnung ist die Acht-Tages-Frist wie in den meisten Bundesländern enthalten, in der Gemeindevahlordnung gibt es überhaupt keine Fristen.

Allein dieses Beispiel von Kärnten zeigt, wie sinnhaft es wäre, wenn man diese Frage österreichweit gemeinsam und ordentlich im Sinne der inhaltlichen Vorgabe regelt, wie ich vorhin auch sagte.

Präsident Prof Harry **Kopietz**: Danke, Herr Landeshauptmann. Die 1. Zusatzfrage stellt Herr Abg Mag Gudenus. Ich ersuche darum.

Abg Mag Johann **Gudenus**, MAIS (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Sehr geehrter Herr Landeshauptmann!

Wir haben in der letzten Sitzung zu Jahresende des vergangenen Jahres einen Antrag auf Einführung eines Rechts- und Verfassungsausschusses gestellt, der sich unter anderem auch mit der Klärung der Frage der umstrittenen Briefwahl und vor allem der Acht-Tages-Nachfrist und auch der Klärung der Frage beschäftigen sollte, was die Wahlrechtsreform insgesamt in Wien betrifft, hin zu einem fairen Wahlrecht, zu einem Wahlrecht, das bedeutet: Ein Mandat ist eine Stimme.

Warum haben Sie sich gegen so einen Verfassungs- und Rechtsausschuss ausgesprochen und dagegen gestimmt, wo es doch in Wirklichkeit das beste Gremium wäre, solche Frage zu diskutieren und auch darüber zu befinden?

Präsident Prof Harry **Kopietz**: Bitte, Herr Landeshauptmann.

Lhptm Dr Michael **Häupl**: Sehr geehrter Herr Abgeordneter!

Ein Mandat, eine Stimme: Ich glaube, da werden wir einen etwas großen Landtag und einen großen Gemeinderat haben! (*Heiterkeit bei der SPÖ.*) Da kennt er sich aus, in der Basisdemokratie! Das ist lustig.

Aber jetzt unabhängig auch davon: Ja, die SPÖ und die GRÜNEN haben in ihrer Regierungsvereinbarung festgestellt, dass eine Reform des Wiener Wahlrechtes auch durchgeführt wird. Ich habe gesagt, wird werden versuchen, sobald als möglich zur Übereinstimmung zu kommen, sodass in Jahresfrist eine ordentliche Diskussion mit allen hier im Landtag beziehungsweise Gemeinderat vertretenen Parteien zu einer Novellierung des Wahlrechtes geführt werden kann.

Was die Briefwahl betrifft, um auf die ursprüngliche Frage zurückzukommen, kann ich mich hier nur wiederholen: Konstruieren wir nicht einen Gegensatz dort, wo keiner ist! Ich bin ja eigentlich ohnedies Ihrer Meinung, dass die Nachfrist gestrichen gehört. Aber ich bin der Auffassung, dass dies bundesweit passieren soll und nicht in Gemeindevahlordnungen oder in neun Landtagswahlordnungen getrennt.

Das ist eigentlich alles. Ich bin überzeugt davon, dass dies auch sehr bald passieren kann, sodass man dann damit aufhört. Ich meine, ich könnte Ihnen die Tabellen zeigen, die man ausgefertigt hat, wie das in den einzelnen Bundesländern unterschiedlich gehandhabt wird. Ich verzichte darauf. Sie kennen es ja ohnehin. Wir sollten dies auch tun.

Im Übrigen ist man in den Bundesländern, die Sie hier erwähnt haben, durchaus derselben Auffassung. Denn auch in Kärnten hat man, was die Novellierung der Briefwahl in der Landtagswahlordnung betrifft, in der Begutachtung ebenso wie in Salzburg und auch in anderen Bundesländern klar gesagt: Ja, wir wollen eine bundeseinheitliche Regelung, und mit der Endentscheidung werden wir auch darauf warten.

Präsident Prof Harry **Kopietz**: Danke, Herr Landeshauptmann. Die 2. Zusatzfrage stellt Herr Abg Dr Ulm. Bitte.

Abg Dr Wolfgang **Ulm** (*ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien*): Sehr geehrter Herr Landeshauptmann!

Im Mittelpunkt der Diskussion steht sicher das faire Verhältniswahlrecht. Von Ihnen wird es im rot-grünen Koalitionsübereinkommen als modernes Verhältniswahlrecht bezeichnet. Es würde mich natürlich schon sehr interessieren, wie man dieses definiert. Daher bitte ich Sie, mir dieses moderne Verhältniswahlrecht zu definieren. Am interessantesten ist jener Prozentsatz an Stimmen, welcher eine absolute Mandatsmehrheit ermöglicht.

Präsident Prof Harry **Kopietz**: Herr Landeshauptmann, bitte.

Lhptm Dr Michael **Häupl**: Herr Abgeordneter!

Sie können ganz sicher sein, dass auch wir das breit diskutieren werden. Ich kann Ihnen heute nur eines versichern: Wir werden keinen Vorschlag unterbreiten, der so aussieht wie das niederösterreichische Landeswahlrecht, außer Sie wollen das unbedingt. Dann bin ich bereit, darüber zu diskutieren und zu verhandeln.

Präsident Prof Harry **Kopietz**: Danke, Herr Landeshauptmann. Die 3. Zusatzfrage stellt Herr Abg Ellensohn. Bitte.

Abg David **Ellensohn** (*Grüner Klub im Rathaus*): Herr Landeshauptmann!

Ich glaube, die grüne Basis könnte dem Vorschlag des Klubobmanns der Freiheitlichen: Jedem Wiener/jeder Wienerin immer eine Stimme, Basisdemokratie pur!, sogar etwas abgewinnen. Ich weiß nur nicht, wie wir das technisch abwickeln. (*Abg Mag Dietbert Kowarik: Ein Mandat!*) – Ja, das kommt auf das Gleiche: ein Mandat, jedes Mal ein Stimmrecht! Das wäre jetzt einmal ausnahmsweise eine Gemeinsamkeit, außer es war ein Versprecher, aber das will ich nicht unterstellen.

Ich bin kein großer Anhänger der Briefwahl – ich sage das ganz offen –, weil ich das geheime Wahlrecht für das wichtigste Prinzip halte, sehe aber auch, dass dieses Wahlrecht von vielen genützt wird.

Was mir sehr gut gefallen hat, war die Möglichkeit in der Steiermark: ein zweiter Wahltag, ein entsprechender Zeitraum vor dem eigentlichen Wahlsonntag. Der ist in der Steiermark von fast 10 Prozent der Wählerinnen und Wähler genützt worden.

Können Sie sich vorstellen, finden Sie das eine gute Idee, einen zweiten Wahltag in Wien einzuführen?

Präsident Prof Harry **Kopietz**: Herr Landeshauptmann, bitte.

Lhptm Dr Michael **Häupl**: Zunächst einmal: Es ist ohnedies erstaunlich, dass man das am Beginn des zweiten Jahrzehnts des 21. Jahrhunderts noch tun muss, dass man heute darauf hinweisen muss, dass das geheime Wahlrecht ein ganz, ganz hoch einzuschätzendes Gut ist, das es verdient, um nahezu jeden Preis beschützt zu werden.

Ich sage das deswegen, weil wir natürlich sehr viel hören und auch diskutiert haben und durchaus auch abseits üblicher Parteizuordnungen von Diskussionen in den Parteien beispielsweise über das E-Voting diskutiert haben. Das klingt alles modern und fortschrittlich, steht aber in Wirklichkeit heute im kompletten Widerspruch zum geheimen Wahlrecht. Daher erwähne ich das Selbstverständliche, weil manches in den ganzen Diskussion so selbstverständlich nicht mehr ist. Also, da stimmen wir absolutest überein: Das ist zu schützen.

Alles andere, was die Wahlbeteiligung hebt, was immer an Organisation, an Information möglich ist, begrüße ich. Daher habe ich auch ein positives Verhältnis zu einer vernünftigen Briefwahl, weil ganz unbestreitbar ja auch bei der letzten Gemeinderatswahl in Wien zu sehen war, dass dies dazu beigetragen hat, dass die Wahlbeteiligung gestiegen ist.

Selbstverständlich kann ich mich auch mit Vorstellungen eines zweiten Wahltages wie in der Steiermark

anfreunden, denn auch das würde es unter Wahrung der wirklich wichtigen Grundsätze unserer Wahl ermöglichen, dass sich mehr Menschen davon überzeugen lassen, dass es in einer parlamentarischen Demokratie Sinn macht, tatsächlich auch zur Wahl hinzugehen. Ich kann mich mit so einer Idee durchaus anfreunden.

Präsident Prof Harry **Kopietz**: Danke, Herr Landeshauptmann. Die 4. Zusatzfrage stellt Herr Abg Mag Gudenus. Ich ersuche darum.

Abg Mag Johann **Gudenus**, *MAIS (Klub der Wiener Freiheitlichen)*: Ich bin ja sehr erfreut und überrascht, dass die GRÜNEN sich doch zu Wort melden dürfen, trotz Maulkorbs. (*Abg Mag Rüdiger Maresch: Geh bitte!*) Vor einigen Monaten haben ja die Meldungen der Grünen Partei noch etwas anders geklungen.

Ich darf kurz zitieren, was hier von den GRÜNEN gesagt wurde: „Auf Wiener Märkten werden MigrantInnen von der SPÖ angesprochen, um eine Vollmacht für Wahlkarten zu erhalten, in Geriatriezentren werden ohne Wissen der Betroffenen Wahlkarten bestellt.“ (*Abg Mag Rüdiger Maresch: Soll ich vorlesen, was die ... über euch schreibt?*)

Da sieht man, wie schnell die Wandlung der GRÜNEN sich vollzogen hat. Das hätte ja Klubobmann Ellensohn in seiner Frage auch ansprechen können, wie mit solchen Missständen dann umgegangen wird.

Zu meiner eigentlichen Frage: Sehr geehrter Herr Landeshauptmann, im Regierungsübereinkommen steht festgeschrieben, dass Sie sich auch darauf geeinigt haben und planen, das Ausländerwahlrecht für Drittstaatsangehörige in Wien wieder einzuführen, das der Bundesverfassungsgerichtshof ja vor einigen Jahren gekippt hat! Angenommen, die Schranken der Bundesverfassung würden nicht existieren: Wie weit würden Sie in Wien, aber auch rein persönlich, rein nach Ihrem Geschmack gehen, österreichweit Ausländern das Wahlrecht einzuräumen?

Präsident Prof Harry **Kopietz**: Herr Landeshauptmann, bitte.

Lhptm Dr Michael **Häupl**: Sehr geehrter Herr Klubobmann!

Über Geschmack ließe sich ja nun trefflich streiten. Allein an Ihrer vorsichtigen Wortwahl ist ja zu erkennen, dass Sie sich selbst da nicht sicher sind. Ich möchte Sie nur darauf hinweisen: Wenn-Sätze sind nicht nur in der deutschen Grammatik würdelos, sondern gelegentlich auch inhaltlich. Daher sehe ich das total pragmatisch.

Wir haben hier vor geraumer Zeit einen Beschluss auf Einführung des Ausländerwahlrechtes gefasst. Der Verfassungsgerichtshof hat dies für nicht verfassungsrechtlich zulässig erkannt. Im Gegensatz zu anderen in der Republik anerkenne ich Urteile des Verfassungsgerichtshofes. Ob sie jetzt meinem Geschmack entsprechen oder nicht, ist völlig belanglos.

Präsident Prof Harry **Kopietz**: Danke, Herr Landeshauptmann.

Wir kommen damit zur 2. Anfrage (*FSP – 00344-2011/0001 – KVP/LM*), die von Herrn Abg Sebastian Kurz an den Herrn amtsführenden Stadtrat der Geschäftsgruppe Bildung, Jugend, Information und Sport

gerichtet wurde. *(Nun setzt sich auch Frauenministerin Heinisch-Hosek für die Verankerung eines Rechtsanspruches auf einen Kindergartenplatz für alle Kinder ab dem ersten Lebensjahr ein. Werden Sie sich vor diesem Hintergrund auch für die Festschreibung eines solchen Rechtsanspruches auf Wiener Landesebene einsetzen?)*

Herr StR Oxonitsch, ich ersuche um die Beantwortung!

Amtsf StR Christian **Oxonitsch**: Einen wunderschönen Vormittag! Sehr geehrter Herr Abgeordneter!

Sie fragen einmal mehr nach der Verankerung des Rechtsanspruches auf einen Kindergartenplatz ab dem ersten Lebensjahr. Ich könnte durchaus auf Anfragebeantwortungen der letzten Sitzungen verweisen. Es wird sich diese Beantwortung von diesen nicht unterscheiden. Aber da scheinbar manchmal das Gedächtnis verloren geht, weise ich gerne nochmals auf meine wesentlichen Beweggründe hin, warum ich glaube, dass das eine reine Placebo-Maßnahme wäre, die an einer Gesamtveränderung der Situation im Bereich der Kinderbetreuung in Wien nichts verändern würde.

Es ist auf Grund der 15a-Vereinbarung klar – und das hat ja auch der Kontrollamtsbericht über den Ausbau der Kinderbetreuungseinrichtungen gezeigt –, dass wir in Wien im Bereich der Ein- bis Dreijährigen einen Versorgungsgrad von 47,8 Prozent erreichen, im Bereich der Drei- bis Sechsjährigen sogar die 100-Prozent-Marke beim Kindergartenplatzangebot überschreiten. Das heißt, wir haben in diesem Bereich durchaus eine für Gesamt-Wien gesehene Vollversorgung erreicht.

Nichtsdestotrotz bringt auch eine Vollversorgung mit sich, dass wir in Einzelbereichen, in einzelnen Regionen oder Gebieten immer wieder eine stärkere Nachfragesituation haben, denn – und ich weise darauf einmal mehr hin – der Kindergarten unterscheidet sich sehr maßgeblich von der Planung zum Beispiel im Schulbereich.

Wir wissen, dass im Schulbereich die überwiegende Zahl der Kinder – weit über 90 Prozent – eine Schule besucht, die unmittelbar im Wohnumfeld gelegen ist. Das heißt, eine Schulraumplanung auf Grund der Bevölkerungsströme et cetera ist eigentlich durchaus klar berechenbar.

Bezüglich des Kindergartens unterscheidet sich das sehr maßgeblich davon. Wir wissen – ich sage es immer sehr grob, bitte mich nicht auf die 100-prozentige Zahl festzulegen –, dass in etwa ein Drittel der Kinder einen Kindergarten in der Nähe des Wohnortes besucht. Bei den Schulen besuchen über 90 Prozent der Kinder eine Schule in der Nähe des Wohnortes, beim Kindergarten nur ein Drittel. Ein Drittel besucht den Kindergarten dort, wo die Eltern beruflich tätig sind. Da wird es in der entsprechenden Planung schon schwierig. Und ein Drittel der Kinder besucht den Kindergarten dort, wo es eine entsprechende Bezugsperson gibt. Wir wissen, dass es durchaus sehr viele Trennungen gibt. Je nachdem, wo und von wem das Kind abgeholt wird, gibt es auch eine entsprechende Nachfrage.

Eine Verankerung des Rechtsanspruches würde an der Situation der gesamten Versorgung natürlich auch nichts ändern, denn Tatsache ist auch – und das ist ja

durchaus etwas, wovon man auch ablesen kann, dass die Planung hervorragend funktioniert –, dass ohnehin alle Plätze in Wien entsprechend vergeben werden.

Durch einen Rechtsanspruch sind ja – und das wäre durchaus schön, ganz egal, wo die Forderung von der Bundesseite immer wieder herkommt – im Bereich der Kindergärten auch nicht zusätzliche Mittel für Wien lukrierbar. Dann hätte es ja durchaus Sinn, wenn man sagt, okay, wenn man einen Rechtsanspruch verankern soll und wenn von der Bundesseite jetzt diese Forderung auch kommt, dann wären dafür auch finanzielle Mittel lukrierbar. Das wäre durchaus etwas gewesen, worüber man zum Beispiel mit zusätzlichen Mitteln aus der 15a-Vereinbarung für den Ausbau der institutionellen Kinderbetreuungseinrichtungen hätte diskutieren können: Stellen wir die 15a-Vereinbarung um. Finanzielle Mittel sind dann lukrierbar, wenn man den entsprechenden Rechtsanspruch auch verankert.

Wir wissen auf der anderen Seite aber auch sehr genau aus dem Beschwerdemanagement in der MA 10, dass der häufigste Wunsch ja letztendlich nicht der Anspruch auf einen Kindergartenplatz ist, den es dort gibt, sondern der Anspruch auf einen Kindergartenplatz in einem bestimmten Kindergarten. Da ändert der Rechtsanspruch nichts, denn wir brauchen uns ja nur die deutschen Regelungen anzusehen. Es sind dies natürlich Regelungen, die bedeuten: Ja, ich habe Anspruch auf einen Kindergartenplatz. Ich sage immer, ich bin mir völlig bewusst, dass einer Mutter oder einem Elternteil, der im 16. Bezirk einen Kindergarten möchte, der Rechtsanspruch nichts hilft, wenn man im 21. Bezirk beispielsweise irgendwo im Bereich der Großfeldsiedlung einen Kindergartenplatz anbietet.

Das heißt, es geht natürlich um eine reine Placebo-Maßnahme. Wir wissen, dass wir gerade auf Grund der Tatsache der sehr guten Vernetzung der Stadt mit privaten Trägern letztendlich den Eltern immer qualitätsvolle, gute Alternativen anbieten können, sodass letztendlich ohne Rechtsanspruch gemeinsam mit den Eltern eine entsprechende Lösung immer wieder gefunden werden kann.

Wir brauchen uns ja auch nur anzusehen, wie sich das in Deutschland konkret ausgewirkt hat. Sie brauchen nur einmal in die diversen Nachrichtenagenturen einzuweisen. In Deutschland gibt es auf Grund des Rechtsanspruches eine Fülle von Rechtsstreitigkeiten, die sich natürlich über einen langen Zeitraum hinwegziehen. Das hilft den Eltern dann auch überhaupt nichts, wenn sie zwar einen Rechtsanspruch haben, den sie auch einklagen können. Aber dann streitet man trefflich darum, in welcher Art und Weise das abgedeckt werden kann.

Da ist unser Zugang, nämlich die Eltern individuell zu beraten, ihnen auch mit privaten Angeboten zur Seite zu stehen, der 20 Mal sinnvollere. Bei uns hat man einen Kindergartenplatz und nicht Rechtsanwaltskosten zu bezahlen.

Wir haben daher, wie ich denke, ein sehr positives Image in den Wiener Kindergärten, ganz im Gegensatz zum Beispiel auf Grund dieser Diskussionen in Deutschland, wo gerade auch die Institution Kindergarten mit all

diesen Rechtsstreitigkeiten ein sehr positives Image eingebüßt hat.

Wir haben den Weg in Wien weiterhin verfolgt, ein ausreichendes und vor allem qualitativ hochwertiges Angebot an Betreuungsplätzen zur Verfügung zu stellen. Wir werden das auch weiterhin ausbauen, eben auf Grund immer wieder veränderter Nachfragesituationen.

Ich glaube, dass wir mit dieser Placebo-Maßnahme den Kindergärten, den PädagogInnen, der Institution des Kindergartens nichts Positives tun. Daher bleibe ich bei meiner Meinung, die ich hier schon mehrfach gesagt habe: Ich bin nicht für Placebo-Maßnahmen, ich bin für intensive Ausbaumaßnahmen, für Qualifizierungsmaßnahmen, um sicherzustellen, dass wir ein qualitativ hochwertiges Angebot in Wien auch in Zukunft haben. Für derartige Spielchen bin ich nicht zu haben.

Präsident Prof Harry **Kopietz**: Danke, Herr Stadtrat. Die 1. Zusatzfrage stellt Herr Abg Kurz. Bitte.

Abg Sebastian **Kurz** (ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien): Herr Landesrat!

Sie haben sich Sorgen um unser Gedächtnis gemacht. Das brauchen Sie zum Ersten nicht, was meine erste Frage an Sie in dem Gremium betrifft. Zum Zweiten kenne ich die Antworten, die Sie Kolleginnen und Kollegen von mir gegeben haben, die wie die Antwort jetzt für uns wenig zufriedenstellend waren.

Sie haben gesagt, Sie halten nichts von Placebo-Maßnahmen.

Meine Zusatzfrage ist daher: Was halten Sie von Ho-Ruck-Aktionen? Der Gratiskindergarten ist in Wien als Wahlzuckerl und Ho-Ruck-Aktion eingeführt worden. Es ist seither bekannt, dass es einen großen Mangel an gut ausgebildeten Kindergartenpädagoginnen und -pädagogen gibt. Was gedenken Sie da in Zukunft zu tun, damit die Qualität in den Kindergärten in Wien nicht sinkt?

Präsident Prof Harry **Kopietz**: Herr Stadtrat, bitte.

Amtsf StR Christian **Oxonitsch**: Entgegen den von Ihnen gerade auch im Wahlkampf, aber durchaus auch davor immer wieder angekündigten chaotischen Zuständen, die eintreten werden, muss ich sagen: Das waren immer Zukunftsansagen, die man gemacht hat: Da wird das Chaos ausbrechen! Es ist nie gesagt worden: Es ist da jetzt gerade ein Chaos, weil es keines gibt. Es ist immer gesagt worden, es kommt.

Ich kann nur sagen, nicht zuletzt nach zwei Jahren der Tätigkeit in diesem Bereich und der zweijährigen Umsetzung des gesamten Vorhabens des Gratiskindergartens: Es haben sich bisher die Voraussagen nicht bewahrheitet, und sie werden sich auch in Zukunft nicht bewahrheiten, vor allem auch, was das Qualitätsniveau der städtischen Kindergärten, aber natürlich auch der privaten Trägerinnen und Träger betrifft.

Ich möchte dazu sagen: Sie reden ja immer noch von der Ho-Ruck-Aktion, die mittlerweile – so kann man sagen – auch zwei Jahre zurückliegt. Gerade angesichts des Kontrollamtsberichtes – ich kann Ihnen das als Lektüre nur empfehlen – kann ich nur sagen: Es war ein ambitioniertes Vorhaben, das wir uns vorgenommen haben, ja.

Aber ich sage auch dazu, Herr Landtagsabgeordneter, ich würde mir die Diskussion gerne ansehen, wenn wir einen politischen Beschluss mit so einer weitreichenden bildungspolitischen Maßnahme, vor allem aber natürlich auch entlastenden Maßnahme fassen, wenn wir im Jahr A sagen: Okay, wir werden den Gratiskindergarten in Wien umsetzen, aber wir brauchen dazu zwei Jahre, drei Jahre, eineinhalb Jahre. Wie hätten wir hier die Diskussion gerade auch mit Ihrer Fraktion geführt? Im Sinne von: Wie behäbig ist denn der Beamtenapparat in Wien? Geht das nicht alles schneller? Ist das nicht alles viel einfacher zu machen?

Ich sage auch dazu, ich würde mir auch die Diskussion mit den betroffenen Eltern gerne vor Augen führen, die sagen: Das ist ja eine nette und eine gute und wichtige Maßnahme. Und ich glaube, das war – und da sind wir uns ja sicherlich einig – eine gute, wichtige und richtige Maßnahme, diesen bildungspolitischen Schritt in Wien zu setzen. Aber wie hätten Eltern reagiert? Sie hätten gesagt: Na, das ist ja toll, aber mein Kind ist nur drei Jahre im Kindergarten! Jetzt brauchen Sie drei Jahre zur Umsetzung, das heißt, ich habe überhaupt nichts davon!

Daher war völlig klar für uns: Wenn man sich so ein Vorhaben vornimmt, dann ist das auch entsprechend rasch und zügig umzusetzen. Das Erfreuliche am Kontrollamtsbericht ist ja vor allem, dass er nachgewiesen hat, dass es uns gelungen ist, innerhalb dieses ambitionierten Zeitraums von sechs Monaten ein hervorragendes neues Modell auf die Beine zu bringen, ein Modell, das eben nicht nur auf dem städtischen Bereich aufsetzt, sondern dass wir – und da unterscheiden wir uns ja maßgeblich von allen anderen Bereichen – letztendlich auch eine große Entlastung, nämlich mindestens 226 EUR auf Preisbasis des Jahres 2008 in privaten Kindergärten zustande gebracht haben. Das weist dieser Kontrollamtsbericht durchaus sehr eindrucksvoll nach.

Immer wieder werden Kontrollamtsberichte seitens der Opposition für öffentliche Debatten herangezogen, wenn irgendwo Fehler passieren. Keine Frage: Es passieren immer wieder Fehler, da braucht man sich ja nichts vorzumachen. Wenn das nicht so wäre, bräuchte man kein Kontrollamt. Ich glaube, ein politisches System, wo wir davon ausgehen können, wir brauchen eine derartige Einrichtung nicht, können wir uns wahrscheinlich beide nicht wirklich vorstellen. Ich glaube, wir wissen alle, der Spruch gilt: Vertrauen ist gut, Kontrolle ist besser!

Daher sage ich: Nehmen Sie auch diesen Bericht! Er weist nach, in welchen Bereichen wir tatsächlich eine hervorragende Versorgungssituation haben. Er weist nach, welche Maßnahmen wir zur qualitätvollen Betreuung in den Kindergärten für die Pädagoginnen und Pädagogen im Bereich der Kindergärten gesetzt haben: durch unsere Ausbildungsmaßnahmen, durch das Gehaltspaket. Und er weist letztendlich auch nach, dass das Vorhaben keine Ho-Ruck-Aktion, sondern sehr sorgfältig vorbereitet war, aber zügig umgesetzt wurde, so dass die Eltern nicht zwei Jahre darauf warten müssen, wie es scheinbar die ÖVP wollte. Das ist auch etwas

Gutes. Das kann man den Menschen durchaus erzählen.

Wir haben gesagt, wenn wir eine Entlastung versprechen, dann halten wir sie auch – an dieser Stelle ein herzliches Dankeschön an die Kolleginnen und Kollegen der MA 10 –, dann wollen wir das zügig umsetzen. Es ist gut umgesetzt worden, und dazu stehe ich auch.

Präsident Prof Harry **Kopietz**: Danke. Die 2. Zusatzfrage wird von Frau Abg Mag Wurzer gestellt. Ich ersuche darum. Die Abgeordnete befindet sich nicht im Raum. - Wir kommen zu 3. Zusatzfrage. Sie wird von Herrn Abg Kops gestellt. Ich ersuche darum.

Abg Dietrich **Kops** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Herr Stadtrat!

Es ist ja positiv, dass Sie diesen familienpolitischen Irrsinn nicht unterstützen, dass Kinder ab einem Jahr schon einen Rechtsanspruch erlangen können.

Meine Frage richtet sich aber dahin gehend: Sie haben ja gesagt, in städtischen Kindergärten haben Drei- bis Fünfjährige schon derzeit einen 100-prozentigen – ich sage einmal – Bedarf, und der wird auch von den städtischen Kindergärten gedeckt. Die Zahlen sprechen hier für sich, aber die Realität schaut halt anders aus, wenn man mit den Eltern spricht. Die Eltern bekommen natürlich nicht alle einen Kindergartenplatz in den städtischen Einrichtungen und müssen dann in teure Privatkinderkärten ausweichen.

Welche Offensiven, welche Maßnahmen werden Sie setzen, dass das wenigstens geregelt wird, dass die zwangsverpflichteten Fünfjährigen zumindest einen Kindergartenplatz in den städtischen Einrichtungen bekommen?

Präsident Prof Harry **Kopietz**: Herr Stadtrat, bitte.

Amtsf StR Christian **Oxonitsch**: Es ist für uns ja auch in den entsprechenden Fördervereinbarungen sicherzustellen, dass das, was in der 15a-Vereinbarung zwischen den Ländern und dem Bund vereinbart wurde, nämlich die entsprechende Inanspruchnahme eines halbtägigen Kindergartenplatzes im Sinne der 15a-Vereinbarung – und dazu beitragsfrei –, auch bei den Privaten entsprechend umzusetzen ist. Ich führe das ein bisschen darauf zurück, dass Sie dem Gremium noch nicht so lange angehören. Das ist ein Bestandteil bei uns. Da ist zwischen privat und städtisch kein Unterschied.

Aber ich habe mich auch immer ganz klar zu einem differenzierten Angebot im Bereich der Kinderbetreuung in Wien im Zusammenspiel mit privaten und städtischen Einrichtungen bekannt. Aber all jene, die quasi unter dem Motto „verpflichtendes Kindergartenjahr für Fünfjährige“ halbtägig in einem privaten Kindergarten sind, sind ja ebenso beitragsfrei wie im städtischen Bereich, was den Eltern zusätzlich aber die Möglichkeit bietet, sich trotzdem für Angebote im Bereich alternativer Pädagogik, im Bereich zum Beispiel von Gender-Schwerpunkten, die wir in privaten, aber auch städtischen Kindergärten haben, im Bereich von Musikkindergärten zu entscheiden.

Es ist natürlich auch klar, dass für diverse Zusatzangebote vom Träger – ganz egal, ob er städtisch oder privat ist, in der Stadt haben wir darauf verzichtet, aber für die städtischen sind das natürlich durchaus zusätzli-

che Ausgaben – zusätzliche Beträge verlangt werden können. – Also, es gibt diese Differenzierung nicht.

Ich möchte zu Ihrem Einleitungssatz nur zur Klarstellung sagen: Auf der einen Seite sind die 100 Prozent natürlich – und da haben Sie völlig recht – eine rechnerische Größe. Wir wissen, dass dadurch individuelle Ansprüche, die Eltern auch gegenüber der MA 10 oder privaten Trägern immer wieder formulieren, nämlich: Wir wollen in diesem bestimmten Kindergarten einen Platz haben, nicht gelöst sind, nämlich dann, wenn der Kindergarten voll ist.

Da gibt es natürlich zwei Denkmodelle. Das eine ist zu sagen: Verzichten wir – auch im Sinne dessen, was Herr Abg Kurz gesagt hat – auf Qualität und sagen, ganz egal, wenn jemand hinein will, soll er hinein! Wir verzichten auf Gruppenhöchstzahlen oder Ähnliches mehr! – Ich glaube, da sind wir uns sehr rasch einig: Das wollen wir alle nicht. Es soll eine qualitätsvolle Betreuung geben. Dann muss man, wenn 25 Kinder in der Gruppe sind, für das 26. Kind eine Alternative anbieten. Das können wir.

Nichtsdestotrotz bauen wir weiter aus, ungeachtet der Tatsache, dass die Bundesmittel für den Ausbau ja leider nicht verlängert wurden. Es schmerzt mich umso mehr auch, dass es die Mittel für die frühsprachliche Förderung nicht mehr gibt.

Wir bauen aber auch im Bereich der Ein- bis Dreijährigen aus. Darauf möchte ich noch kurz Bezug nehmen. Da geht es für mich – und das ist schon ein wesentlicher Unterschied – nicht um einen familienpolitischen Wahnsinn. Da möchte ich in der Formulierung schon ein bisschen unterscheiden. Ich bekenne mich dazu, dass Angebote in der Stadt Wien auch für Null- bis Dreijährige in ausreichender Zahl zur Verfügung stehen müssen. Der Rechtsanspruch – darauf muss ich jetzt schon zurückkommen – geht ja nicht in Richtung einer Verpflichtung, dass da Einjährige hingehen, sondern dass Eltern die Möglichkeit haben, nicht zuletzt auf Grund veränderter Lebensplanungen auch für ihre ein- bis dreijährigen Kinder ein entsprechendes Platzangebot in Wien zu finden. Dazu bekenne ich mich. Daher investieren wir gerade auch schwerpunktmäßig sehr große Mittel.

Da dürfte es ein bisschen ein Missverständnis geben. Beim Rechtsanspruch geht es ja nur darum, dass man sagt, wenn jemand einen Platz braucht, muss er einen bekommen. Ja, das ist unser gemeinsames Ziel. Da ändert aber der Rechtsanspruch nichts. Wenn man einen Platz sucht und dann vielleicht vor Gerichten streitet, dann hilft das den Eltern nichts. Ich will konkrete Hilfe für die Eltern und nicht juristische Streitereien haben. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Präsident Prof Harry **Kopietz**: Danke. Wir kommen zur 4. Zusatzfrage. Sie wird von Frau Abg Dr Laschan gestellt. Ich ersuche darum.

Abg Dr Claudia **Laschan** (*Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates*): Sehr geehrter Herr Stadtrat!

Ich möchte Bezug nehmen auf die Situation, wie sie aus Sicht der Eltern gesehen wird. Ich bin ein Mensch, der auch Mutter eines Sechsjährigen ist und habe daher sehr viel Kontakt zu anderen Müttern. Meistens sind es

ja immer noch Mütter, die die Kinder hinbringen und abholen. Ich habe eigentlich eine sehr positive Stimmung seit Einführung des Gratiskindergartens geortet, nämlich auch, was das Platzangebot und was die Vielfalt betrifft. Ich erlebe es so, dass es eben Menschen gibt, die ihr Kind in einen geschlechtssensiblen Kindergarten geben möchten und bereit sind, für Zusatzangebote auch etwas aufzuzahlen, so wie es auch bei Privatschulen ist.

Mich würde interessieren – Sie haben den Kontrollamtsbericht erwähnt –, wie Sie den Kontrollamtsbericht interpretieren, aber vor allem auch in folgender Kombination: Ein Kontrollamtsbericht, der objektive Tatsachen feststellt, ist das eine, aber mich würde interessieren, ob Sie sozusagen auch Rückmeldungen und ein Stimmungsbild der Betroffenen – nämlich der Kinder und der Eltern – haben, wie sie mit der derzeitigen Kindergarten-situation in Wien zufrieden sind.

Präsident Prof Harry **Kopietz**: Danke, Herr Stadtrat, bitte.

Amtsf StR Christian **Oxonitsch**: Ich kann Ihnen durchaus eine Rückmeldung geben. Wie gesagt, es gibt natürlich immer wieder Fälle – gar keine Frage –, wo wir, in erster Linie die MA 10 und die wirklich hervorragend arbeitenden Betreuerinnen und Betreuer in den Servicestellen der MA 10, notwendigerweise individuelle Lösungen suchen müssen, weil ein Kindergarten sehr stark nachgefragt wird. Insofern ist das natürlich aus Sicht der Eltern eine zunächst nicht befriedigende Situation. Ich kann aber gleichzeitig auch berichten, dass es uns immer gelingt, in all diesen Fällen dann gemeinsam eine tragfähige Lösung mit privaten Trägern oder im städtischen Bereich zu finden.

Insofern bestätigt der Kontrollamtsbericht aus meiner Sicht durchaus den Weg, den wir eingeschlagen haben, nämlich natürlich weiter intensiv in den Ausbau zu investieren, auch ungeachtet der Tatsache, ob es die Bundesförderung gibt oder nicht gibt. Man muss sich ja vor Augen führen, dass die Bundesförderung für uns ohnehin immer nur rund ein Viertel des gesamten Ausbausvolumens ausgemacht hat.

Aber ich sage auch dazu: Natürlich wären wir froh gewesen, wenn wir dieses zusätzliche Viertel in den Ausbau weiter investieren könnten, vor allem angesichts der Tatsache – und das war auch nie in irgendeiner Form bestritten –, dass wir wissen, dass wir das Barcelona-Ziel mit 33 Prozent noch sehr knapp verfehlen, also nicht weit verfehlen, wie gestern Frau Klubobfrau Marek gemeint hat. Der Kontrollamtsbericht zeigt, wir sind im Bereich der Null- bis Dreijährigen, wo das Barcelona-Ziel ja aufsetzt, rund 1,5 Prozent entfernt. Wie schon gesagt, bei den Ein- bis Dreijährigen, wo der wirkliche Bedarf ist, bewegen wir uns aber bei einem Versorgungsgrad von fast 48 Prozent. Der Bericht zeigt also, dass dieser Weg der richtige war, hier wirklich ein qualitativvolles Angebot zu schaffen.

Darum freut mich dieser Kontrollamtsbericht durchaus, denn er zeigt einerseits die hervorragende Arbeit, die in der MA 10 mit dem ambitionierten Vorhaben des Gratiskindergartens geleistet wurde. Er zeigt, dass die Bemühungen, die wir gesetzt haben, gerade auch im

Bereich der Ein- bis Dreijährigen intensiver auszubauen, gut waren.

Nur muss man auch ganz offen sagen, man kann ja keinen Kindergarten für Ein- bis Dreijährige bauen und dann, wenn die Kinder drei Jahre alt sind, sagen: So, jetzt sucht euch einen neuen Platz! – Natürlich geht es immer um Kindergärten, die ein Angebot für Kinder von einem bis sechs Jahren letztendlich haben. Daher gibt es nicht die Möglichkeit, nur bei den Ein- bis Dreijährigen auszubauen. Wir bauen weiterhin gemeinsam aus. Das verbessert auch insgesamt das Platzangebot. Und auch das zeigt der Kontrollamtsbericht: Wir sind auf dem richtigen Weg.

Insofern kann ich an dieser Stelle einfach nur den Kolleginnen und Kollegen der MA 10 für diese Arbeit, die sicherlich eine Herausforderung für die PädagogInnen vor Ort, für die Servicestellen, für den gesamten Bereich der Umstellung des Förderwesens war, ein herzliches Dankeschön sagen. Ich glaube, es ist uns gemeinsam gelungen – zumindest haben wir grosso modo im gesamten Haus eine Übereinstimmung –, ein wichtiges, ambitioniertes Vorhaben beispielhaft für die anderen Bundesländer umzusetzen.

Denn wenn das Kontrollamt zeigt, dass wir 1,5 Prozent vom Barcelona-Ziel entfernt sind, dann sagen wir: Okay, das ist ja auch gemeinsames Vorhaben dieser neuen Stadtregierung gemeinsam mit den GRÜNEN. Wir wollen das Barcelona-Ziel erreichen. Wir wollen eine 50-Prozent-Versorgungsquote bei den Ein- bis Dreijährigen erreichen.

Aber wir unterscheiden uns hier maßgeblich – und das ist auch ganz wichtig zu sagen – von anderen Bundesländern. Die, die uns auf den Fersen sind, sind derzeit im Bereich von 12 bis 14 Prozent unterwegs. Wir haben 48 Prozent. Also, der Qualitätsunterschied der Wiener Kinderbetreuungseinrichtungen zeigt sich sehr eindrucksvoll.

Präsident Prof Harry **Kopietz**: Danke, Herr Stadtrat. Die 5. und letzte Zusatzfrage stellt Herr Abg Kurz.

Abg Sebastian **Kurz** (*ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien*): Herr Stadtrat!

Sie haben angesprochen, Sie wollen 50 Prozent Versorgungsquote bei den Ein- bis Dreijährigen erreichen. Ich weiß, dass da einiges im Bereich der Kinderrippen getan wird. Meine Frage ist: Haben Sie vor, da auch mehr oder noch mehr im Bereich der Tagesmütter zu unternehmen?

Präsident Prof Harry **Kopietz**: Herr Stadtrat, bitte.

Amtsf StR Christian **Oxonitsch**: Es ist dies ein gemeinsames Projekt auch mit dem Bereich der Tagesmütter. Wir haben ja gerade – es muss in der letzten Legislaturperiode gewesen sein, in einer der letzten Sitzungen – eine sehr maßgebliche Aufstockung im Bereich der Tagesmütter beschlossen, weil wir wissen, dass gerade im Kleinkindalter es durchaus eine Gruppe gibt, die zu Tagesmüttern tendiert. Daher haben wir ja auch entsprechende Verbesserungsmaßnahmen im Bereich der qualitatvollen Ausbildung für Tagesmütter gesetzt, aber vor allem auch die entsprechenden finanziellen Mittel bereits hier im Gemeinderat beschlossen, um zusätzliche Ta-



gesmütter in diesem Bereich einzusetzen.

Insgesamt gesehen, muss man aber sagen, dass wir ein klares Commitment, wie ich denke, auch haben, dass wir in erster Linie nicht zuletzt auf Grund veränderter Ausbildungsrahmenbedingungen sehr stark auf den Kindergarten setzen. Aber die Tagesmütter sind eine sehr, sehr maßgebliche und wichtige Ergänzung. Darum haben wir und habe ich letztendlich auch dem Gemeinderat eine entsprechende Aufstockung im Bereich der Tagesmütter vorgeschlagen, die ja bereits entsprechend in der Umsetzung ist.

Sie werden in der entsprechenden Kindertagesheimstatistik sehen, dass gerade Tagesmütter im Bereich der Ein- bis Dreijährigen mittlerweile auch eine erkleckliche Anzahl von Kindern betreuen.

Präsident Prof Harry **Kopietz**: Danke, Herr Stadtrat.

Wir kommen damit zur 3. Anfrage (FSP – 00342-2011/0001 – KFP/LM), die von Herrn Abg Anton Mahdalik gestellt und an die Frau amtsführende Stadträtin der Geschäftsgruppe Umwelt gerichtet ist. *[Wie hat sich die Tempo 50-Verordnung im Rahmen des IG-L (Immissionsschutzgesetz-Luft) zur Geschwindigkeitsreduktion auf wichtigen Wiener Einfallstraßen in den letzten Jahren auf die Feinstaubbelastung in Wien ausgewirkt?]*

Bitte, Frau StRin Sima.

Amtsf StRin Mag Ulli **Sima**: Sehr geehrter Herr Abgeordneter!

Das Tempolimit ist und war eine von vielen Maßnahmen im Kampf gegen den Feinstaub und für die Gesundheit der Wienerinnen und Wiener. Sie wissen, wir haben bereits zwei sehr, sehr umfassende Maßnahmenpakete verabschiedet und arbeiten nun intensiv am dritten Antifeinstaubmaßnahmenpaket. Wichtig war uns immer, im Feinstaubbereich sämtliche relevanten Bereiche zu betrachten und dort Reduktionen zu erreichen. Das ist natürlich der ganze Baustellenbereich, der Industriebereich, der Winterdienst, der Verkehr und der Bereich der Raumwärme.

In all diesen Bereichen haben wir immer geschaut, mit jedem Maßnahmenpaket auch tatsächlich Maßnahmen zu setzen, um dort die Feinstaubemissionen zu reduzieren. Feinstaub hat leider, anders als vielleicht andere Schadstoffe, nicht nur einen Verursacher, sondern viele Quellen, die wir seit doch schon einigen Jahren vehement bekämpfen.

Beim Feinstaub haben wir natürlich auch das Problem, dass jeder von uns nicht nur Opfer, sondern gleichzeitig auch Täter ist, weil jeder von uns mit seinen Aktivitäten wie Autofahren, wie Heizen oder anderen Dingen natürlich auch Feinstaub emittiert. Das heißt, es ist auch ganz wichtig, dass jeder von uns zur Reduktion von Feinstaub seinen Beitrag leistet.

Ihnen ist sicherlich auch bekannt, dass es ja am Anfang etliche Studien gegeben hat, die wir in Auftrag gegeben haben, um zu schauen, wie die Feinstaubsituation in unserer Stadt auch tatsächlich aussieht. Drei Viertel – und das ist durch mehrere Studien der Technischen Universität Wien belegt – des Feinstaubs, den wir in der Stadt haben, entstehen woanders. Das heißt, drei Viertel haben wir durch Ferntransport, ein Viertel machen wir

uns sozusagen selbst. Und genau dieses Viertel wollen wir mit den diversen Maßnahmenpaketen auch bekämpfen und weiter reduzieren.

Wir haben damals im Winter 2006 dieses Tempolimit als lokalen Beitrag eingeführt, weil die Tempolimits vor allem auf einer sehr lokalen Ebene wirken. Wir haben ja auch eine Evaluierung durch die Technische Universität Graz und die BOKU in Wien durchführen lassen. Diese Studie hat wirklich diese ganz klaren und positiven Auswirkungen auf die Luftqualität, aber auch auf die Verkehrssicherheit und natürlich auch auf die Lärmreduktion gezeigt.

Die Feinstaubvorläufersubstanz NO<sub>x</sub> verringert sich bei dieser Reduktion von 70 auf 50 km/h auf der untersuchten Strecke um 37 Prozent. Beim Feinstaub haben wir auf der untersuchten Strecke eine Reduktion von 23 Prozent. So war das Ergebnis der Analyse der Universitätsprofessoren.

Neben diesen positiven Auswirkungen auf die Luftgüte kommt es noch zu anderen positiven Auswirkungen, nämlich zu einer Reduktion des Lärms um 1,2 dB. Nur zum Vergleich: Dazu müsste man das Verkehrsaufkommen in Summe um ein Viertel reduzieren, um den gleichen Lärmreduktionseffekt zu haben.

Die Ärzte für eine gesunde Umwelt haben uns ausgerechnet, dass wir alleine mit dieser einen Maßnahme bis zu 17 Todesfälle im Jahr einsparen können – ich sage das jetzt zwischen Anführungszeichen, weil ich weiß, dass das immer etwas zynisch klingt – und Gesundheitskosten in der Höhe von 12 Millionen EUR einsparen konnten.

Präsident Prof Harry **Kopietz**: Danke, Frau Stadträtin. Die 1. Zusatzfrage stellt Herr Abg Mahdalik. Ich bitte darum.

Abg Anton **Mahdalik** (Klub der Wiener Freiheitlichen): Sehr geehrte Frau Stadträtin!

Da wir heute in Wien eine flächendeckende 10-km/h-Zone gehabt haben und teilweise noch immer haben, wage ich aber trotzdem daran zu zweifeln, dass heute, obwohl nichts geht und die Geschwindigkeit durch einen Unfall oder vielleicht auch einen zweiten extrem reduziert wurde, sich der Schadstoff- beziehungsweise der Feinstaubausstoß extrem reduziert hat, sondern wage zu behaupten, dass genau das Gegenteil der Fall ist, dass der Feinstaubausstoß beziehungsweise der Schadstoffausstoß zumindest durch den Autoverkehr heute höher als an anderen Tagen ist.

Daran anschließend geht meine Frage, ob Sie der Meinung sind, dass flächendeckende 30-km/h-Zonen in Wien eingeführt werden sollen, und wenn ja, warum?

Präsident Prof Harry **Kopietz**: Frau Stadträtin, bitte.

Amtsf StRin Mag Ulli **Sima**: Wie Sie wissen, bin ich nicht die Verkehrsstadträtin, also fragen Sie die Falsche. Ich kann Ihnen aber mitteilen, weil ich das aus unserem Feinstaubmaßnahmenpaket weiß, dass bereits heute 47 Prozent der Gemeindestraßen, also fast die Hälfte, schon Tempo-30-Zonen sind, weil das der Wunsch der Bezirke ist. Sie wissen, dass das sehr stark in den Bezirken bestimmt wird und es diesen Wunsch von der Bevölkerung sehr stark gibt.

Was Ihr subjektives Gefühl zur Feinstaubsituation in Wien betrifft, liegt das wahrscheinlich daran, dass Sie nicht so oft im Umweltausschuss sind. Sonst wüssten Sie vielleicht, dass es beim Feinstaub, was die Jahresmittelwerte betrifft, eine sehr positive Entwicklung gibt, die uns zeigt, dass wir auf dem richtigen Weg sind, nämlich dass die Kurve eindeutig nach unten geht. Natürlich gibt es immer wieder so kleine Zacken nach oben, aber die Tendenz zeigt, dass wir mit den Maßnahmen auf dem richtigen Weg sind. Deswegen werden wir auch die Maßnahmen weiter fortsetzen und noch zusätzliche Maßnahmen dazugeben.

Das wäre unser Zielwert für das heurige Jahr. Ich hoffe, dass wir es schaffen, diesen zu erreichen. Wir sind da nicht so schlecht unterwegs, wie man vielleicht subjektiv manchmal den Eindruck hat.

Man muss sich manchmal auch die Zahlen, Untersuchungen und Studien, die wirklich in einer großen Vielzahl von unabhängigen Institutionen wie dem Umweltbundesamt, den Technischen Universitäten oder der BOKU vorliegen, anschauen, um zu sehen, was tatsächlich das Ergebnis ist, und sich vielleicht nicht nur auf seine subjektiven Gefühle verlassen.

Präsident Prof Harry **Kopietz**: Danke, Frau Stadträtin. Die 2. Zusatzfrage stellt Frau Abg Reischl. Ich ersuche darum.

Abg Hannelore **Reischl** (*Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates*): Sehr geehrte Frau Stadträtin!

Die Temporeduzierung ist eine Maßnahme, um den Feinstaub zu reduzieren. Aber Sie selbst haben ja schon von mehreren Maßnahmenpaketen gesprochen. Daher meine Frage: Welche weiteren Maßnahmen setzt die Stadt Wien, um den Feinstaub zu reduzieren?

Präsident Prof Harry **Kopietz**: Frau Stadträtin, bitte.

Amtsf StRin Mag Ulli **Sima**: Sehr geehrte Frau Abgeordnete!

Wir haben ja bereits zwei Maßnahmenpakete verabschiedet. Ich möchte die wichtigsten Punkte skizzieren, weil man da wirklich schön sieht, dass sie alle Bereiche, wo Feinstaub entsteht, betreffen. Es war immer unser Ziel, nicht einen Sektor über Gebühr zu belasten, sondern die Feinstaubreduktionsmaßnahmen gleichmäßig auf alle Sektoren zu verteilen.

Eines der wichtigsten Dinge, die wir gemacht haben, ist es, die Winterdienstverordnung vollkommen neu zu gestalten: weg vom Splitt, hin zu einer Umrüstung auf Feuchtsalztechnologie. Das heißt, wir wollten weniger Splitt, aber eigentlich auch weniger Salz als vorher verwenden. Dafür haben wir im Jahr 2003 den kompletten Fuhrpark der MA 48 umgestellt. Wir haben über 8 Millionen EUR damals investiert. Nur eine Zahl, die ich sehr beeindruckend finde: Wir haben im Jahr 1995 noch 160 000 t Splitt in dieser Stadt gestreut, 160 000 t. Das war damals aus der Prämisse heraus, dass man aus der Salzverwendung weggehen wollte. Mittlerweile sind wir auf 3 000 t herunter. Das ist doch eine sehr, sehr beachtliche Reduktion, die wir dort zusammengebracht haben.

Wir haben die Einkehrpflicht damals mit eingeführt. Das heißt, früher war es so, man hat den Splitt gestreut,

und am Ende des Winters hat man ihn eingekehrt. Seit 2003 ist es so, dass man in den Wärmeperioden auch einkehren muss. Das ist natürlich lästig, das ist aufwändig, das weiß ich, auch für uns selbst, weil wir Winter gehabt haben, die so ein bisschen mit der Salomitaktik unterwegs waren: Es war kalt, dann war es warm, dann war es wieder kalt, dann war es warm, und wir haben in einem Winter vier Mal eingekehrt.

Aber natürlich: Für die Feinstaubsituation in der Stadt ist das wirklich eine ganz, ganz wichtige Sache. Wir haben mittlerweile zig so genannte Solekehrmaschinen, wo wir mit Salzsole auch bei leichten Minusgraden schon einkehren können. Das heißt, wir können noch früher beginnen, den Splitt hereinzuholen. Die MA 48 hat das selbst entwickelt und hat das wirklich sehr, sehr optimiert.

Wir haben die forcierte Betreuung des winterlichen Radnetzes auch heuer noch einmal ausgebaut, weil das natürlich ein wichtiger Teil ist. Wenn man die Leute dazu bewegen will, dass sie das Radwegenetz benutzen, dann muss man es für sie auch attraktiver machen.

Es gab einen intensiven Ausbau der Fernwärme. Wir haben im neuen KliP vorgesehen, bis zum Jahr 2020 50 Prozent Fernwärmeversorgung in Wien zu haben. Das heißt, die Fernwärme wird dann der Wärmeversorger Nummer 1 werden. Das ist etwas, was für den Klimaschutz, aber natürlich auch im Bereich des Feinstaubes viel bringt.

Worauf ich sehr stolz bin, ist, dass der Hausbrand in Wien unter 4 Prozent ausmacht. Wenn man sich andere Städte oder andere Bundesländer anschaut, wo das teilweise noch bis über 30 Prozent liegt, also da wirklich ein massiver Nachholbedarf gegeben ist, dann glaube ich, dass wir da wirklich viel geleistet haben.

Wir haben bei den großen Kraftwerken, in der Donaustadt zum Beispiel, eine Effizienzsteigerung von 68 auf 75 Prozent geschafft und den Effizienzgrad auf 85 Prozent gesteigert. Also, das sind lauter Maßnahmen, die uns bei der Feinstaubreduzierung wirklich sehr, sehr viel gebracht haben.

Die Wärmedämmung bei der Althausanierung ist bekannt, die Forcierung der Solaranlagen ebenso.

Wir haben die verstärkte Überprüfung von Heizanlagen, insbesondere bei Festbrennstoffheizungen vorangetrieben, weil das natürlich auch noch die Emittenten sind, die in dem Bereich doch eine große Rolle spielen.

Wir haben in unserem eigenen Fuhrpark einiges umgestellt, um eben auf emissionsärmere Fahrzeuge umzusteigen.

Die verkehrsberuhigten Tempo-30-Zonen wurden ja schon von Kollegen Mahdalik erwähnt, die in Zusammenarbeit mit den Bezirken ja schon in der Vergangenheit ein Schwerpunkt waren.

Im zweiten Maßnahmenpaket war eine sehr wichtige Maßnahme eine Partikelfilterpflicht für alle Offroad-Geräte – Offroad-Geräte sind Baumaschinen –, was wirklich dazu geführt hat, dass in Wien diese Baumaschinen nicht mehr eingesetzt worden sind. Wir haben das auch kontrolliert, wir haben das auch exekutiert, wir haben es auch gestraft. Das ist natürlich bei so einer

Bestimmung besonders wichtig.

Wir haben Heizöl light in Betriebsanlagen verboten.

Wir haben für die alten LKWs mit Baujahr vor 1992, so genannte Euro-Null-LKWs, ein Fahrverbot verhängt, und zwar Wien, Niederösterreich und das Burgenland gemeinsam. Da ist es uns wirklich gelungen, eine großflächige Zone zu haben, was wirklich ein guter Erfolg ist.

Wir haben Schwerpunktaktionen bei Heizungsanlagen in Betrieben und Haushalten gemacht. Wir haben den Einsatz von Dieselaggregaten auf Baustellen beschränkt. Wir haben Stromgeneratoren bei Veranstaltungen beschränkt und, und, und. Ich könnte Ihnen noch stundenlang vorlesen. Das werde ich nicht tun.

Ich glaube, das war jetzt ein ganz guter Überblick über die wichtigsten Maßnahmen in diesem Bereich in den verschiedenen Kategorien und Sparten. Aber ich sage auch dazu, wir werden sicher jetzt die Hände nicht in den Schoß legen und sagen: Wir sind so toll.

Ganz im Gegenteil: Wir werden jetzt schauen, dass wir noch ein sehr gutes drittes Maßnahmenpaket zusammenbringen und das, was wir anfangen haben, noch weiter fortführen, damit sich die Kurve mit den Jahresmittelwerten, die ich vorher gezeigt habe, noch weiter nach unten senkt.

Präsident Prof Harry **Kopietz**: Danke. Die 3. Zusatzfrage stellt Herr Abg Dipl.-Ing. Stiftner. Ich ersuche darum.

Abg Dipl.-Ing. Roman **Stiftner** (*ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien*): Einen wunderschönen guten Morgen! Frau Stadträtin!

Sie verblüffen mich immer ein wenig, wenn Sie mit Statistiken kommen. Mir ist in Erinnerung – und ich glaube, das ist auch allgemein durch die Medien gegangen –, dass von den Top-Zehn-Messstellen Österreichs, was Feinstaub betrifft, in Wien 60 Prozent von denen liegen, die angesprochen haben. Diesbezüglich kann man sicherlich nicht von einer Reduktion sprechen. Wenn Sie in der Vergangenheit weniger Splitt verbraucht haben, liegt es vielleicht weniger an den Maßnahmen der SPÖ, sondern viel mehr an den milden Wintern, die natürlich jetzt anders aussehen.

Ein ganz wesentlicher Punkt, in dem Sie ja mit den Aussagen der FPÖ im Einklang sind, zumindest wenn ich Sie medial interpretierte, ist die Frage des Imports, des – wenn man so möchte – Transmissionsanteils von Feinstaub.

Meine Frage geht natürlich in diese Richtung, weil das ja auch eine Aufgabe einer Stadträtin ist, auch überregional tätig zu sein und die Vernetzung zu suchen, wie Sie sich vorstellen, dieses Anteils an Feinstaub, der sozusagen importiert wird, Herr werden zu wollen.

Hier frage ich Sie ganz konkret: Gibt es die Planung, konkrete Studien, nämlich aktuelle Studien mit internationalen Experten zu beauftragen? Und zweitens: Was machen Sie als Stadträtin ganz konkret, um überregional hier in diesem Bereich tätig sein zu können?

Präsident Prof Harry **Kopietz**: Frau Stadträtin, bitte.

Amtsfr. StRin Mag. Ulli **Sima**: Wir haben schon vor mehreren Jahren zu diesem Thema die Umweltstadträte aus den östlichen Nachbarländern, aus den Hauptballungszentren nach Wien eingeladen. Ich kann Ihnen aber

berichten, dass natürlich auf deren Agenda andere Themen stehen, zum Beispiel der Bau einer Kläranlage oder der Bau einer Müllverbrennungsanlage.

Wir haben auch schon eine Studie – wenn ich mich richtig erinnere – gemeinsam mit dem Umweltbundesamt gemacht, wo wir geschaut haben, wo die Hauptemittenten sind. Also, auch das wissen wir ganz genau. Das sind in vielen Fällen alte Kohleheizkraftwerke oder andere alte Schwerindustriestandorte in unseren östlichen Nachbarländern.

Ich habe schon mehrmals beim Herrn Umweltminister angeregt, dass wir die Umweltförderung, die es für das In- und Ausland gibt, auch im Ausland auf den Bereich der Feinstaubreduktion ausdehnen. Ich glaube, das ist die einzige Möglichkeit, wie man es schaffen kann, in diesen benachbarten östlichen Ländern zu einem – ich sage einmal – vorsichtigen Umdenken in diese Richtung zu kommen.

Aus den Gesprächen weiß ich, dass das auf ihrer Prioritätenliste noch nicht so wie bei uns ganz oben ist, weil sie einfach noch andere Probleme und Sorgen haben, was ich natürlich nachvollziehen kann, was einmal die grundlegende Entsorgungsstrategie in vielen Bereichen betrifft, wo es auch viele Kontakte mit Wien gibt. Ich glaube, das wäre der beste Weg.

Leider hat sich der Herr Umweltminister für das noch nicht erwärmen können, aber ich bin sicher, mit Ihrer Fürsprache wird uns da einiges gelingen.

Präsident Prof Harry **Kopietz**: Danke, Frau Stadträtin. Die 4. Zusatzfrage stellt Herr Abg Mag. Maresch. Ich ersuche darum.

Abg Mag. Rüdiger **Maresch** (*Grüner Klub im Rathaus*): Sehr geehrte Frau Stadträtin! Landesrätin, muss man eigentlich genauer sagen. Also: Sehr geehrte Frau Landesrätin!

Ich bin ja immer wieder verblüfft, wie die FPÖ sich Sorgen macht, warum die GRÜNEN sich zu viele, zu wenige Fragen oder Themen anschauen oder nicht anschauen. Mit der Lektüre des heutigen „Standard“ war ich in Wirklichkeit beruhigt, weil ich mir gedacht habe, die FPÖ sorgt sich um uns. (*Abg Mag. Wolfgang Jung: Ja! Das ist auch notwendig!*) Dem kann man helfen.

Ich möchte kurz ein Zitat aus dem heutigen „Standard“ vorlesen. Das Zitat erklärt vieles. Und zwar geht es um die Wikileaks-Botschaften aus der amerikanischen Botschaft an die amerikanische Zentrale. (*Abg Mag. Wolfgang Jung: Feinstaub!*) Das möchte ich Ihnen nicht vorenthalten, denn das erklärt vieles über die Fragestellungen. Da steht: „Heinz Christian Strache werde als ‚nationalkonservativer und zynischer Politiker‘, andere Führungskräfte“, das ist besonders interessant „der Freiheitlichen als intellektuell äußerst unergiebig eingeschätzt.“ (*Heiterkeit bei den GRÜNEN.*)

Was immer „intellektuell äußerst unergiebig“ ist, aber wenn die GRÜNEN von der amerikanischen Botschaft so beschrieben würden, würde ich mir eigentlich Sorgen um die GRÜNEN machen. Ich weiß nicht, ob die FPÖ, weil ja intellektuell offensichtlich wenig ergiebig, sich Sorgen um ihre eigene intellektuelle Unergiebigkeit macht. Faktum ist nur, dass die Botschaft feststellt, dass ein Dialog

mit der FPÖ „wenig gewinnbringend“ sei. Ich denke, liebe Kollegen von der FPÖ – es sind ja hauptsächlich Kollegen –, wenn das ...

Präsident Prof Harry **Kopietz** (*unterbrechend*): Herr Landtagsabgeordneter, bitte zur Frage!

Abg Mag Rüdiger **Maresch** (*fortsetzend*): Den Nebensatz noch! – ... dann würde ich mir Sorgen machen. Sorgen macht sich die FPÖ natürlich vor allem um den Feinstaub.

Das kann man ja im Internet ablesen. Deswegen meine Frage an die Frau Landesrätin: Wie ist das mit dem Ausbau oder Nichtausbau oder der Zukunft der Feinstaubmessstellen in Wien?

Präsident Prof Harry **Kopietz**: Frau Stadträtin, bitte.

Amtsf StRin Mag Ulli **Sima**: Sehr geehrter Herr Abgeordneter!

Wir haben jetzt schon ein sehr ausgefächertes Netz an Messstellen im Bereich des Feinstaubes. Wir haben de facto wesentlich mehr Messstellen, als wir laut EU-Vorgaben haben müssten. Das gliedert sich in drei Teile. Es gibt einerseits die verkehrsnahen Messstellen, die zum Beispiel an der Tangente, also wirklich nahe an Verkehrsquellen sind. Dann haben wir die innerstädtischen Messstellen. Und dann gibt es noch die Hintergrundmessstellen, die eben gerade in solchen Wintern wie diesem ganz interessant sind, weil man den Ferntransport an diesen Hintergrundmessstellen sehr schön sieht.

Wenn zum Beispiel in der Lobau oder irgendwo, wo man ganz verkehrsfremd ist und auch keine Industrie ist, in einem Winter schon über 40 Überschreitungstage sind, dann weiß man, dass das nicht nur aus dem städtischen Umfeld kommen kann. Dazu haben wir noch den mobilen Messbus. Ich glaube, dass wir ganz gut ausgerüstet sind.

Wir sind jetzt natürlich auch dabei, einige Messstellen auf die neuen Anforderungen von PM<sub>2,5</sub> – also nicht mehr PM<sub>10</sub>, sondern auf die kleineren Partikel – noch umzurüsten. Das ist gerade in Arbeit. Ansonst sind wir mit dem Messnetz wirklich sehr gut aufgestellt. Die Messungen sind sozusagen minütlich im Internet für jedermann und jederfrau abrufbar. Wir haben ein sehr transparentes System, inklusive der Monats- und Jahresberichte.

Präsident Prof Harry **Kopietz**: Danke. Die 5. und letzte Zusatzfrage stellt Herr Abg Mahdalik.

Abg Anton **Mahdalik** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Sehr geehrte Frau Landesrätin!

Über den Kollegen Maresch und seine intellektuelle Ergiebigkeit möchte ich jetzt nicht viel Worte verlieren, denn er hat nicht kapiert, dass heute Fragestunde ist. Er hat aus einer Zeitung vorgelesen. (*Abg Mag Rüdiger Maresch*: „Standard“!) Aber ich kann berichten, dass heute in „Radio Podersdorf“ auch das Wikileaks-Dossier vom Kollegen Maresch veröffentlicht wurde, das relativ kurz war. Seine Intellektualität wurde nicht gestreift. (*Abg Mag Wolfgang Jung*: *Wäre schwierig!*) Er wurde nur als etwas zu groß geratenes Schoßhündchen der Landesrätin bezeichnet. (*Abg Mag Rüdiger Maresch*: *Schlechte Retourkutsche! „Intellektuell wenig ergiebig“, steht da!*)

Aber wie gesagt, das war auf „Radio Podersdorf“. Du kannst dir vielleicht den Kommentar dann aus der APA runterziehen.

Aber zu meiner Frage: Nicht nur der Verkehr, sondern die durch Baustellen oder aus unserer Sicht suboptimales Baustellenmanagement verursachten Staus sorgen für viel Feinstaub und viele Abgase in Wien. Aktuell haben wir wieder durch Arbeiten an desolaten Wasser- und Abflussrohren auf der Triester Straße ein Nadelöhr, wo sehr viel Stau und sehr viel Feinstaub erzeugt wird. Und wir hören seit vielen Jahren, dass das Baustellenmanagement in Wien verbessert werden soll oder schon verbessert wurde, nur kann man das mit freiem Auge nicht feststellen.

Darum frage ich Sie, sehr geehrte Frau Landesrätin, ob Sie das Baustellenmanagement, so es eines gibt, in dieser Stadt für verbesserungswürdig halten.

Präsident Prof Harry **Kopietz**: Frau Stadträtin, bitte.

Amtsf StRin Mag Ulli **Sima**: Erstens handelt es sich bei der Baustelle auf der Triester Straße nicht um Abflussrohre, sondern um unser Wasserrohrnetz. (*Abg Mag Wolfgang Jung*: *Das ist dasselbe!*) Wir erneuern dort die wichtigste Wasserstraße in Wien. Ich glaube, dass das schon eine sehr, sehr wichtige Aufgabe ist, die Wasserversorgung weiter auf einem Top-Standard zu halten.

Ich möchte nur daran erinnern, dass genau diejenigen die immer mitschgern, wenn es einen Wasserrohrbruch gibt, jetzt mitschgern, weil wir ein Wasserrohr erneuern. Meine Herren, Sie müssen sich schon entscheiden, entweder A oder B, entweder es gibt viele Wasserrohrbrüche oder wir investieren ins Wasserrohrnetz. Ja, und da wird es auf der Triester Straße einmal einen Stau geben, weil wir ein halbes Jahr lang einen Kilometer Wasserrohr erneuern. So ist es nun einmal im Leben.

Dass es dort viel staubt, kann ich mir ehrlich gesagt nicht vorstellen, da es nämlich ein grabungsloses Bauverfahren ist (*Heiterkeit bei SPÖ und GRÜNEN.*) und wir nur Einstiegsschächte haben, wo wir dann Inliner einziehen. Möglicherweise sollten Sie einmal selber vorbeifahren und sich das dort vor Ort ansehen, sehr geehrter Kollege Mahdalik!

Was das Baustellenmanagement betrifft, möchte ich Ihnen nur sagen, dass es da etliche Projekte gegeben hat. Aber wir sind ja bekanntlich auf der Welt nicht alleine, und es gibt sehr viele private Bauträger, die sich natürlich an die Vorgaben der Stadt Wien nicht zu halten haben. Wir haben einige Projekte im Baustellenbereich gemacht, aber ich sage Ihnen eines: Die staubfreie Baustelle wird es nicht geben.

Wenn man ein großes Haus abreißt, kann man viele Auflagen machen – das haben wir auch in der Vergangenheit schon getan –: mit Befeuchtung, Staubabdeckung, Wegtransport, Bahntransport und, und, und. Da gibt es ganz viele Möglichkeiten, was man da tun kann. Aber Faktum ist: Die 100 Prozent staubfreie Baustelle werden wir und werden auch Sie nicht zusammenbringen.

Präsident Prof Harry **Kopietz**: Danke, Frau Stadträtin.

Wir kommen damit zur 4. Anfrage (FSP – 00343-2011/0001 – KVP/LM) im Rahmen der Fragestunde. Sie wird von Herrn Abg Norbert Walter gestellt, und ich ersuche den Herrn Stadtrat für Wohnen, Wohnbau und Stadterneuerung um die Beantwortung. *[In den vergangenen Monaten kam es bei der Auszahlung von zugesagten Förderungen im Wohnbaubereich, zB bei Förderungen für die thermische Sanierung von Wohnbauten (Thewosan), zu Verzögerungen. Wie kann gewährleistet werden, dass die Förderwerber, die eine Förderzusage vom Wohnfonds erhalten haben, möglichst rasch ihre Fördergelder für die hohen Investitionskosten erhalten?]*

Amtsf StR Dr Michael **Ludwig**: Sehr geehrter Herr Präsident! Hoher Landtag! Sehr geehrter Herr Abg Norbert Walter!

In Beantwortung der mir gestellten Frage möchte ich feststellen, dass Förderungen im Wohnbaubereich von der Wiener Landesregierung genehmigt werden. Jene Förderungen, welche die Wiener Landesregierung beschlossen hat, werden ausnahmslos und vollständig ausbezahlt. Mir ist kein einziger Fall bekannt, bei dem abgesehen von Verstößen gegen die Förderrichtlinien Förderzusagen widerrufen wurden.

Zur Klarstellung darf ich auch erläutern, dass der Wohnfonds Wien als Sachverständiger für die MA 50 fungiert und in dieser Funktion Prüfberichte erstellt. Zusagen oder Genehmigungen von Förderungen fallen nicht in den Aufgabenbereich des Wohnfonds Wien.

Für die Zukunft halte ich fest, dass es zu keiner Änderung der rechtlichen Grundlagen kommen wird. Insbesondere die Sanierungsverordnung bleibt unverändert, auch entgegen falscher Medienberichte. Allerdings wird es zu zeitlichen Erstreckungen jener Thewosan-Projekte kommen, die auf Zuschüssen basieren. Sonst bleiben aber alle gesetzlichen Bestimmungen und Richtlinien, die wir zur Förderung insbesondere zum Themenschwerpunkt Thewosan gemeinsam beschlossen haben, aufrecht und werden natürlich auch in den kommenden Monaten so exekutiert.

Präsident Prof Harry **Kopietz**: Danke, Herr Stadtrat. Die 1. Zusatzfrage stellt Herr Abg Walter. Ich ersuche darum.

Abg Norbert **Walter**, MAS (ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien): Herr Landesrat! Es ist richtig, dass der Wohnfonds natürlich nur eine Prüfstelle und in Wahrheit auch nur eine Sachverständigenstelle ist. Nichtsdestotrotz kommt es immer wieder in der Praxis dazu, dass – ich sage jetzt – Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Wohnfonds potenziellen Förderwerberinnen und Förderwerbern sozusagen die Zusage machen: Das geht alles in Ordnung, es ist alles korrekt!

Ich gebe Ihnen auch recht: Letztendlich ist es natürlich ein Landesregierungsbeschluss. Aber wie können Sie sicherstellen, dass sozusagen durch diese Diskrepanz zwischen der Sachverständigenstelle und der Wiener Landesregierung nicht eine so lange zeitliche Dimension entstehen kann, damit sozusagen potenzielle Förderwerberinnen und Förderwerber entsprechend rasch auch in den Genuss der Förderung gelangen können?

Präsident Prof Harry **Kopietz**: Danke. Herr Stadtrat, bitte.

Amtsf StR Dr Michael **Ludwig**: Wir in Wien – und da liegen wir durchaus auch im Unterschied zu anderen Bundesländern – bemühen uns sehr, dass die Sachverständigengutachten so einfließen, dass die Förderzusagen durch das Land dann auch entsprechend fließen. Das ist in anderen Bundesländern stärker voneinander getrennt.

Wir haben in den letzten Jahren, wie ich meine, ein sehr gutes System aufgebaut, dass Förderwerber für einen Sanierungsprozess, wenn sie das entsprechende Sachverständigengutachten durch den Wohnfonds erhalten, auch damit rechnen können, dass es den entsprechenden Beschluss durch die Landesregierung gibt.

Was sein kann – und das ist sicher richtig –, ist, dass gerade in der jetzigen Zeit, wo wir ein ganz starkes Anwachsen der Anträge im Bereich der Sanierung haben, was erfreulich ist und was auch auf unsere gemeinsamen Ambitionen zurückzuführen ist, wenn die Anzahl der Anträge in diesem Ausmaß steigt, es durchaus dazu kommen kann, dass es zu einer zeitlich größeren Dimension als in den letzten Jahren kommt.

Aber das ist, wenn man so will, auch Ergebnis des erfreulichen Prozesses, dass es uns gelungen ist, die Sanierungsquote deutlich anzuheben, und ist auch Erfolg unserer gemeinsam beschlossenen Sanierungsverordnung.

Präsident Prof Harry **Kopietz**: Danke, Herr Stadtrat. Die 2. Zusatzfrage stellt Frau Abg Frank. Ich ersuche darum.

Abg Henriette **Frank** (Klub der Wiener Freiheitlichen): Guten Morgen, Herr Landesrat!

Im Zuge der Budgetdebatte war ja auch die Wohnbauförderung bereits Thema. Da haben Sie gesagt, die Qualität wird noch weiter ausgebaut, die thermische Sanierung wird ausgebaut.

Wir haben eklatanten Bedarf an Single-Wohnungen, Jungwienerwohnungen, die nicht befriedigt werden können, an Behindertenwohnungen fehlt eine ganze Menge, und Sie wollen die thermische Sanierung ausbauen. Seit dem Jahr 2000 ist es aber so, dass die Wohnbauförderung permanent gekürzt wird.

Herr Stadtrat, wie schaffen Sie die Schere, dass Sie das alles vermehrt anbieten wollen und parallel dazu die Mittel kürzen, ohne dass die Qualität darunter leidet?

Präsident Prof Harry **Kopietz**: Herr Stadtrat, bitte.

Amtsf StR Dr Michael **Ludwig**: Die Wohnbauförderung in dem Sinne gibt es ja seit 2009 nicht mehr, also die Wohnbauförderungsmittel, die sich aus dem Finanzausgleich zwischen Bund, Ländern und Gemeinden ergeben haben. Es gibt jetzt die gemeinsamen Ertragsanteile aus der Steuerleistung. Das heißt, es gibt für die Bundesländer eine höhere Flexibilität, die Mittel auch für infrastrukturelle Maßnahmen auszugeben.

Wir in Wien haben uns immer daran gehalten, dass wir die Wohnbauförderungsmittel aus dem Finanzausgleich ausschließlich für den Wohnbau ausgegeben haben, und haben zusätzlich noch Mittel als Stadt zur Verfügung gestellt. Wir haben bis zum Jahr 2009 bei-

spielsweise so in etwa 450 Millionen EUR aus dem Titel der Wohnbauförderung bekommen, und als Stadt noch einmal in etwa 150 Millionen EUR dazugelegt. Das heißt, wir haben gerade in den letzten Jahren durchaus ein sehr umfassendes Budget für allerdings auch große Aufgaben zur Verfügung gehabt, die in einer Millionenstadt wie Wien natürlich ganz anders sind als vielleicht in andern Bundesländern.

Wir haben auch durchaus als Akt der Solidarität, um Konsolidierungsmaßnahmen im Budget vorzunehmen, mitbeschlossen, dass es für das heurige Jahr auch gewisse Einschnitte im Wohnbauressort gibt, die wir allerdings deshalb in diesem Jahr verkraften können, weil wir in den Vorjahren Projekte vorgezogen haben und sehr stark investiert haben, um vor allem in der Zeit der Finanz- und Wirtschaftskrise Arbeitsplätze zu erhalten und zum Teil auch neue zu schaffen. Das ist uns auch mit der Sanierungsverordnung gelungen. Wir haben alleine unter diesem Titel 700 zusätzliche Arbeitsplätze schaffen können und haben den Arbeitsmarkt entlastet und gleichzeitig auch vor allem im Sanierungsbereich Klein- und Mittelbetriebe in Wien unterstützt.

Daher gehe ich davon aus, dass die Budgetmittel für das heurige Jahr ausreichen werden, um diese wichtigen Aufgaben abzudecken und dass ich mich aber natürlich sehr bemühen werde, in den kommenden Jahren zusätzliche finanzielle Mittel für die großen Aufgaben im Wohnbauressort zu bekommen.

Wir haben allerdings auch in den letzten Jahren Vorbildfunktion österreichweit gehabt. Wenn Sie im gestrigen „Kurier“ beispielsweise gelesen haben, dass der Direktor vom IHS, Felderer, vorgeschlagen hat, dass man ausschließlich auch aus Sicht der Bundesländer nur mehr in Niedrigenergiehäuser investieren soll, so kann ich nur sagen: Ja, das ist richtig! Wir in Wien tun das schon, und das erfreulicherweise seit mehr als zehn Jahren. Es ist sicher schön, wenn sich die anderen Bundesländer dem anschließen, aber wir sind in dieser und in vielen anderen Fragen gerade im ökologischen Wohnbau Pioniere. Ich freue mich sehr, dass jetzt neben dem Wohnbau auch im Bereich der gewerblichen Immobilienentwicklung das ökologische Denken stärker einfließt.

Aber um noch einmal auf ihre Frage zurückzukommen: Ich bin sehr zuversichtlich, dass es uns gelingen wird, diese Aufgaben abzudecken und neue Aufgaben – vor allem auch im Hinblick auf die demographische Entwicklung beispielsweise, den Umstand, dass die Menschen immer älter werden, was ja auch seinen Niederschlag im Wohnbau finden wird – auch abzudecken. Auch hier haben wir, wie ich meine, eine ganze Reihe von Pilotprojekten eingeleitet, die wir auch im heurigen Jahr umsetzen.

Präsident Prof Harry **Kopietz**: Danke, Herr Stadtrat. Wir kommen zur dritten und letzten Zusatzfrage. Sie wird von Herrn Abg Walter gestellt. Ich ersuche darum.

Abg Norbert **Walter**, MAS (*ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien*): Herr Landesrat!

Wie Sie soeben richtig gesagt haben, ist es so, dass wir heuer weniger Budgetmittel zur Verfügung haben werden. Gibt es in Ihrem Ressort schon Überlegungen,

wie das in Zukunft weitergeht? Vor allem auch darum: Soll das bedeuten, dass wir weniger Wohnungen bauen, oder soll es bedeuten, dass wir weniger Qualität bauen?

Präsident Prof Harry **Kopietz**: Danke, Herr Stadtrat, bitte.

Amtsf StR Dr Michael **Ludwig**: Wir werden sicher den hohen Qualitätsstandard in Wien aus mehreren Gründen aufrechterhalten: Zum einen, weil ich überzeugt bin, dass der geförderte Wohnbau eine ganz wichtige Pionierfunktion für den gesamten Baubereich hat, und zum anderen, weil es auch ein wichtiges Instrument der sozialen Durchmischung ist.

Ich bin ein Gegner dessen, dass wir ausschließlich im geförderten Wohnbau Billigstwohnungen zur Verfügung stellen, weil das automatisch dazu führt, was wir in anderen Großstädten beobachten können, nämlich dass es dann meistens am Stadtrand billige Siedlungen gibt, Siedlungen mit ganz billigen Wohnungen, wo sich dann vor allem Familien ansiedeln, die aus einer sozialen Gruppe stammen. Das ist sehr oft mit Arbeitslosigkeit und sozialen Problemen verbunden und bringt dann sehr oft auch einen sozialen Sprengstoff mit sich. Das will ich nicht.

Wir haben in Wien über Jahrzehnte bewiesen, dass es uns gerade auch mit dem Instrument des Wohnbaus gelungen ist, diese soziale Durchmischung zu bewerkstelligen.

Ich halte das für eine ganz wichtige Aufgabe auch in Zukunft, dass der geförderte Wohnbau natürlich sozial schwächere Gruppen im Auge hat, aber durchaus auch attraktiv für den Mittelstand und auch für den gehobenen Mittelstand bleibt, weil das eine Leistung der öffentlichen Hand auch für diese Zielgruppe ist und auch der sozialen Durchmischung in unserer Stadt dient.

Das ist mit ein Grund, dass ich ja auch die Zugangsbedingungen für den geförderten Wohnbau auch für Besserverdienende erleichtert habe. Das wird von diesen sozialen Gruppen auch mit großem Interesse wahrgenommen und angenommen.

Daher bin ich überzeugt, dass wir in Kooperation mit den Baurägern, mit den Baufirmen daran arbeiten können, die Bau-, aber auch Finanzierungskosten im Neubau zu reduzieren – das ist eine große Aufgabe, die wir alle gemeinsam haben, die ich mir auch als besonderes Ziel gesetzt habe –, dass wir aber nicht auf Kosten der Qualität im geförderten Wohnbau gehen wollen.

Ich glaube, es gibt Qualitätskriterien, auf die wir gemeinsam auch stolz sind, wenn ich nur beispielsweise an die Barrierefreiheit oder beispielsweise daran denke, was auch den Zugang von Gemeinschaftsflächen, Intergenerationswohnen und vieles andere mehr betrifft. Das sind Qualitäten, die wir gemeinsam entwickelt haben, auf die wir auch stolz sein können und die durchaus auch in Zukunft im geförderten Wohnbau eine Rolle spielen sollen.

Präsident Prof Harry **Kopietz**: Danke, Herr Stadtrat.

Wir kommen damit zur 5. Anfrage (*FSP – 04608-2010/0001 – KVP/LM*), die von Herrn Abg Dr Wolfgang Ulm gestellt wird und an die Frau amtsführende Stadträtin der Geschäftsgruppe Integration, Frauenfragen, Kon-

sumentInnenschutz und Personal gerichtet ist. *(Werden Sie sich – nachdem der sechsmonatige Feldversuch zur Eindämmung der Straßenprostitution gescheitert ist – für die rasche Ausarbeitung eines Wiener Bordellgesetzes einsetzen, welches ein Genehmigungsverfahren für Bordelle samt strenger Kontrolle von Auflagen vorsieht, mit dem Ziel, rechtsfreie Räume zu beseitigen und die Prostitution von der Straße wegzubringen?)*

Bitte, Frau Stadträtin.

Amtsf StRin Sandra **Frauenberger**: Schönen guten Morgen!

Eigentlich gibt es zu Ihrer Frage seit dem 16. Dezember 2010 nicht viel Neues zu berichten – wir haben es ja erst miteinander besprochen –, außer eine vielleicht ganz wesentliche Sache: Wir haben die von mir auch am 16. Dezember 2010 angekündigte Bilanz zum Sieben-Punkte-Programm gezogen. Wir haben dort sowohl mit der Polizei als auch mit den SozialarbeiterInnen, den Bezirken ein Resümee gezogen und ein Ergebnis im Bereich der Beratung war, dass es für die AnrainerInnen sicher wichtig ist, ein Beratungsangebot zu setzen.

Wir haben aber natürlich – und das ist für Sie wahrscheinlich am interessantesten – bei der Bilanz auch eine sehr, sehr kritische Bilanz gezogen, inwieweit es tatsächlich möglich ist, mit dem gesetzlichen Rahmen kommunalpolitische Maßnahmen zu setzen, die Straßenprostitution zumindest zu verschieben. Das ist nicht gelungen.

Wir haben uns daraufhin in dieser Runde entschieden, bei der Novellierung des Prostitutionsgesetzes darüber nachzudenken, in welche Richtung es gehen kann.

Aber in Bezug auf die Lokale und Bordelle gibt es eigentlich eine Einigung darauf, dass wir sehr wohl die Verfahren strenger unter die Lupe nehmen müssen und im Prostitutionsgesetz Maßnahmen setzen werden, die unser aller Interesse entsprechen, nämlich dass wir bei der Bewilligung strenger vorgehen und es auch dazu natürlich mehr Klarheit und Transparenz für die Anrainerinnen und Anrainer gibt.

Da komme ich noch auf einen wichtigen Punkt im Zusammenhang mit der Bilanz zu sprechen. Wir haben uns auch entschieden, so wie von mir im Dezember schon angekündigt, sowohl Prostituierte als auch Betreiber von Prostitutionslokalen, AnrainerInnen und im Besonderen auch die BürgerInneninitiativen noch einmal zu einem gemeinsamen Dialog einzuladen und die Anliegen, die dort formuliert werden, auch in die Novellierung des Prostitutionsgesetzes mitzunehmen.

Was ich Ihnen sagen kann, ist – und das habe ich Ihnen das letzte Mal auch schon garantiert –, dass wir zwar jetzt noch keine abschließenden Erkenntnisse haben und auch noch nicht berichten können, wie der Regelungsbedarf aussieht, aber ich kann Ihnen versprechen, dass ich sowohl den Dialogprozess, den wir auch schon begonnen haben, als auch die Novellierung des Prostitutionsgesetzes sehr, sehr zügig vorantreiben werden.

Präsident Prof Harry **Kopietz**: Danke, Frau Stadträtin. Die 1. Zusatzfrage stellt Herr Abg Dr Ulm. Ich ersu-

che darum.

Abg Dr Wolfgang **Ulm** (*ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien*): Sehr geehrte Frau Stadträtin!

Von einem zügigen Vorantreiben kann ich also leider Gottes weit und breit nichts sehen. Wir haben die Problematik seit vielen Jahren. Ihr Eingangsstatement ist ja auch ein bisschen traurig, wenn Sie sagen: Eigentlich gibt es nicht sehr viel Neues seit dem letzten Mal zu berichten! Und es ist auch traurig, dass wir die Frage immer wieder an Sie herantragen müssen. Wir werden sie so lange immer wieder an Sie herantragen, bis wir endlich eine Lösung für dieses Problem gefunden haben. Und Lösungen gibt es. Das zeigen uns andere Städte vor. Wir sollen bitte nicht so tun, als ob man dieses Problems nicht Herr werden könnte.

Ich finde es auch interessant, wenn Sie sagen, wir müssen zu einer Verbesserung des Bewilligungsverfahrens kommen. Es gibt kein Bewilligungsverfahren im Augenblick! Die Stadt Wien hat als einziges Bundesland kein Bewilligungsverfahren vorgesehen. Es gibt in Wien juristisch/de jure keine Bordelle, einfach weil sie nicht im Prostitutionsgesetz als solche angeführt sind und weil es keine Verfahren in diesem Zusammenhang gibt.

Was aber ganz interessant ist, ist, dass Sie in Aussicht gestellt haben, dass Parteiengespräche kommen sollen, und ich höre, es soll so einen Runden Tisch mit Parteien sogar schon gegeben haben. Es gibt einen Vertreter der Bürgerinitiative Felberstraße, der die Auskunft in Ihrem Büro erhalten haben soll, dass bereits letzte Woche ein solcher Runder Tisch mit den Parteien stattgefunden hat.

Mich würde interessieren: Stimmt das? Wenn ja, warum waren wir nicht eingeladen? Wenn nein, wann werden wir endlich eingeladen?

Präsident Prof Harry **Kopietz**: Frau Stadträtin, bitte.

Amtsf StRin Sandra **Frauenberger**: Erstens einmal habe ich gesagt, dass wir uns Bewilligungsverfahren anschauen, und Sie wissen, dass wir sehr wohl im Gewerberecht einige Bewilligungsmöglichkeiten und Möglichkeiten der gesetzlichen Handlungsspielräume haben. Dass diese nicht ausreichen, darüber sind wir, wie ich glaube, schon übereingekommen.

Was das zügige Vorantreiben betrifft, mögen Sie sich vielleicht ein anderes Tempo wünschen. Nur, ich muss Ihnen ehrlich sagen: Drüberhudeln werden wir uns über das nicht! Und ich habe Ihnen auch das letzte Mal schon gesagt: Da sind Generationen von Politikern und Politikerinnen vor uns schon hier gestanden und haben sich mit dem Thema auseinandergesetzt.

Sie können mir x gute Best-Practice-Beispiele in Europa und von der ganzen Welt nennen. Sie können sich auch darauf verlassen, dass wir uns die natürlich auch im Vorfeld sehr genau angeschaut haben, und wir haben auch im Sieben-Punkte-Programm eine Studie drinnen, die wiederum auf der Europäischen Unionsebene prüft, welche kommunalpolitischen Möglichkeiten denn eigentlich tatsächlich eine Stadt im Umgang mit Prostitution hat. Da sieht man erst wieder aus einem ganz, ganz neuen Beispiel in Norwegen, dass es auch sehr temporäre Möglichkeiten sind, die man da hat. Und es ist auch

darin wiederum eine Erkenntnis, die sich immer wieder auftut: Ein Verbot alleine wird die Sache noch nicht regeln. Das erleben wir ja auch jetzt in diesem Feldversuch.

Zu Ihrer konkreten Frage, was die Gespräche betrifft: Wir haben – und das habe ich auch am 16. Dezember 2010 angekündigt – eine Bilanzbesprechung gehabt. Das ist auch das, was wir den Anrainerinnen und Anrainern, die bei uns anrufen und sich erkundigen, was Stand der Dinge ist, erzählen. Ja, wir hatten eine Besprechung, an der alle betroffenen Akteurinnen und Akteure, sowohl Vertreter der Bezirke als auch die TrägerInnen, die zum Beispiel das Frauenhandelsprojekt und die Straßensozialarbeit gemacht haben, mit der Polizei und mit den entsprechenden Abteilungen teilgenommen haben. Nach dieser Bilanz haben wir uns entschlossen, dass wir diesen strukturierten Dialog mit den AnrainerInnen et cetera führen werden. Das ist in Planung, hat aber noch nicht stattgefunden.

So, wie ich es Ihnen im Dezember versichert habe: Wenn dieser Dialog stattgefunden hat, wenn diese einzelnen Interessensgruppen ihre Vorstellungen und ihre Forderungen für ein Prostitutionsgesetz in Wien auch kundgetan haben, dann gehen wir gesammelt mit all dem in Parteiengespräche. Ich werde mich nicht nur mit den politischen Parteien auseinandersetzen, sondern eben auch mit den Anrainerinnen und Anrainern genauso wie mit den Prostituierten und auch mit den Lokalbesitzern.

Denn wenn wir Genehmigungsverfahren ins Prostitutionsgesetz aufnehmen, dann müssen wir auch schauen, wie die Interessenslage der Lokalbetreiberinnen und Lokalbetreiber ist. Denn auf der einen Seite passen sie uns manchmal nicht, aber auf der anderen Seite könnten solche Leute auch, wenn sie sich so einem Genehmigungsverfahren unterziehen und in einem geschäftlichen Interesse mit einer sozialpolitisch korrekten Haltung agieren, Betreiberinnen und Betreiber von Laufhäusern sein. Ich glaube, dass wir uns alle einig sind, dass das zum Beispiel durchaus positive Einrichtungen wären.

Und deswegen werde ich all diese Interessensgruppen einbinden. Wir reden da nicht von einem Prozess, der Monate dauert. Das ist ein strukturiertes Gespräch, ja, ein strukturiertes Gespräch. Ich kann Ihnen das mit den Jahrhunderten in jeder Anfragebeantwortung gerne wieder erzählen. Und wenn wir das hinter uns haben, dann gibt es die Parteiengespräche, zu denen Sie von mir eingeladen werden.

Präsident Prof Harry **Kopietz**: Danke, Frau Stadträtin. Die 2. Zusatzfrage stellt Frau Abg Hebein. Ich ersuche darum.

Abg Birgit **Hebein** (*Grüner Klub im Rathaus*): Einen guten Morgen, werte Frau Stadträtin!

Die Idee, Straßenprostitution zu verbieten und die Indoor-Prostitution durch ein Bordellgesetz zu erschweren, löst nicht die Probleme. Das ist realitätsfern. Wir leben in einer Großstadt, insofern ist es ein guter Weg, alle Beteiligten mit einzubeziehen, dass es zu einem neuen, praxistauglichen Prostitutionsgesetz kommt.

Meine Frage hat aber einen konkreten Anlass, und

zwar wurde letzte Woche eine junge Frau aus Nigeria abgeschoben. Das ist eine Frau, die nach Wien verschleppt wurde, die zur Prostitution gezwungen wurde und die sich trotz massiver Bedrohungen, trotz massiver Angst dazu entschieden hat, bei der Polizei gegen die Menschenhändler auszusagen. Was ist passiert? – Obwohl es ein laufendes Verfahren auf humanitäres Bleiberecht gibt, hat man diese Frau abgeschoben.

Ich halte das für ein nicht akzeptables Vorgehen, ein fatales Zeichen. Mich würde Ihre Meinung dazu interessieren und welche Möglichkeiten Sie sehen, hier von Wien aus aktiv zu werden, dass das nicht mehr passiert. – Vielen Dank.

Präsident Prof Harry **Kopietz**: Frau Stadträtin, bitte.

Amtsf StRin Sandra **Frauenberger**: Nun. Ich habe von dieser Geschichte auch aus den Medien erfahren und habe mich dann auch erkundigt, wie so etwas überhaupt zustande kommen kann, und bin auf einen Zynismus mehr in der Gesetzgebung gestoßen, nämlich auf den, dass die Frau, wenn sie sagt, ich bin Opfer von Menschenhandel, nicht abgeschoben werden kann, solange dieses Verfahren läuft. In dem Fall sind zwei Verfahren gelaufen, nämlich das auf humanitäres Bleiberecht, aber das andere eben auch gegen Menschenhandel.

Da sozusagen der Täter nicht ausfindig gemacht werden konnte, ist das Verfahren zum Menschenhandel eingestellt worden. Und ab dem Zeitpunkt, wo das Verfahren eingestellt wird, kann die Frau abgeschoben werden. Das ist zynisch. Da brauchen wir gar nicht darüber zu reden, das ist zynisch.

Was kann Wien tun? – Was wir gemacht haben, ist, dass wir uns in diesem Sieben-Punkte-Programm ja auch einen Punkt ausgewählt haben, bei dem wir gesagt haben, wir möchten statt gegen Menschenhandel vorzugehen, gegen Frauenhandel vorgehen, von dem wir wissen, dass es eine sehr, sehr große Dunkelziffer in dieser Stadt gibt, eben auch, was die illegale Prostitution betrifft. Wir haben aber mittlerweile mitbekommen, dass meistens diese Frauen gar nicht illegal Prostituierte sind, sondern dass diejenigen, die sie handeln und hierher bringen, auch rechtzeitig darauf schauen, dass diese Frauen die entsprechenden Papiere haben, den so genannten Deckel, was es natürlich noch schwieriger macht herauszufinden, wo diese Frauen in der Indoor-Prostitution sind. Die wenigsten von ihnen sind in der Straßenprostitution im Einsatz.

Wir haben uns überlegt, wie wir überhaupt an diese Frauen herankommen, und haben deshalb mit LEFÖ ein sehr erfolgreiches Projekt gemacht – das ist in der Bilanz zum Beispiel ein sehr positiver Punkt gewesen –, wo wir mit MultiplikatorInnen diese Frauen sowohl in den Lokalen als auch die wenigen auf der Straße aufgesucht haben und mit ihnen insofern gearbeitet haben, dass wir ihnen einmal auch ihre rechtlichen Möglichkeiten dargelegt haben, und zwar sozusagen von Frau zu Frau. Das war der Auftrag, den LEFÖ sehr erfolgreich erfüllt hat.

Die Frauen haben uns in dieser Bilanzrunde zurückgemeldet, dass sie im Antreffen und Ansprechen der Frauen erfolgreich waren, aber dass sie natürlich genau



diese zum Beispiel gesetzlichen Rahmenbedingungen haben, die es unglaublich erschweren, diesen Frauen auch tatsächlich eine Unterstützung zu geben. Denn das sind Netzwerke, die weltweit agieren, die unglaublich mobil agieren – so sage ich jetzt einmal. Das macht es einfach sehr, sehr schwer greifbar, diesen Frauen die Unterstützung zu geben, die sie auch tatsächlich brauchen.

Ich glaube, da muss man einfach auch aus frauenpolitischer Sicht ganz unbedingt dranbleiben. Wir haben das auch in der Begutachtung zum Gesetz damals in der MA 35 ganz klar dargelegt, dass wir da ein riesenproblem sehen.

Ich glaube, der Fall wäre ein Anlass mehr, hier wieder diese problematische Situation darzustellen und zu sagen: Es braucht eine andere gesetzliche Regelung, die den Frauen den entsprechenden Schutz gibt. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Präsident Prof Harry **Kopietz**: Danke, Frau Stadträtin. Die 3. Zusatzfrage stellt Herr Abg Mag Kowarik. Ich ersuche darum.

Abg Mag Dietbert **Kowarik** *(Klub der Wiener Freiheitlichen)*: Frau Landesrätin!

Es ist ja nicht das erste Mal, dass wir über dieses Thema hier reden. Vielleicht ein paar Klarstellungen vorab: Frau Kollegin Hebein hat gemeint, wir wollen Straßenprostitution verbieten. Das ist nicht ganz richtig. Ich weiß nicht, wir haben es eigentlich ohnehin schon immer versucht, richtig zu transportieren. Wir wollen Straßenprostitution im Wohngebiet verbieten. Das ist ein wesentlicher Unterschied.

Sie haben auch gesagt, Frau Landesrätin, Verbote sind nicht immer die einzige Lösung. Damit würden Sie schon recht haben. Sie haben allerdings auf den Feldversuch verwiesen und das damit begründet. Da hat es kein Verbot gegeben, Frau Landesrätin! Das wissen Sie schon, ja! Darum hat es auch nicht funktioniert. Das haben wir von Anfang an auch gesagt.

Das heißt, es gäbe schon auch Möglichkeiten, über Verbote zu arbeiten. Sie wissen es, es gibt einen Initiativantrag, der im Ausschuss, wie ich annehme, im Februar behandelt werden wird. Ich kann mir vorstellen, welches Schicksal er erleiden wird. Aber trotzdem: Wir haben Vorstellungen dazu, die wir auch – ich weiß nicht, wie oft – schon eingebracht haben.

Der Kollege hat gesagt: Zügig vorantreiben, davon kann keine Rede sein! Da muss ich ihm leider recht geben. Ich weiß nicht, wie lange ich mir da schon den Mund fusselig rede. Das Problem im Bezirk haben wir schon seit Jahrzehnten.

Meine Frage: Sie haben auch gesagt, es wird einen gemeinsamen Dialog mit allen Beteiligten und vor allem auch mit den Bürgerinitiativen geben, so wie ich das verstanden habe. Das heißt, Sie werden auch die Herrschaften oder die Damen und Herren von der Felberstraße beziehungsweise von der Mariahilfer Straße dann zu diesem Vorgespräch vor den Parteigesprächen zu sich bestellen, was ich für klug empfinde. Wann wird das sein?

Präsident Prof Harry **Kopietz**: Frau Stadträtin, bitte.

Amtsf StRin Sandra **Frauenberger**: Nun, auch zur Klarstellung: Ich habe gesagt, mit kommunalpolitischen Instrumenten ist es nicht möglich, Straßenprostitution zu verschieben, und auch nicht möglich, sie zu verhindern. Und ich habe gesagt, viele glauben, mit einem Verbot wäre das mit einem Satz weg. Und das glaube ich nicht, das zweifle ich an.

Was Verbote auslösen können, ist das eine, aber dort, wo Verbote sind, finden Menschen auch immer Wege, Verbote zu umgehen. Und gerade in der Prostitution zeigt sich das in Europa in vielen, vielen Städten, wo es Verbote gibt, dass es natürlich trotzdem Straßenprostitution gibt.

Sie sind nicht für ein Verbot der Straßenprostitution grundsätzlich, sondern Sie treten dafür ein, Straßenprostitution in den Wohngebieten zu verbieten. Das wirft eine Frage auf – und damit sind wir zum Beispiel wieder bei dem zügigen Vorantreiben; mit dem muss man sich auseinandersetzen –, nämlich eine sicherheitspolitische Frage: Wenn man sagt, in den Wohngebieten nicht, dann frage ich: wo dann? Es gibt zum Beispiel Städte, die das an den Ausfallsstraßen oder auch in sehr unsicheren, unbewohnten, unbelebten Gebieten versucht haben.

Wir haben aber zum Beispiel gesehen, dass der Feldversuch unter anderem auch deshalb gescheitert ist, weil es in den Straßenzügen, die wir den Prostituierten aktiv angeboten haben, keine Infrastruktur gab. Und ohne Infrastruktur stellt sich dort natürlich keine Frau hin, weil sie dann natürlich auch nicht das entsprechende Geschäft macht. *(Abg Mag Dietbert Kowarik: Auf der ... gibt es auch keine Infrastruktur!)* Das sind alles Punkte, die sehr wohl zu berücksichtigen sind.

Noch einmal: Ich bin auch ungeduldig in der Frage, aber trotzdem bin ich nicht für eine Hopp-Hopp-Lösung zu haben. Sie sagen ja selbst, seit Jahrzehnten gibt es das Problem zum Beispiel in Ihrem Bezirk. Ich tue mein Bestes und Gutes, eine Lösung zu finden. Es wird vielleicht auch eine Lösung sein, mit der wir nicht alle miteinander glücklich sein werden. Das ergibt sich schon einmal allein, wie ich glaube, aus unseren ideologischen Unterschiedlichkeiten, aber wir werden konsequent an einer Lösung arbeiten.

Zu Ihrer ganz konkreten Frage, was diesen strukturierten Dialog und die Parteiengespräche betrifft: Nun, ich habe gesagt, dass ich, bevor es wieder warm wird, eine Regelung haben möchte, die wir auch gemeinsam verkündigen können, damit eben die BewohnerInnen, die AnrainerInnen auch wissen, wie die Stadt vorhat, diese Sache zu regeln, zu lösen, für sie zu lösen.

Bei den Anrainerinnen und Anrainern gibt es natürlich den größten Druck, wiewohl ich den Druck der Prostituierten auch gerne einbringen möchte, denn aus der Bilanz wissen wir, sowohl was die sozialarbeiterische aufsuchende Tätigkeit von SOPHIE als auch die von LEFÖ betroffen hat, dass der Druck auf der Straße für die Frauen schon ein sehr enormer war. Ich habe also sehr wohl auch die Interessen der Prostituierten im Auge zu behalten und aus frauenpolitischer Sicht ihre Interessen auch entsprechend einbringen zu lassen.

Gut. Die MA 57, die Frauenabteilung, und die MA 62

arbeiten gerade an dem Konzept, wie dieser strukturierte Dialog ablaufen soll. Wir werden im März diesen strukturierten Dialog organisieren, nach den Semesterferien werden wir dazu einladen, und im März wird dieser strukturierte Dialog stattfinden. Dann können wir unsere Parteiengespräche aufnehmen.

Präsident Prof Harry **Kopietz**: Danke, Frau Stadträtin. Die 4. und letzte Zusatzfrage stellt Herr Abg Dr Ulm.

Abg Dr Wolfgang **Ulm** (*ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien*): Ich muss leider Gottes schon feststellen, dass hier wieder ein sozialdemokratisches Schema hervorkommt, nämlich: Wir als Wiener werden es nicht schaffen, mit kommunalpolitischen Mitteln kann man das Problem nicht lösen, und wir täten ohnehin alles probieren, aber wir schaffen es nicht!

Es gibt ganz viele bundesrechtliche Vorschriften zu diesem Bereich. Wir haben ganz viele strafrechtliche Vorschriften. Wo wir wirklich im Hintertreffen sind, das sind die landesrechtlichen Vorschriften. Wir haben da wirklich viel verpasst, wobei „wir“ freundlich formuliert ist. Die SPÖ hat hier eine absolute Mehrheit oder eine relative Mehrheit seit Menschengedenken. In diesen Bereichen habe ich es immer mit SPÖ-Stadträten oder -Stadträtinnen zu tun gehabt. Sie müssen halt schon akzeptieren, dass Sie als SPÖ dafür die Verantwortung tragen, wenn man in diesen Bereichen zu keiner Lösung kommt, auch wenn die Stadträte hier immer wieder wechseln.

Es ist Wien das einzige Bundesland, das kein Genehmigungsverfahren für Bordelle vorsieht. Das kann man nicht wegdebattieren. Wir haben eine Anzeigepflicht in Oberösterreich, Niederösterreich und dem Burgenland und haben ein ausdrückliches Bewilligungsverfahren mit einer Bewilligungspflicht, die Voraussetzung für Bordelle ist, in Vorarlberg, Tirol, Salzburg, Kärnten und Steiermark. Wien hat nichts. Und diese Verantwortung wird man Ihnen und der SPÖ nicht abnehmen können.

Aber ganz konkret: Sie sagen – das höre ich jetzt das erste Mal –, im März soll dieser strukturierte Dialog beginnen, sollen die Parteiengespräche schon in diesen strukturierten Dialog einfließen. Sollen diese gleichzeitig mit den Betroffenen und auch mit den Betroffenen stattfinden, sollen da schon die Parteien dabei sein, oder finden die Parteiengespräche erst im Anschluss nach Abschluss dieses strukturierten Dialogs statt?

Präsident Johann **Herzog**: Ich bitte um das Wort.

Amtsf StRin Sandra **Frauenberger**: Erstens einmal habe ich mit keiner einzigen Silbe gesagt: Wir schaffen das nicht! Ich bin davon überzeugt, dass wir eine Lösung finden werden. Ich habe auch gesagt, dass es vielleicht eine Lösung sein wird, mit der nicht alle eine Freude haben werden, aber wir werden eine Lösung finden. Mein Fokus liegt ja darin, dass ich eine Lösung für die Anrainerinnen und Anrainer und für die Prostituierten finde. – Das zum Ersten.

Zum Zweiten – wir können noch einmal über das Wort zügig reden, aber das wollen wir jetzt gar nicht –: Wenn Sie bundesgesetzliche Regelungen ansprechen, dann würde ich Sie, Herr Abgeordneter, an dieser Stelle auch um Folgendes bitten: Wir würden uns zum Beispiel

in vielen Bereichen leichter tun, wenn wir als Stadt Wien gemeinsam einen Vorstoß zur Abschaffung der Sittenwidrigkeit machen. Das wäre etwas, was wir ganz, ganz dringend brauchen, nämlich gerade auch zum Schutz der Prostituierten und auch im Hinblick auf die Lösung der Bordelle betreffend.

Was die Gespräche betrifft: Ich habe Ihnen gesagt, dass die MA 62 und die MA 57 diesen Dialog planen. Ich möchte zuerst mit den AnrainerInnen, Prostituierten und all den Interessensgruppen sprechen – Sie sind ja auch im permanenten Kontakt mit all diesen Interessensgruppen –, und dann werden wir die Vier-Parteien-Gespräche aufnehmen.

Präsident Johann **Herzog**: Ich danke für die Beantwortung. Somit ist die Fragestunde beendet.

Wir kommen nun zur Aktuellen Stunde. Der ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien hat eine Aktuelle Stunde mit dem Thema „Für ein faires und modernes Wiener Wahlrecht“ verlangt. Das Verlangen wurde gemäß § 39 Abs 2 der Geschäftsordnung ordnungsgemäß beantragt. - Ich bitte den Erstedner, Herrn Abg Dr Tschirf, die Aktuelle Stunde zu eröffnen, wobei ich bemerke, dass seine Redezeit mit zehn Minuten begrenzt ist.

Abg Dr Matthias **Tschirf** (*ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien*): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Es ist nicht die erste Diskussion, die wir zu dem Thema „unfares Wahlrecht in dieser Stadt“ führen, und es wird auch nicht die letzte Diskussion sein. Es gibt wenige Themen verfassungsrechtlicher Natur, wo die Leute sagen: Das ist einfach ungerecht. Die Frage des Wahlrechts, wie wir es in Wien haben, ist eine solche.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, das Wahlrecht ist ungerecht, wir weisen seit Jahren und Jahrzehnten darauf hin. Es ist verständlich aus der Sicht der SPÖ, dass sie es sich gemütlich gemacht hat. Sie hat über fast 20 Jahre trotz des Verlustes der absoluten Stimmenmehrheit die absolute Mehrheit an Mandaten hier gehabt. Warum hätte eigentlich die SPÖ etwas verändern sollen? Das ist machtpolitisch durchaus verständlich und nachvollziehbar.

Was aber bemerkenswert ist, ist, dass es seit dem 25. November letzten Jahres eine Mehrheit von Parteien in diesem Haus gibt, die sagen oder bis vor Kurzem gesagt haben, dass dieses Wahlrecht ungerecht ist und zu verändern ist. Und trotzdem wird diese Mehrheit nicht eingesetzt, meine sehr geehrten Damen und Herren! Und das ist unverständlich.

Da gab es ja bekanntlich eine Vielzahl an Initiativen. Gerade von Seiten der GRÜNEN sind diese immer ausgegangen. Da gab es von Klubobmann Peter Pilz angefangen über Christoph Chorherr und Maria Vassilakou immer wieder Hinweise, wie ungerecht dieses Wahlrecht ist.

Und wenn man sich das in der Passage in diesem Koalitionsübereinkommen, wo Wahlrechtsreform drübersteht, durchliest, was davon geblieben ist, dann ist hier nur die Rede davon: „Ziel ist ein modernes Verhältniswahlrecht.“ – Na ja, traurig eigentlich!

Da sehe ich gerade Christoph Chorherr. Ich weiß, mit

welchem Engagement du viele, viele Jahre hier dafür gekämpft hast! Und das ist eigentlich übrig geblieben. (*Abg Mag Christoph Chorherr: Mit großem Engagement kämpfen wir weiter und du wirst sehen, was herauskommt! Du wirst überrascht sein!*) – Mit großem Engagement warst du unterwegs! Die Botschaft höre ich wohl, allein, mir fehlt der Glaube. Ich hoffe, dass wirklich etwas zusammenkommt.

Auf jeden Fall ist diese Passage eigentlich traurig, weil ich mir erwartet hätte, dass schon in einem Regierungsübereinkommen Genaueres darüber steht, wie ein demokratischeres Wahlrecht auch in dieser Stadt zusammenkommt. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Es war bemerkenswert, dass der Herr Bürgermeister heute in der Früh bei anderen Wahlrechtsfragen zu Recht darauf hingewiesen hat: Da schauen wir uns an, was der Bund macht! – Ja, warum schauen wir uns nicht an, was der Bund in der Frage des Verhältniswahlrechtes macht?

In den letzten Wochen hat es ja fast keinen Tag gegeben, an dem nicht Jubelbroschüren, Jubelsendungen über Bruno Kreisky ausgestrahlt worden sind. Es ist bemerkenswert nachzuschauen, was dieser Bruno Kreisky in den Jahren 1970/71 zum Thema Wahlrecht gemacht hat. Da ist damals ein Wahlrecht geschaffen worden, das dazu führt, dass proportional ... (*Abg Heinz Hufnagl: Gegen den Widerstand der ÖVP!*) – Der Zwischenruf ist ja interessant, Kollege Hufnagl: „Gegen den Widerstand der ÖVP!“

Warum will die SPÖ in Wien nicht ein anderes Wahlrecht durchsetzen? Das ist ja überhaupt kein Problem. Das wäre in den letzten Jahrzehnten möglich gewesen. Das wäre seit den 20er Jahren möglich gewesen. Aber jetzt blockieren es die GRÜNEN. Die GRÜNEN freuen sich so: Jetzt sind wir endlich in der Regierung! Das gefällt uns, da wollen wir uns ja nicht in irgendeiner Form strafen lassen. Wir von der SPÖ sagen auch nichts mehr dazu.

Was eben unverständlich ist: Wir führen heute eine Diskussion zu einem anderen Thema. Ich glaube auch, dass es gut und richtig ist, dass man durchaus über andere Themen wie das Wahlgeheimnis und Ähnliches in Parallelposition zu dem, was auf Bundesebene stattfindet, durchführt.

Aber warum geschieht das nicht beim Wahlrecht? Warum geschieht das nicht beim Wahlrecht, dass das durchgesetzt ist, wofür die Sozialdemokratie vor mehr als hundert Jahren angetreten ist: Gleiches Wahlrecht für alle! (*Beifall bei der ÖVP. – Abg Heinz Hufnagl: Das ist verwirklicht! Jeder Wähler hat nur eine Stimme! Dieser Ausspruch ist verwirklicht!*)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die Auswirkungen sind aber unterschiedliche! Es ist schon klar, dass sich die SPÖ auf diese Art und Weise durch viele Legislaturperioden sehr gemächlich eine absolute Mehrheit hier in dieser Stadt gesichert hat.

Aber jetzt der Appell an die GRÜNEN: Ich sehe, der Kollege Chorherr redet ja bereits auf den Kollegen Ellensohn ein! Ich hoffe, dass das auch Wirkung hat. (*Heiterkeit bei ÖVP und GRÜNEN.*)

Ich habe gedacht: Politik ist schnelllebig, man vergisst, was gestern ist. „Was kümmert mich mein Geschwätz von gestern.“ – ein altes Zitat Konrad Adenauers, das immer wieder herausgezogen wird. Jedenfalls vergisst man das leicht. Und in der Politik ist auch manchmal Amnesie ein gewisser Schutz.

Aber damit die GRÜNEN dieser Amnesie nicht verfallen, habe ich etwas mitgebracht. Das ist zum Aufhängen im Klub und trägt die Unterschrift von Maria Vassilakou. Eine Verpflichtungserklärung betreffend das geheime Wahlrecht. (*Der Redner hält ein Plakat mit der genannten Verpflichtungserklärung in die Höhe.*) Ich empfehle dem Kollegen Ellensohn, das aufzuhängen, sodass du es jeden Tag siehst und auch die anderen Kolleginnen und Kollegen nichts vergessen. Sonst wird man am Wahltag abgestraft! (*Der Redner übergibt das Plakat Abg David Ellensohn. – Beifall bei der ÖVP.*)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die Österreichische Volkspartei wird auf jeden Fall nichts unversucht lassen, ein faires Wahlrecht in dieser Stadt umzusetzen. Wir werden alles daran setzen. Wir verstehen, dass die SPÖ aus machtpolitischen Gründen das nicht tut. Aber es ist nicht gut, wenn der Wähler den Eindruck hat: Die da oben tun, was sie wollen und hören nicht auf uns.

Hören Sie alle auf das, was die Wählerinnen und Wähler wollen! Verändern Sie das Wahlrecht im Sinne von mehr Gleichheit, von mehr Demokratie! Das wird uns allen guttun. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Präsident Johann **Herzog**: Für weitere Wortmeldungen bringe ich in Erinnerung, dass sich die Damen und Herren Abgeordneten nur ein Mal zu Wort melden dürfen und ihre Redezeit mit fünf Minuten begrenzt ist. Als nächster Redner hat sich Herr Abg Ellensohn gemeldet. Ich ersuche darum.

Abg David **Ellensohn** (*Grüner Klub im Rathaus*): Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Ein wichtiges Thema, das eine gewisse Sachlichkeit auch verdient hat, ist das Wahlrecht. Und es nutzt nichts, da mit Nebelgranaten zu werfen und die Vergesslichkeit dieses Hauses zu nennen. Da müsste ich jetzt in kindischer politischer Manier sagen: O je, 1996 bis 2001 hat die Volkspartei hier mitregiert, und im Koalitionsabkommen damals ist kein Satz von einem Wahlrecht gestanden, nicht fair, nicht modern, nicht anders, sondern einfach gar nichts. Nichts ist drinnen gestanden.

Dann hatte man hier die Möglichkeit, das Wahlrecht zu ändern. Keinen Vorstoß hat es gegeben. Also, was wir momentan wissen, ist, es hätte einmal die Zeit gegeben, das zu tun. Wer hat es nicht getan? – Die Volkspartei. (*Abg Christine Marek: Da hat es aber auch keinen Notariatsakt gegeben!*) Jetzt gibt es die nächste Möglichkeit, das zu tun. Und ja, wir werden es machen. So einfach ist es.

Zu dieser Unterschrift: Wir haben das nämlich bei uns selbst aufgehängt, um uns selbst daran zu erinnern! So ist es ja nicht. Uns ist das Wahlrecht wichtig, uns ist eine Annäherung an alles wichtig, was heißt: Jede Stimme ist gleich viel wert!

Eigentlich ist es schräg, dass man das in der Demo-

kratie sagen muss, denn es gibt kein Wahlrecht, wo es so ist. In ganz Österreich wird nirgends nach dem Prinzip „jede Stimme ist gleich viel wert“ gewählt. In Wien zählt ein Sozialdemokrat, der in Floridsdorf abstimmt, in der Menge anders, als wenn er in Neubau abstimmt, und ein GRÜNER im Übrigen auch. Je nachdem, wo die Partei stärker ist, nutzt es mehr. Das gilt für jede Partei hier herinnen. Das ist völlig unlogisch.

Eine Annäherung an: Jede Stimme/one man/one woman ist immer gleich viel wert/one vote!, auf das arbeiten wir hin. Das machen wir in aller Unaufgeregtheit. Eines ist auch klar: Heuer finden keine Wahlen statt. *(Abg Mag Wolfgang Jung: Ja, wer weiß, wie lange eure Koalition hält!)* Es ist nicht so dringend, dass man das wie die Briefwahlordnung, die zu einem Haufen Problemen geführt hat, hinpfuschen muss

Sicher ist – und das finde ich auch –, man soll Politik an dem messen, was getan wird. Vorher haben wir gesagt, was wir wollen, jetzt sind wir dabei, es zu tun. Wenn wir es dann getan haben, werden wir da stehen und werden die Lorbeeren auch nicht erhalten – macht nichts. Wir haben ganz klar gesagt, was wir in dieser Frage wollen und kämpfen seit Jahren dafür. Jetzt haben wir auch die Möglichkeit, und wir haben da einen Partner, mit dem wir das ausgemacht haben. Das steht im Koalitionsabkommen, wir kümmern uns darum.

Da gibt es viele Punkte zu berücksichtigen. Wir sind ja auch für eine Ausweitung der Demokratie, nämlich dahin gehend, wer denn mitstimmen darf. Es ist sehr schade, dass die Österreichische Volkspartei nicht einmal den EU-BürgerInnen das Wahlrecht auf Landesebene zugestehen möchte. Das finde ich schade. Da wird es eine Einladung von den GRÜNEN und von der SPÖ gemeinsam geben, dass wir genau das hier auch durchfechten. Dafür brauchen wir die Volkspartei auf Bundesebene. Ich lasse jetzt die Partei aus, die in dieser Frage definitiv nicht mit dabei sein wird.

Um das kämpfen wir jetzt. Wir kämpfen um ein Wahlrecht, das mehr Leuten das Recht gibt zu wählen. Wir kämpfen um ein Wahlrecht, das fairer ist. Das machen wir gemeinsam. Wir sind mitten drin in der Vorbereitung. Wir werden die Oppositionsparteien dazu einladen.

Und dann schauen wir, was vom Demokratieverständnis der Volkspartei und vom Demokratieverständnis der Freiheitlichen übrig bleibt, die bis jetzt leider in der Frage, wer überhaupt abstimmungsberechtigt ist, gemeinsam gehen. Das ist schade. Wieso soll jemand, der aus Schweden zugewandert ist oder aus Holland zuwandert und in einer Bezirksvertretung sitzt und dort mitarbeitet und mittut, im Landtag nicht mitstimmen? Wieso nicht? Wieso soll das nicht sein? *(Abg Mag Dietbert Kowarik: Staatsbürger! – Abg Mag Wolfgang Jung: Weil Wahlrecht Staatsbürgerrecht ist!)* Das kommt mir unlogisch vor: Die sind 20, 30 Jahre da, leben da, arbeiten da, zahlen da Steuern. Das ist ein Verständnis, das die Sozialdemokratie hat und die GRÜNEN haben, und Sie alle nicht haben.

Wenn Sie sich das Wahlrecht und die Diskussion anschauen, wenn man das redlich führt, muss man sagen: Alle machen das Gleiche. Jeder schaut das Wahlrecht

an und alle fragen auch: Was nutzt das meiner eigenen Partei? So erklären sich nämlich diese Abweichungen, wenn man die neun Bundesländer anschaut. In Kärnten gibt es natürlich ein Wahlrecht, das der stärksten Partei hilft. Das waren auch schon und wieder die Scheuchbrüder. *(Abg Mag Wolfgang Jung: Aber das Wahlrecht gibt es schon sehr lange!)*

Es gibt ein Wahlrecht in Vorarlberg, das eine Verzerrung hat, die fast genau auf das hinkommt, was wir hier haben, und so weiter.

Es gibt kein einziges Wahlrecht in neun Bundesländern, das dem entspricht, was die GRÜNEN für richtig finden. Dafür kämpfen wir. Überall dort, wo die ÖVP das Wahlrecht hin zu einem ganz fairen selbst ändern könnte, macht sie es nicht. Wir haben hier vor, es zu tun. Wir haben das ausgemacht, wir haben einen Partner gefunden, der das gemeinsam machen möchte.

Das Gute daran ist: Wenn die ÖVP wie zwischen 1996 und 2001 umfällt, ist es diesmal nicht so tragisch, weil die SPÖ und die GRÜNEN das alleine bestimmen können und alleine abstimmen können. Es wird bei der nächsten Wahl 2015 ein anderes Wahlrecht geben, nach dem gewählt werden wird. Auf das haben wir uns verständigt. Das ist ein wesentlich größerer Schritt als alles, was Sie in der Vergangenheit gemacht haben. Der Rest ist Nebelgranatenwerfen.

Ich nehme das mit und hänge es ein zweites Mal auf. Ich gebe zu, so groß habe ich es nicht, aber ein A4-Blatt hängt auch bei mir im Büro. Wir erinnern uns an unsere Wahlversprechen und kämpfen hart dafür, alles Punkt für Punkt umzusehen. – Danke. *(Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.)*

Präsident Johann **Herzog**: Als nächster Redner hat sich Herr Abg Mag Gudenus gemeldet. Ich ersuche darum.

Abg Mag Johann **Gudenus**, MAIS *(Klub der Wiener Freiheitlichen)*: Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Es ist ja schon einmal ein Fortschritt, dass Herr Kollege Ellensohn bei seiner jetzigen Wortmeldung sich getraut hat, über Wien zu reden. Bei der Budgetdebatte im Dezember hat er über alle Bundesländer außer über Wien gesprochen. Herzliche Gratulation! Das ist einmal nicht so schlecht. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Ich darf Ihnen auch gleich mitteilen, sehr geehrter Herr Kollege Ellensohn: Aus unserem Eigeninteresse, wenn wir keine Demokraten wären, müssten wir eigentlich für die Beibehaltung der jetzigen Wahlrechtssituation in Wien sein, bei der jetzigen Aufwind-Situation der FPÖ. Aber wird sind ja Demokraten und deswegen sind wir für eine Änderung des Wahlrechts und für eine Demokratisierung. So wie sich die SPÖ in den letzten Jahrzehnten verhalten hat, wollen wir das sicherlich nicht machen, meine sehr geehrten Damen und Herren! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Ich bin ja sehr dankbar, dass das Thema auch heute wieder gewählt wurde, über ein faires und modernes, zukunftsorientiertes Wahlrecht zu sprechen. Wir Freiheitliche sind ein verlässlicher Partner, wenn es darum geht, mehr Demokratie vor allem hier in Wien zuzulassen. Wir

sind ein verlässlicher Partner, wenn es darum geht, ein faires Wahlrecht auch hier in Wien zuzulassen.

Wir pochen auf eine Änderung dieses Wahlrechts. Und wir werden auch hier die GRÜNEN nicht aus der Ziehung lassen. Wir werden auch dafür eintreten, dass die Briefwahl in der derzeitigen Form abgeschafft wird. *(Abg Mag Christoph Chorherr: Ja! Richtig!)*

Es handelt sich hier um ein sehr, sehr ernstes Thema: mehr Demokratie. Es handelt sich auch um die demokratischen Ansprüche im 21. Jahrhundert. Der Status quo, wie er jetzt in Wien vorherrscht, ist längst überholungsbedürftig. Ganz ehrlich, es handelt sich hier bei dem jetzigen aktuellen Wahlrecht um mehrere Indizien eines totalitären Systems – ein Wahlrecht, das den Machterhalt sichert.

Noch dazu ist ein Ausländerwahlrecht geplant, das gegen die Verfassung verstößt. Man gewinnt ja fast den Eindruck, die Verfassung ist der SPÖ vollkommen egal. Man sieht es ja auch am Herrn Darabos und der Wehrpflichtdebatte, dass die SPÖ sich vollkommen über die Verfassung hinwegsetzen will.

Das kennen wir ja schon aus vergangenen Jahren, vielleicht aus anderen Ländern Mitteleuropas. Das haben wir schon einmal gehabt: „Die Partei, die Partei, die hat immer recht und, Genossen, es bleibe dabei!“ – Da kommen ja sicherlich nostalgische Gefühle bei Ihnen hoch, wahrscheinlich auch bei den GRÜNEN, die diesem System noch viel näher stehen.

Es geht Ihnen um Machterhalt um jeden Preis. Ich darf den Herrn Kollegen Margulies zitieren, den ich sehr gerne zitierte, weil er in den letzten Jahren sehr viel Stoff geliefert hat, von dem er großteils nichts mehr wissen will. Er hat gesagt: „Ich befürchte, dass der SPÖ jedes Mittel recht ist, um ihre absolute Mehrheit zu erhalten.“ – Sie haben vollkommen recht! Das Mittel haben Sie zur Verfügung gestellt, sehr geehrte Damen und Herren von den GRÜNEN! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Der SPÖ ist das Interesse für ihre eigene Partei viel wichtiger. Es steht weit höher als die Interessen des Landes und der Bürger hier im Land. Herr Bgm Häupl hat auch heute in der Anfragebeantwortung ganz klar gezeigt, dass die SPÖ anscheinend hier eine Verzögerungstaktik betreibt, was die Diskussion um ein faires Wahlrecht, aber auch eine Änderung bezüglich des Briefwahlrechts bedeutet. Man hat den Eindruck, er spielt auf Zeit. Es gibt ja Gerüchte, dass hier die Koalition mit den GRÜNEN nicht allzu lange andauern könnte und deswegen ja ein Spiel auf Zeit seitens der SPÖ durchaus genehm erscheint. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Das sind so Gerüchte auf den Gängen des großen und weiten Rathauses. Es besteht auch die Möglichkeit, ein oder eben auch zwei Abgeordnete der GRÜNEN hinauszukaufen oder hinauszubitten – Herr Kollege Chorherr, vielleicht wissen Sie etwas davon! –, um der SPÖ die absolute Mehrheit zurückzugeben, die sie jetzt ohnehin schon hat, aber dann wirklich auch formell hat. Es sind mehrere Spielvarianten, die sicherlich nicht nur Couleur-Gerüchte sind, sondern auch ein Fünkchen Wahrheit in sich tragen.

Wir Freiheitlichen pochen auf jeden Fall auf die Än-

derung des Wahlrechts in Wien. Wir mahnen auch die Einhaltung der Drei-Parteien-Übereinkunft zwischen ÖVP, FPÖ und GRÜNEN auf Punkt und Beistrich ein. Wir mahnen diese Vereinbarung ein. Es kann nicht sein, dass die Mehrheitspartei mit nicht einmal 50 Prozent die absolute Mehrheit behalten kann. Das kann nicht sein.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir sind der einzige verlässliche Partner der Bürger, wenn es darum geht, das Ausländerwahlrecht in Wien und österreichweit zu verhindern. Dafür treten wir ein. Wir sind für ein faires Wahlrecht, für ein Wahlrecht, das geheim ist, für ein Wahlrecht, das auch garantiert, dass die Staatsbürger eine Stimme haben. Dafür treten wir ein. Das ist freiheitliche Politik. – Danke sehr. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Präsident Johann **Herzog**: Als nächster Redner hat sich Herr Abg Dipl.-Ing Schicker gemeldet. Ich bitte darum.

Abg Dipl.-Ing Rudi **Schicker** *(Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates)*: Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren!

Unser Koalitionspartner hat schon darauf hingewiesen, dass das Wahlrecht eine viel zu ernste Angelegenheit ist, als dass man hier mit massiven Polemiken auftritt.

Herr Kollege Gudenus, wenn Sie der SPÖ unterstellen, dass wir ein totalitäres Regime führen, dann wissen Sie offensichtlich nicht, was totalitäre Regime sind. Die SPÖ ist die einzige Partei in diesem Lande, die immer auf der Seite der Demokratie gestanden ist, die verboten wurde, die unterdrückt wurde, deren Mandatäre dafür in KZs gesessen sind, von der Gestapo in die Gefängnisse gesteckt worden sind und auch unter der austrofaschistischen Zeit in die Gefängnisse gegangen sind.

Erinnern Sie sich nur an den von Ihrem Parteivorsitzenden jetzt so hoch gelobten Dr Kreisky. Wir loben Dr Kreisky auch. Wir wissen, warum.

Ganz offensichtlich versucht Ihre Partei sich abzulösen, von ihren historischen Vorbildern wegzudrängen. Das ist gut so. Das wünsche ich mir auch, dass Sie Ihre historischen Vorbilder endlich hinter sich lassen, denn die waren autoritär. *(Beifall bei der SPÖ und von Abg Senol Akkilić.)*

Wenn Sie hier bei der Angelobung mit der Kornblume auftreten und diese dann ganz bewusst als Heilpflanze bezeichnen, dann sage ich: Erinnern Sie sich und lesen Sie es nach, was das Zeichen der Kornblume in der illegalen Zeit der NS-Bewegung war! Das war das Kennzeichen der illegalen Nazis. Und wenn Sie sich dafür auch noch rühmen und herausgehen und der SPÖ vorwerfen, dass wir autoritäre Züge hätten, dann richtet sich das selbst. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN. – Abg Mag Johann Gudenus, MAIS: Wahlrecht!)*

Kollege Ellensohn hat schon darauf hingewiesen, dass wir im Koalitionspakt nicht nur drinnen stehen haben, dass wir ein modernes Wahlrecht erarbeiten, sondern auch drinnen stehen haben, welche Gesichtspunkte zu berücksichtigen sind. Nämlich zum Beispiel auch, dass Europabürger hier für diesen Landtag wahlberechtigt sein sollen. *(Abg Mag Wolfgang Jung: Dann wissen Sie genau, dass die Verzögerungstaktik ...!)*

Wir ersuchen die ÖVP, die sich immer als Europapartei geriert, die alle Kommissare bisher gestellt hat, die Österreich stellen durfte, dringend, auf der Bundesebene auch dafür zu sorgen, dass es eine Verfassungsmehrheit dafür gibt, dass Europabürger in dieser Stadt auch wahlberechtigt werden.

Herr Kollege Tschirf, es war spannend, Ihnen zuzuhören! Wir kennen einander ja lange genug. Nur, die Ausführungen, wie denn das Wahlrecht aussehen sollte, das sich die ÖVP wünscht, waren so ohne Inhalt und ohne Aussage! Das war vollkommen unklar. Sie haben überhaupt keine Aussage dazu getroffen. Sie haben den Notariatsakt groß kopiert und haben ihn dann der Grünen Fraktion zur Verfügung gestellt. Die kennen ihn. Wir kennen ihn auch, keine Sorge.

Aber wir wollen wissen, was Sie gerne hätten! Hätten Sie gerne das Wahlrecht Tirols? Da ist nämlich kaum ein Unterschied zum jetzigen Wiener Wahlrecht. Hätten Sie gerne ein Wahlrecht wie in Niederösterreich, das mehrheitsbildende Wahlrecht in Niederösterreich? Das hätten Sie gerne für Wien? Oder hätten Sie gerne die Wahlordnung der Wirtschaftskammer Wien, wo man mit 40 Prozent 60 Prozent der Mandate bekommen kann? (*Abg Dr Matthias Tschirf: Ich habe gesagt, ... auf Bundesebene! Nationalratswahlordnung!*) Ist es das, was sich die ÖVP wünscht? Sie haben dazu keine Aussage getroffen.

Wir werden Sie einladen. Kollege Ellensohn hat auch darauf hingewiesen. Wir werden natürlich schauen, dass es eine Vier-Parteien-Einigung zum neuen Wahlrecht gibt. Natürlich werden sich die Koalitionsparteien vorher ihre Meinung bilden. Die SPÖ hat ein paar Vorschläge schon präsentiert. Und diese sind erstaunlich nahe dem, erfreulich nahe dem, was im Parlament bei der Enquete am vergangenen Montag vorgeschlagen wurde, nämlich Personalisierung auch im Verhältniswahlrecht.

Genau dorthin wollen wir gehen, denn unser Interesse ist nicht, dass wir ein Verhältniswahlrecht haben, wo dann nur die Partei zählt, sondern uns sind auch die Personen, die hier die Menschen vertreten, ganz, ganz wichtig. Die Bürgerinnen und Bürger sollen auch wissen, wen sie hier in diesen Gemeinderat und Landtag entsenden, und auch wissen, an wen sie sich dann in ihrem Wahlkreis wenden können. (*Beifall bei der SPÖ und von Abg David Ellensohn.*)

Präsident Johann **Herzog**: Als nächster Redner ist Herr Abg Dr Ulm zu Wort gemeldet. Ich bitte darum.

Abg Dr Wolfgang **Ulm** (*ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien*): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Herr Kollege Schicker, wie das Verhältniswahlrecht nach unserem Sinn aussehen soll, wissen Sie ganz genau, nämlich jedenfalls so, wie es in der Verpflichtungserklärung drinnen steht. (*Abg Dipl-Ing Rudi Schicker: Das Pröll-Wahlrecht!*) Bei Ihnen warten wir aber bis zum heutigen Tage. Sie haben es auch in dieser Wortmeldung verabsäumt zu sagen, wie jetzt Ihr neues modernes Verhältniswahlrecht ausschauen soll, das Sie in das rot-grüne Koalitionsübereinkommen hineingeschrieben haben. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Jetzt zum Herrn Kollegen Ellensohn: Sie sagen, Sie

brechen keine Wahlversprechen. Herr Kollege, leider Gottes sind zwei nachweislich schon gebrochen! Das erste betrifft den Herrn Prof Van der Bellen. Da hat es geheißt, wenn er über die Vorzugsstimmen gewählt wird und wenn Grün in die Koalition kommt, dann wird er Stadtrat oder wird Gemeinderat und kommt jedenfalls nach Wien. – Keine Rede davon, ein nachweislich gebrochenes Wahlversprechen!

Den Nachweis des zweiten gebrochenen Versprechens kann ich noch leichter erbringen, weil die Umstände noch nicht so lange zurückliegen. Sie haben gesagt, selbstverständlich werden die Oppositionsparteien in die Gespräche eingebunden. Ich kann das nicht feststellen, denn laut Medienberichten hat am 17. Jänner 2011, jedenfalls vor wenigen Tagen, eine erste Arbeitsgruppe getagt, die bis spätestens Ende 2012 das Wiener Wahlrecht reformieren soll. (*Zwischenruf bei der SPÖ.*)

So, Sie werfen ein, bei jedem Gespräch können wir nicht dabei sein. Keine Frage! Ich verweise nur auf Ihr eigenes Übereinkommen, auf das rot-grüne Koalitionsübereinkommen. Da wird nämlich auch auf diese Arbeitsgruppe Bezug genommen.

Da steht drinnen: „Zur Konkretisierung der beschriebenen Vorhaben wird eine Arbeitsgruppe Wahlrechtsreform“ – offensichtlich diese – „unter Einbeziehung von ExpertInnen eingerichtet. Deren Arbeit beginnt mit Konstituierung im Jahr 2010“ – also offensichtlich jetzt – „und endet mit der legislativen Umsetzung bis längstens Ende 2012.“ – Keine Rede davon, dass hier die Oppositionsparteien beigezogen werden.

Das ist für die Sozialdemokratie ein Stilbruch der Sonderklasse. Ich bin schon ein bisschen länger in diesem Haus und erinnere mich sehr genau daran, dass Frau StRin Brauner Parteiengespräche geführt hat. Herr Kollege Schuster, Sie waren – wie ich glaube – auch dabei: in der Periode von 1996 bis 2001. Da hat die SPÖ selbstverständlich die Opposition beigezogen. Mittlerweile hält man das nicht für erforderlich. Das ist ein Stilbruch auf Seiten der Sozialdemokratie und ein Wortbruch bei den GRÜNEN. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Wie wir uns das moderne Verhältniswahlrecht vorstellen? – Genau so wie es in der Verpflichtungserklärung der drei Fraktionen drinnen steht, nämlich die Anzahl der Mandate soll möglichst genau ihrem prozentuellen Stimmenergebnis entsprechen, und die Gesamtmandatszahlen – so steht es in Punkt 2 des Übereinkommens – der einzelnen Parteien sollen nach d'Hondt ermittelt werden.

Und in Punkt 3 steht sogar noch etwas Formales drinnen, wie man nämlich mit dieser Reform umgehen will und wann diese passieren soll. Da steht drinnen: „Nach der Wahl zum Wiener Gemeinderat 2010 soll unabhängig von einer etwaigen Stadtregierungsbeteiligung durch Einbringung und Beschluss eines entsprechenden Initiativantrags die gegenständliche Wahlrechtsreform beschlossen werden.“ – So. Und dann bringen wir so einen Antrag ein – wortgleich, genauso, am 25. November 2010 –, und wer nicht mitstimmt, sind natürlich die GRÜNEN. Das ist ein klassischer Wortbruch. (*Beifall bei der ÖVP. – Zwischenruf von Abg Mag Christoph*

*Chorherr.)*

Sehr geehrte Damen und Herren von den GRÜNEN, Sie argumentieren wider besseres Wissen und Gewissen! Sie stehen der SPÖ in nichts mehr nach. Sie haben der Machtausübung und dem Machterhalt alles untergeordnet.

Sie behandeln die Opposition schlechter, als die SPÖ das jemals gemacht hat und seit Sie in der Regierung sind, schätzen Sie den Parlamentarismus nicht mehr. Sie stellen fast keine Redner mehr, Sie stellen keine Beschlussanträge, Sie verzichten auf Ihr parlamentarisches Fragerecht in der Fragestunde. (*Abg Mag Rüdiger Maresch: Wehleidig!*) Sie reden nur noch mit der SPÖ. Es interessieren Sie nur mehr die Mächtigen, die anderen interessieren Sie nicht mehr. Das ist nicht nur eine Geringschätzung der Opposition, das ist eine Geringschätzung des Parlamentarismus (*Abg Mag Rüdiger Maresch: Wehleidig!*), eine Geringschätzung der Demokratie! Sie passen wunderbar zusammen! (*Beifall bei der ÖVP.*) Sie stehen für die Abschaffung des Gymnasiums, fürs Schikanieren der Autofahrer und in besonderer Weise für das gebrochene Wort! (*Beifall bei der ÖVP. – Heiterkeit bei den GRÜNEN.*)

Präsident Johann **Herzog**: Als nächster Redner hat sich der Herr Abg Dipl.-Ing. Margulies gemeldet. (*Abg Mag Rüdiger Maresch: Nehmt's euch ein Taschentüch!*) Ich erteile es ihm.

Abg Dipl.-Ing. Martin **Margulies** (*Grüner Klub im Rathaus*): Sehr geehrte Damen und Herren!

Wie groß muss die Not der ÖVP sein bei (*Heiterkeit bei den GRÜNEN.*) diesen peinlich berührenden Aussagen des Kollegen Ulm. Er verlangt tatsächlich, dass zwei Monate nach der Angelobung alles erledigt ist. (*Abg Mag Wolfgang Jung: Nichts geschehen!*) Nein. Nach der Gemeinderatswahl 2010 wird diese Sache erledigt. Zwei Monate sind vergangen und in diesen zwei Monaten erlaube ich mir tatsächlich eine Feststellung und bedanke mich hier auch für die bisherige Kooperation unseres Koalitionspartners. (*Heiterkeit bei der FPÖ.*) Ich bin sicherer (*Abg Mag Wolfgang Jung: Genierst du dich nicht?*), sicherer und überzeugter als je zuvor, dass die nächste Gemeinderatswahl in Wien mit einem anderen Modus zur Briefwahl stattfinden wird, dass diese ganzen Sachen, die ich meines Erachtens zu Recht angeprangert habe, nicht mehr stattfinden werden und dass wir ein Verhältniswahlrecht haben werden, wie mein Kollege Ellensohn gesagt hat: „One man/one woman – one vote.“ Diese Kooperation seitens der SPÖ ist gegeben.

Aber liebe Kolleginnen und liebe Kollegen von der FPÖ! Nein, wenn sich SPÖ und GRÜNE zusammensetzen, müssen wir nicht jedes Mal KollegInnen von der FPÖ oder von der ÖVP dabei haben. Nein, das ist nicht so! Aber selbstverständlich wird es eine Arbeitsgruppe zum Wahlrecht geben, wo alle Fraktionen ihre Ideen einbringen werden. Und jetzt sage ich einmal – Kolleginnen haben es schon vorher gesagt: In einem Punkt werden wir uns wahrscheinlich mit der ÖVP und auch mit der FPÖ nicht einigen. Ich sage es ganz offen, auf Landtagsebene, auf Gemeindeebene, für mich persönlich auch auf der Ebene österreichweit ist ein Wahlrecht, das

lediglich auf die Staatsbürgerschaft abstellt (*Abg Mag Wolfgang Jung: Das heißt, wir werden nie was kriegen!*), und das ist antiquiert und überholt. Jeder und jede, die einen permanenten Aufenthalt in welcher Gebietskörperschaft auch immer haben, sollten nach einem gewissen Zeitpunkt das Wahlrecht haben. Das wäre ein modernes Wahlrecht. (*Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.*)

Und selbstverständlich wird in diesen Gesprächen auch darüber zu reden sein (*Abg Mag Wolfgang Jung: Keine Kompetenz!*), macht mehr Personalisierung Sinn oder nicht. Aber am Ende wird immer und muss immer ein Verhältniswahlrecht stehen, wo sich die abgegebenen Stimmen für die einzelnen Parteien auch in den zugeordneten Mandaten eins zu eins widerspiegeln.

Wir werden gemeinsam darüber reden und wir werden darüber reden, wie es mein Kollege Ellensohn auch gesagt hat, ob EU-Bürger und EU-Bürgerinnen endlich auch auf Wien-Ebene wahlberechtigt sind. Wir werden darüber reden, ob Drittstaatsbürger und –bürgerinnen, die sich zehn Jahre oder noch länger in Wien befinden, in Wien wahlberechtigt sind. Wir werden darüber reden, wieso Parteien wie die FPÖ und wie die ÖVP, die sich ein demokratisches Mäntelchen umhängen, dagegen sind, dass mehr als 20 Prozent der in Wien lebenden Bürger und Bürgerinnen mitstimmen dürfen. (*Aufregung bei Abg Mag Wolfgang Jung.*) Das ist antiquiert und das ist überholt und ich würde mir wünschen, dass Sie solche Demokraten sind, dass Sie sagen: Ja, jeder Mensch, der in Wien lebt, soll auch hier wählen können. (*Abg Mag Johann Gudenus, MAIS: Das ist Demokratie!*) Ich danke sehr. (*Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.*)

Präsident Johann **Herzog**: Als nächster Redner hat sich Mag Kowarik gemeldet. Ich erteile ihm das Wort.

Abg Mag Dietbert **Kowarik** (*Klub der Wiener Freieilichen*): Danke schön, Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Hoher Landtag!

Vielleicht ganz zu Beginn meiner Rede möchte ich auf den Kollegen Schicker eingehen, der es wieder einmal geschafft hat, die Geschichte zu verdrehen. Herr Kollege Schicker, zum letzten Mal: Die historischen Vorbilder unserer Ideenwelt waren die Vorkämpfer für Demokratie und für ein faires Wahlrecht. Das waren die Damen und Herren des Jahres 1848, die in diesem Jahr gegen die Obrigkeit aufgetreten sind. Und aus diesen Persönlichkeiten sind einige Persönlichkeiten gekommen, die dann auch der Sozialdemokratie nicht ganz fremd waren. Ich erinnere Sie an Viktor Adler und Pernerstorfer, die kamen ursprünglich aus unserem Lager, Herr Kollege! (*Beifall bei der FPÖ.*) Auf die berufen wir uns und auf keine anderen. Lernen'S Geschichte, Herr Kollege! (*Abg Dipl.-Ing. Rudi Schicker: Hinausgedrängt wurden! Hinausgedrängt wurden! Hinausgedrängt wurden! – Aufregung bei der SPÖ.*)

Zur Aktuellen Stunde zum Thema für ein faires und ein ... (*Abg Dipl.-Ing. Rudi Schicker: Hinausgedrängt wurden sie! Hinausgedrängt!*) ... für ein faires und ein modernes Wahlrecht, Herr Kollege Schicker. Wir haben ja schon oft darüber gesprochen, die Diskussion ist nicht neu. Ich glaube, es würde sich auszahlen, sich einmal neben allen Polemiken mit dem Gesetzestext selber zu

beschäftigen und sich darüber Gedanken zu machen, worum es in Wirklichkeit eigentlich geht. Warum wird dieses Wahlrecht als ungerecht empfunden? Warum wird es als unmodern empfunden? Es geht hier im Konkreten um den § 83 unserer Gemeinderatswahlordnung, um das erste Ermittlungsverfahren, wo festgehalten wird, dass die Wahlzahl für die Verteilung der Gemeinderatsmandate gefunden wird indem, die Gesamtsumme der im Wahlkreis für die Parteilisten abgegebenen gültigen Stimmen - und jetzt kommt's - durch die um eins vermehrte Anzahl der Mandate geteilt wird. Das ist es. Ich glaube, darauf können wir uns einigen, das ist der Grund, warum stärkere Parteien hier bevorzugt werden, warum (*Aufregung bei Abg Heinz Hufnagl.*) die Grundmandate billiger sind. Herr Kollege, Sie können sich gerne auch melden. (*Abg Heinz Hufnagl: Nicht in der Aktuellen Stunde!*) Ja, da haben Sie Recht. Aber machen Sie eine eigene Aktuelle Stunde. Da können wir gerne noch einmal darüber reden. (*Heiterkeit bei den GRÜNEN.*) Noch einmal: Das ist der Grund, warum dieses Wahlrecht als ungerecht empfunden wird.

Es gibt eigentlich, und das sei auch an die GRÜNEN gemeldet, zwei Möglichkeiten, das zu ändern. Das ist eigentlich gar nicht so schwierig. Entweder man lässt bei diesem § 83 drei Worte weg, nämlich „durch die um eins vermehrte Anzahl“. Das kann man weglassen, dann haben wir plötzlich ... (*Abg Godwin Schuster: Na ja, alle Worte!*) Man muss nicht alle Worte weglassen, ich erkläre es Ihnen nachher, Herr Kollege. Wir können uns gerne im Privatissimum darüber unterhalten. Dann hat man einen Gleichstand sozusagen, dann ist das Grundmandat gleich viel wert wie das Reststimmenmandat. Das wäre eine Möglichkeit (*Heiterkeit bei Abg Godwin Schuster*), oder, Herr Kollege ... (*Abg Godwin Schuster: Das stimmt ja nicht!*) O ja, es stimmt schon. Ich habe es mir sogar auch durchgerechnet. Sie können nachher zu mir kommen, ich kann es Ihnen sagen. Nach dieser Berechnungsmethode hätten bei dieser Wahl die SPÖ 45 Mandate gehabt, die ÖVP 15, die GRÜNEN 13, wir zufälligerweise wieder 27. Also bitte schön.

Die zweite Möglichkeit, dieses Wahlrecht fairer zu machen, die wissen Sie ganz genau, die haben Sie heute schon wieder einmal bekommen, das wäre, im zweiten Ermittlungsverfahren anzusetzen, wenn man sagt, na ja man möchte die Grundmandate billig halten, was ja auch ein Sinn sein kann, dass man möglichst viele Mandatare über die Grundmandate in den Landtag schicken will. Das sehe ich ja durchaus ein, das ist eine Möglichkeit. Da muss man eben beim zweiten Ermittlungsverfahren ansetzen. Da wissen wir eigentlich auch schon, wie das gehen würde. Sie haben es ja selber mitgeschrieben. Die Frau Kollegin Vassilakou hat noch, als sie Klubobfrau war, diese Verpflichtungserklärung unterschrieben. Jetzt will sie davon nichts mehr wissen beziehungsweise Sie sagen, Sie wollen doch noch was wissen. Nur komischerweise haben Sie genau den gleichen Antrag, dem Sie schon einmal zugestimmt haben, wo damals auch die Frau Kollegin Vassilakou als Antragstellerin draufgestanden ist, damals noch mit der Frau Kollegin Smolik, da war noch der Kollege Tschirf dabei, der Kollege Ulm,

der Kollege Schock und der Kollege Günther. Das war im Jahr 2009. Genau der gleiche Antrag wurde wieder gleich von der ÖVP eingebracht und Sie haben dagegen gestimmt. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Der Kollege Maresch hat vorhin gemeint und hat sich bemüht gefühlt, sich da über Pamphlete der amerikanischen Botschaft auszuführen. (*Aufregung bei Abg Mag Rüdiger Maresch.*) Herr Kollege, sagen Sie mir die intellektuelle Leistung der GRÜNEN bei diesem Abstimmungsverhalten! Das würde mich interessieren! Also die ist enden wollend, sage ich einmal (*Beifall bei der FPÖ.*), vor der Wahl was zu versprechen, das man dann nach der Wahl doch vergessen hat.

Trotzdem, wir sind neugierig auf diesen Arbeitskreis beziehungsweise wir sind neugierig auf die Einladung der Regierungsparteien zu diesem Thema. Wir sind sehr neugierig. Wir haben ja auch schon gehört, dass es mehrere Sachen im Verfassungsrecht gibt, die anstehen.

Ich darf nur an die Kontrollamtsreform erinnern. Sie wissen, im nächsten Integrationsausschuss muss der Antrag von uns behandelt werden, weil da zwei Monate schon fast vorbei sind. Da bin ich auch auf das Abstimmungsverhalten der GRÜNEN neugierig. Ich habe es ja schon einmal ausgeführt, ich habe den Antrag abgeschrieben, ein bisschen Veränderungen gemacht. Ich bin sehr neugierig, ob Sie da zustimmen werden oder ablehnen werden. Das wäre auch eine Möglichkeit, diese Stadt demokratischer zu machen. Wir werden es sehen und ganz aufmerksam beobachten, wie die GRÜNEN hier abstimmen. Danke. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Präsident Johann **Herzog**: Als weitere Wortmeldung ist Abg Dr Stürzenbecher am Wort. Ich erteile dieses.

Abg Dr Kurt **Stürzenbecher** (*Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates*): Sehr geehrter Herr Präsident! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen!

Die SPÖ bekennt sich voll und ganz zu dem, was wir gemeinsam mit unserem grünen Koalitionspartner im Regierungsübereinkommen zur Wahlrechtsreform ausgemacht haben, zu allen vier Punkten. Das heißt, wir werden aus einem guten Wahlrecht für das nächste Mal ein noch besseres machen. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Es ist so, dass die FPÖ, weil der Klubobmann Gedenus die Verfassungsmäßigkeit angesprochen hat, am wenigsten Grund hat, hier irgendwie den Oberlehrer zu spielen. In den sechs Jahren, wo die FPÖ an der Regierung im Bund beteiligt war, sind mehr Gesetze vom Verfassungsgerichtshof aufgehoben worden als jemals zuvor in der Geschichte der Republik in einem vergleichbaren Zeitraum. Also Sie haben da wirklich wenig Grund, den Oberlehrer zu spielen! (*Beifall bei der SPÖ.*)

Faktum ist, dass auch das gegenwärtige Wiener Wahlrecht ein Verhältniswahlrecht ist, wie es der Bundesverfassung entspricht. Das hat der Verfassungsgerichtshof so erkannt. Wir werden es aber im Sinn unseres Regierungsübereinkommens weiter verbessern. Es stimmt auch nicht, wenn Dr Tschirf gesagt hat, wir hätten 20 Jahre keine Mehrheit gehabt, wenn wir ein komplett proportionales Wahlrecht gehabt hätten. Faktum ist, dass beispielsweise von 2005 bis 2010 die SPÖ 49,1 Prozent



der Stimmen hatte, die drei Oppositionsparteien zusammen 47,5. Also selbst nach dem Bundesproportionalwahlrecht hätten wir auch eine klare, absolute Mehrheit von 2005 bis 2010 gehabt. Das sei Ihnen ins Stammbuch geschrieben. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Und sonst meine ich, sollten wir dieses moderne Verhältniswahlrecht, das wir gemeinsam mit unseren grünen Partnern gewissenhaft und sachlich ausarbeiten, erarbeiten. Wir werden es dann den beiden Oppositionsparteien vorlegen und hoffen auf eine einheitliche Abstimmung. Aber Faktum ist natürlich, dass das nur einer von vier Punkten der großen Wahlrechtsreform ist. Es ist auch so, dass wir uns sicher nicht am starken Mann in der ÖVP, Erwin Pröll, orientieren werden, der ein Mehrheitswahlrecht will, obwohl demokratiepolitisch sicher auch das vertretbar ist. Aber das werden wir nicht machen, das haben wir nicht vereinbart. Und wir werden auch nicht bei aller ganz großen Wertschätzung, die natürlich nicht nur Sozialdemokraten, sondern fast alle Österreicher für Bruno Kreisky haben, ein Wahlrecht, wie er es geschaffen hat, machen, weil das ein Wahlrecht war, das über weite Strecken durchaus okay war, aber so war, dass beispielsweise die FPÖ 1983 mit 4,98 Prozent der Stimmen nicht, wie es proportional gewesen wäre, 9 Mandate, sondern 12 Mandate gehabt hat, also um 25 Prozent mehr Mandate als ihr proportional zugestanden wären. Also so edel, dass man quasi nicht proportional ist, sondern dass diese Parteien, die weniger Stimmen haben, ganz überproportional mehr kriegen, so muss man auch nicht immer sein, sondern wir werden ein modernes Verhältniswahlrecht schaffen. Wir werden vor allem aber die Briefwahl reformieren, sodass das geheime Wahlrecht noch besser abgesichert ist, damit dieses von der ÖVP ja in Inseraten propagierte taktische Nachwählen nach dem Sonntag nicht mehr möglich ist. Und wir werden dafür sorgen, dass – und da muss die ÖVP auf Bundesebene beim Bundesverfassungsgesetzgeber mitspielen – EU-Bürger und Drittstaatsangehörige entsprechend auch ihr Wahlrecht bekommen.

Ich meine, dass wir insgesamt dem Wahlrecht einen hohen Stellenwert zumessen sollen. Es soll attraktiv sein, es soll so sein, dass die Wahlbeteiligung noch weiter erhöht wird. Wir haben bei der letzten Wahl die Wahlbeteiligung immerhin von 60 auf 66 Prozent steigern können, auch wegen der Briefwahl, das muss man dazusagen. Deshalb würde ich nicht das Kind mit dem Bade ausschütten und die Briefwahl komplett abschaffen. Man muss sie reformieren, man muss sie verbessern, man muss sie wasserdicht machen. Aber wir müssen insgesamt auch durch Verbesserung der Persönlichkeitselemente, auch dadurch, dass die Menschen mehr durch ihre Stimmzettel ausrichten können, als nur eine Partei zu wählen, dafür sorgen, dass es noch attraktiver wird, ohne dass es allerdings auch zu kompliziert wird. Das kommt auch wieder dazu. Wenn man es allzu kompliziert macht, ist es auch wieder abschreckend.

Also wir haben gemeinsam mit unserem grünen Koalitionspartner ein gutes Fundament und da reicht es, wenn wir das bis Ende 2012 umsetzen. Wir werden Wien noch demokratischer und attraktiver machen, als Wien

ohnehin schon ist. Danke schön. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Präsident Johann **Herzog**: Die Aktuelle Stunde ist somit beendet.

Bevor wir zur Erledigung der Tagesordnung kommen, gebe ich gemäß § 15 Abs 2 im Zusammenhang mit § 31 Abs 1 der Geschäftsordnung bekannt, dass je eine schriftliche Anfrage von Abgeordneten des ÖVP-Klubs der Bundeshauptstadt Wien und des Klubs der Wiener Freiheitlichen eingelangt sind.

Vor Sitzungsbeginn ist von Landtagsabgeordneten des Klubs der Wiener Freiheitlichen ein Antrag eingelangt. Den Fraktionen wurde dieser Antrag schriftlich bekannt gegeben. Die Zuweisung erfolgt wie beantragt.

Von den Abgen Mag Johann Gudenus und Dominik Nepp wurde ein Antrag an den Herrn Landeshauptmann betreffend Reform des Wiener Jugendwohlfahrtsgesetzes 1990 gerichtet. Das Verlangen auf dringliche Behandlung dieses Antrages wurde von der notwendigen Anzahl von Abgeordneten unterzeichnet. Gemäß § 36 Abs 5 der Geschäftsordnung wird die Beantwortung des Dringlichen Antrages vor Schluss der öffentlichen Sitzung erfolgen. Ist diese um 16 Uhr noch nicht beendet, wird die Landtagssitzung zur tagesordnungsgemäßen Behandlung des Dringlichen Antrages unterbrochen.

Die Postnummer 1 betrifft die erste Lesung der Vorlage eines Gesetzes, mit dem das Gesetz über die Unterweisung in Wintersportarten geändert wird. Berichterstatter hiezu ist der Herr Amtsf StR Oxonitsch. Ich bitte ihn, die Verhandlung einzuleiten.

Berichterstatter Amtsf StR Christian **Oxonitsch**: Ich bitte um Zustimmung zum vorliegenden Entwurf eines Gesetzes. Danke.

Präsident Johann **Herzog**: Gemäß § 30c Abs 10 der Geschäftsordnung schlage ich vor, die General- und Spezialdebatte zusammenzulegen. Wird gegen diese Zusammenlegung eine Einwendung erhoben? – Das ist nicht der Fall. Ich werde daher so vorgehen. Die Debatte ist eröffnet. Zum Wort gemeldet ist Herr Abg Kurz. Ich erteile es ihm.

Abg Sebastian **Kurz** (*ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien*): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrter Herr Stadtrat! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen!

Das Gesetz über die Unterweisung von Wintersportarten betrifft Wien nur in einem sehr geringen Ausmaß. Es hat Wien auf der Hohe Wand Wiese betroffen. Die letzten Jahre der Hohe Wand Wiese sind sehr dubios verlaufen und haben uns dazu veranlasst, uns auch genauer damit zu beschäftigen. Im Jahr 2006 nämlich ist die Hohe Wand Wiese um 1,2 Millionen EUR saniert worden. 2008 ist sie dann heimlich an die Naturfreunde verschoben worden, offiziell haben Sie es genannt, verpachtet worden. Die Zeiten haben sich geändert. Die GRÜNEN, glaube ich, werden das heute nicht mehr kritisieren. Damals hat zum Beispiel noch der Herr Ellensohn in der „Wiener Zeitung“ gesagt: „Hier wird im stillen Kämmerchen ein Vertrag für eine große Sportanlage ausgedeutelt und der Gemeinderat wird nicht einmal beigezogen.“ Es ist damals an die Naturfreunde, einen roten

Verein, übergeben worden, der die Hohe Wand Wiese leider Gottes ... (Abg Dipl-Ing Rudi Schicker: Das ist eine Umweltorganisation!) Sie sind der Vorsitzende, insofern ist es für mich ein roter Verein. Und es ist in der „Wiener Zeitung“ damals sogar von einer Vorfeldorganisation der SPÖ gesprochen worden.

Es ist dann nach und nach die Hohe Wand Wiese von diesem Verein abgewirtschaftet worden (Abg Dipl-Ing Rudi Schicker: Sind Sie wo angerannt?) bis zu einem nun ordentlichen Tiefpunkt, nämlich nicht nur, dass man damals 1,2 Millionen für einen roten Verein indirekt investiert hat, sondern es finden jetzt nicht einmal mehr Skikurse statt. Und ... (Abg Dipl-Ing Rudi Schicker: Das ist ein ehrenamtlicher Verein!) Dem Sie, und Sie sind der Vorsitzende ... (Abg Dipl-Ing Rudi Schicker: Aber da gibt es auch noch andere!) Und Sie glauben nicht, dass die Naturfreunde parteipolitisch nahestehend der SPÖ sind? (Abg Dipl-Ing Rudi Schicker: Na ja, aber da gibt es auch andere Parteigeber. - Heiterkeit bei der FPÖ.) Bitte? (Beifall bei der ÖVP. – Aufregung bei Abg Dipl-Ing Rudi Schicker.) Es gibt ja auch Vereine, die der ÖVP nahestehen, aber ich glaube, die Naturfreunde gehören definitiv nicht dazu. (Abg Dipl-Ing Rudi Schicker: Und die Union ist dann ein ÖVP-Verein! – Aufregung bei der SPÖ.) Also ich glaube, wir können festhalten, dass die Naturfreunde sicher nicht ÖVP-nahe sind, auch (Abg Dipl-Ing Rudi Schicker: Was ist denn die Union?) im Jahr des Ehrenamts. (Abg Dipl-Ing Rudi Schicker: Und die Union ist kein ÖVP-Verein? Was ist denn die Union?) Die Union (Abg Dipl-Ing Rudi Schicker: Das ist ein ÖVP-Verein!) ist, glaube ich, kein SPÖ-naher Verein, hoffe ich zumindest, gut. (Beifall bei der ÖVP.)

Zum Thema der Hohe Wand Wiese. Nach der Abwirtschaftungsaktion durch die Naturfreunde ist jetzt ein neuer Tiefpunkt erreicht worden. Es sind nämlich jetzt erstmals die Skikurse eingestellt worden und man (Abg Dipl-Ing Rudi Schicker: Die sind nicht eingestellt worden!) bricht daher, man bricht daher (Abg Dipl-Ing Rudi Schicker: Die finden statt!), man bricht daher nicht nur ... (Abg Dipl-Ing Rudi Schicker: Die finden statt! Die finden statt!) Es finden ... Es gibt keine Förderung mehr für die Skikurse. (Abg Dipl-Ing Rudi Schicker: Sie erzählen etwas Falsches!) Es finden deutlich weniger, es finden deutlich weniger ... (Abg Dipl-Ing Rudi Schicker: Schauen Sie auf die Homepage, da finden Sie es!) Es ist auch die Förderung der Skikurse eingestellt worden. (Abg Dipl-Ing Rudi Schicker: Es finden die Skikurse statt!) Es sind, es sind ... (Abg Dipl-Ing Rudi Schicker: Die Skikurse finden statt! Die finden statt!) Es ist die Förderung der Skikurse eingestellt worden. (Abg Dipl-Ing Rudi Schicker: Die waren nie gefördert! Und sie finden statt! Die Skikurse finden statt!) Sie können sich ja zu Wort melden. (Aufregung bei Abg Christine Marek.) Sie können sich gerne zu Wort melden. Es sind die Skikurse eingestellt worden, es ist auch medial (Abg Dipl-Ing Rudi Schicker: Das stimmt ja überhaupt nicht!) darüber berichtet worden. (Abg Dipl-Ing Rudi Schicker: Das stimmt nicht! Wieso behaupten Sie das? – Weitere Aufregung bei Abg Christine Marek.) Sie können sich gerne zu Wort melden. (Abg Dipl-Ing Rudi Schicker: Das habe ich Ihnen schon

gesagt, das stimmt nicht!) Sie können sich gerne zu Wort melden. (Abg Dipl-Ing Rudi Schicker: Na, wenn ich es Ihnen sage, das stimmt nicht!) Es ist auch darüber berichtet ...

Präsident Johann **Herzog** (unterbrechend): Ich ersuche, von Dauereinwürfen Abstand zu nehmen, bitte.

Abg Sebastian **Kurz** (fortsetzend): Danke vielmals. Es ist nach der roten Abwirtschaftung durch die Naturfreunde jetzt der neuerliche Tiefpunkt erreicht, indem die Skikurse - Sie behaupten, sie finden statt; sie finden zumindest nicht mehr gefördert statt, obwohl es sehr viel Nachfrage gegeben hat.

Was wir uns wünschen würden im Bereich des Sports, ist, dass die Großzügigkeit – und da werden Sie mir ja recht geben, Herr Klubobmann -, die immer herrscht, wenn es um Prestigeprojekte der Stadt Wien im Sportbereich geht oder wenn es auch um Belustigung des Bürgermeisters am Rathausplatz geht, da wird immer sehr viel in den Eistraum oder anderes investiert, dass das auch herrscht, wenn es um die Breitenförderung geht und wenn es (Aufregung bei Abg Dipl-Ing Rudi Schicker.) um die Förderung von sportlichen jungen Menschen und Kindern geht. Danke sehr. (Beifall bei der ÖVP.)

Präsident Johann **Herzog**: Weiters zum Wort gemeldet ist der Herr Abg Mag Reindl. Ich erteile es ihm.

Abg Mag Thomas **Reindl** (Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates): Sehr geehrter Herr Landtagspräsident! Sehr geehrter Herr Oxonitsch, Mitglied der Wiener Landesregierung! (Allgemeine Heiterkeit.)

Also zunächst einmal zum Akt. Es geht hier um die Ausbildung der Wiener Ski- und Snowboard-Lehrer, die mit diesem Gesetz sichergestellt wird. Das ist ein sehr wichtiges Gesetz, weil natürlich in Wien für die Wienerinnen und Wiener und für die Jugendlichen in Wien der Skisport eine sehr hohe Bedeutung hat, nicht nur auf der Hohe Wand Wiese, sondern in ganz Österreich. Wenn Skilehrer in Wien die Ausbildung machen können, können sie sich dann in ganz Österreich entsprechend bewegen.

Nun, zu dem, was mein Vorredner gesagt hat, möchte ich zwei, drei Dinge klarstellen. Das Erste ist: Sie sind noch sehr jung hier im Gemeinderat und im Wiener Landtag und es ist durchaus auch das Privileg der Jugend, ein bisschen forscher aufzutreten. Aber ich bitte Sie schon zu beachten, im Sport versuchen wir, Parteipolitik hinten zu halten. (Heiterkeit bei der ÖVP.) Das ist bei der Union so, das ist beim ASFÖ so, das ist beim Österreichischen Turnerbund so, und das ist auch bei der ASKÖ so. (Abg Mag Wolfgang Jung: Na ja, da schaut euch einmal die Relation an bei den Subventionen!) Und ich sage, Sport ist neutral, den Sportler interessiert nicht die Politik, sondern dass er seinen Sport machen kann, und jeder bemüht sich, optimale Rahmenbedingungen zur Verfügung zu stellen.

Das Zweite, was ich sagen möchte, ist: Ihre Behauptung, es finden keine Skikurse auf der Hohe Wand Wiese statt, ist schlicht und einfach falsch. Die Förderung, die hier stattgefunden hat, wurde vom Wiener Skiverband,

der übrigens einen Präsidenten hat, der einer Partei, nämlich der ÖVP, nahesteht, aber der sein Amt sehr neutral ausführt und sehr im Sinne des Sportes und nicht der Parteipolitik. Dass damals vor drei Jahren hier eine Initiative war, die von Sponsoren unterstützt wurde, die Sponsoren haben sich teilweise zurückgezogen, die Wiener Naturfreunde haben es zu den gleichen Konditionen übernommen, die damals waren, um dort das Skifahren zu ermöglichen, nämlich dass jedes Kind um 5 EUR, wenn es im Rahmen des Schulsikurses Ski fahren auf der Hohe Wand Wiese geht, Ski fahren kann. Das war vor drei Jahren so, das ist heute so. Und wenn heuer durch die Witterung weniger Schnee auf der Hohe Wand Wiese liegt und deswegen weniger Skikurse stattgefunden haben, so weise ich das zurück, dass das auf Grund gestrichener Förderungen ist, sondern einfach deshalb, weil das Wetter heuer nicht mehr erlaubt hat.

Was ich auch zurückweisen möchte, ist Ihre Behauptung eines roten Vereins, wie Sie die Wiener Naturfreunde bezeichnen, die eine der bedeutendsten Umweltorganisation in Wien und in Österreich ist. Genauso wie auch der Österreichische Alpenverein gemeinsam mit den Naturfreunden sehr, sehr viele wertvolle Umweltziele verfolgt und hier bei beiden auch nicht die Parteipolitik im Mittelpunkt steht. Mir würde es nie einfallen, dass ich den Österreichischen Alpenverein oder die Wiener Sektionen ... *(Aufregung bei Abg Mag Wolfgang Jung.)* Ich bin als Roter zum Beispiel selbst Mitglied bei der Sektion Austria im Alpenverein und mir würde nie einfallen, dass ich das hier mit Parteipolitik vermische. Also ich weise das zurück, dass Sie da versuchen, den Sport und die Umweltorganisationen zu politisieren. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Tatsache ist, dass die Stadt Wien, die MA 51, vor drei Jahren an die Naturfreunde wegen des Betriebes der Hohe Wand Wiese herangetreten ist, der durch einen Verein leichter möglich ist, wirtschaftlicher in dem Sinne möglich ist, weil man halt, wenn man im Rahmen der Verwaltung so etwas betreibt, natürlich weniger Möglichkeiten hat, als wenn man das als privater Verein macht. Hier hat es eine Pachtvereinbarung gegeben. Da ist auch nichts gemauschelt worden und auch nichts versteckt worden. Das ist alles ganz offiziell abgewickelt worden. Es hat hier für den Betrieb eine Starthilfe gegeben, weil ja gewisse Dinge neu angeschafft werden mussten, wenn man hier so eine große Sportanlage betreibt. Genauso wie es Politik ist, dass die Union sehr viele Sportanlagen in Wien betreibt, und ich darf auch darauf hinweisen, dass die Stadt Wien die Union nicht hängen hat lassen, als in der Herculugasse eine große Sportanlage gebaut wurde. Auch hier hat es eine entsprechende Unterstützung der Stadt Wien gegeben, genauso wenn der ASKÖ oder auch der ASFÖ Sportanlagen übernimmt. Also ich weise alle diese Behauptungen vom Herrn Kurz zurück. Er ist halt noch sehr jung und unerfahren. Die erfahrenen Sportsprecher sind der ÖVP ja leider abhanden gekommen. Ich sage das jetzt nicht wegen der Personen, sondern wegen der Inhalte, die die vertreten haben. Aber ich kann Ihnen ja sehr empfehlen, sich vielleicht an Prof Strobl zu wenden, Präsident der Union. Morgen am Abend ist eine Gele-

genheit, dass Sie vielleicht beim Neujahrsempfang der Union, wo wir uns dann auch treffen werden, mit ihm über dieses Thema sprechen könnten oder Sie können sich auch gerne an Ihre Vorgängerin wenden. Also da werden Sie sicherlich entsprechende Informationen bekommen.

Ich ersuche um Zustimmung zum vorliegenden Gesetz.

Präsident Johann **Herzog**: Ich bitte um ein Schlusswort!

Berichterstatler Amtsf StR Christian **Oxonitsch**: Ja, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Es freut mich, dass die Gesetzesvorlage, um die es eigentlich geht, scheinbar ja die breite Zustimmung findet. Ich möchte schon eines auch ganz offen dazu sagen: Die Stadt bekennt sich natürlich immer wieder zu diversesten Förderangeboten und Unterstützungen, wenn es darum geht, Kindern und Jugendlichen ein sehr niederschwelliges Angebot zur Sportausübung anzubieten.

Daher steht die Stadt selbstverständlich mit ihren Leistungen auch angesichts der Angebote für Skiaktivitäten auf der Hohe Wand Wiese im Rahmen dessen, was sie bisher gemacht hat und das möchte ich nur einfach klar richtigstellen, weiter zur Verfügung. Wir stellen ja auch hier Kindern und Jugendlichen kostenlos die entsprechende Sportinfrastruktur, wenn sie sie nicht haben, zur Verfügung. Eine Leistung, die die Stadt auch für die Schulsikurse und die Schulen in diesem Bereich anbietet. Aber ich sage auch ganz offen, es wird nicht möglich sein, jede Aktivität, die es gibt, die die Stadt nie gefördert hat oder über das Maß hinaus gefördert hat, das ich jetzt erwähnt habe - Ausrüstungsinfrastruktur zur Verfügung zu stellen -, dann, wenn ein Sponsor, ein privater Unterstützer, et cetera abspringt, hier automatisch einzuspringen. Daher ist es einfach nicht richtig, dass sich die Stadt hier einer Unterstützung entzieht. Das haben wir nicht getan, werden wir auch nicht tun, wir stehen dazu. Aber es ist halt manchmal so, Sponsoren ziehen sich zurück. Und es gibt auch Aktivitäten und als solche verstehe ich sie auch, nämlich die Hohe Wand Wiese einer breiteren Öffentlichkeit wieder bekannt zu machen. Das hat dank des Engagements auch der Naturfreunde stattgefunden. Aber Aktionen sind durchaus auch das eine oder andere Mal aus und erfreulicherweise, und ich glaube, das werden die Zahlen hoffentlich auch zeigen, die werden wir uns sicherlich am Ende der Saison entsprechend ansehen, sind ja, und der Kollege Reindl hat darauf hingewiesen, die Skikurse nicht entsprechend zurückgegangen. Nur, wir haben derzeit im Vergleich zum Vorjahr wesentlich weniger Skitage. Ja, die Witterung ist halt letztendlich auch ein wesentlicher Faktor beim Skifahren. Daher ist es ein bisschen voreilig, da jetzt schon die entsprechenden Schlüsse zu ziehen. Wir werden uns das ansehen, aber ich möchte schon auch sagen: Die Stadt hat hier Aufgaben übernommen, zu denen steht sie weiter, andere haben sich zurückgezogen. Das ist halt nun mal so, das werden wir auch zur Kenntnis nehmen. Aber hier automatisch immer zu verlangen, dass die Stadt dann einspringen soll, das ist das Recht der Opposition. Aber

ich sage ganz offen, auch das ist für mich eher keine seriöse Sportpolitik, sondern politische Auseinandersetzung und die sollte gerade im Sport, glaube ich, nicht entsprechend Platz greifen. Danke. (*Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.*)

Präsident Johann **Herzog**: Ich danke dem Herrn Stadtrat für sein Schlusswort.

Wir kommen nun zur Abstimmung über die Gesetzesvorlage. Ich bitte jene Mitglieder des Landtages, die der Vorlage einschließlich Titel und Eingang zustimmen wollen, die Hand zu heben. – Danke, das ist einstimmig angenommen und so beschlossen. Das Gesetz ist somit in erster Lesung angenommen.

Ich schlage vor, die zweite Lesung dieser Gesetzesvorlage sofort vornehmen zu lassen. Ich bitte jene Mitglieder des Landtages, die diesem Vorschlag ihre Zustimmung erteilen wollen, um ein Zeichen mit der Hand. – Das ist einstimmig so beschlossen. Ich bitte daher jene Mitglieder des Landtages, die dem Gesetz in zweiter Lesung zustimmen wollen, um ein Zeichen mit der Hand. – Das Gesetz ist somit in zweiter Lesung einstimmig beschlossen.

Postnummer 2 betrifft die erste Lesung der Vorlage eines Gesetzes, mit dem das Wiener Pflegegeldgesetz – WPGG und das Gesetz zur Bedarfsorientierten Mindestsicherung in Wien – Wiener Mindestsicherungsgesetz – WMG – geändert werden. Berichterstatterin hiezu ist die Frau Amtsf StRin Mag Wehsely. Ich bitte sie, die Verhandlung einzuleiten.

Berichterstatterin Amtsf StRin Mag Sonja **Wehsely**: Danke, Herr Präsident. Hohes Haus! Ich ersuche um Zustimmung.

Präsident Johann **Herzog**: Gemäß § 30c Abs 10 der Geschäftsordnung schlage ich vor, die General- und die Spezialdebatte zusammenzulegen. Wird gegen diese Zusammenlegung eine Einwendung erhoben? Das ist nicht der Fall. Ich werde daher so vorgehen. Die Debatte ist eröffnet. Zum Wort gemeldet ist Herr Abg Ebinger. Ich erteile es.

Abg Mag Gerald **Ebinger** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Frau Landesrätin! Meine Damen und Herren!

Wir werden dieser Gesetzesvorlage, wie schon im Ausschuss auch erwähnt, nicht zustimmen. Wir haben nach dem Ausschuss – wir haben das auch schon in der Fragestunde, glaube ich, noch vor Weihnachten zum Thema gemacht – auch einen Pressedienst gemacht, dass mit dieser weiteren Verschärfung des Zugangs der 1. und 2. Pflegestufe weitere soziale Härte in Wien einzieht. Der Kollege Kurt Wagner hat richtigerweise darauf hingewiesen, dass natürlich bei der Pflegestufe 6 eine Verbesserung stattfindet. Was jetzt die Zahlenverhältnisse anbelangt, wird mein Kollege Seidl darauf noch zurückkommen. Faktum ist, meine sehr geehrten Damen und Herren, dass das Ganze ein Schildbürgerstreich ist, eigentlich eine Bankrotterklärung zuerst vom Bundespflegegesetz und jetzt, wo durch diese Bindung das Land nachziehen muss. Wir haben jedes Jahr und momentan 2,7 Prozent oder noch höhere Steigerungen vom Bundespflegegesetz und wie lösen wir das Problem? Indem

wir einfach die Stunden Pflegebedürftigkeit erhöhen und damit den Zugang für die Gott sei Dank nicht so stark Pflegebedürftigen erschweren!

Das heißt, wir rationalisieren einfach durch höhere Stunden Pflegebedürftige weg und somit werden wir der immer steigenden Zahl Herr. Das kann es nicht sein, meine Damen und Herren, das ist eine Bankrotterklärung des Systems und das sehen nicht nur wir so! Ich habe hier etliche Pressedienste von Organisationen. Das fängt bei der Gewerkschaft Öffentlicher Dienst an, die sich dagegen ausgesprochen hat, von den Pensionistenvereinigungen Blecha und Khol gibt es Wortmeldungen dagegen, halbherzige natürlich, und vom BIZEPS, die hier beispielsweise feststellen, dass das für 2011 bedeutet, dass 10 000 Personen, die jetzt eines kriegen würden, durch diese Verschärfung, nach den neuen Kriterien, keines mehr kriegen werden und 14 000 Personen ein geringeres kriegen werden. Das ist ein Wegationalisieren auf Kosten der Pflegebedürftigen und dagegen sprechen wir uns in aller Entschiedenheit aus, meine Damen und Herren!

Und auch weil das in letzter Zeit jetzt schon so üblich ist, eine kurze Wortmeldung zu den GRÜNEN. Da gibt es ja beispielsweise von der Frau Jarmer einen Pressedienst Mitte November: „Die beabsichtigten Zugangsbeschränkungen bei den Pflegegeldstufen 1 und 2 sind kurzsichtiges Sparen, das langfristig höhere Kosten für frühere Pflegeheimweisungen bewirkt.“ Von der Obfrau Glawischnig: „Die Verschlechterungen im Behinderten- und Pflegegeldbereich sollen zurückgenommen werden.“ Vom Herrn Kogler: „Das Sparbudget ist zutiefst ungerecht. Wir verlangen die ersatzlose Rücknahme der Senkung der Bezugsdauer der Familienbeihilfe und die Rücknahme des erschwerten Zugangs zu den Pflegestufen 1 und 2.“ Und schlussendlich von AUGÉ, Alternative und Grüne GewerkschafterInnen Burgenland, die hier einen einstimmigen Resolutionsantrag verabschiedet haben, wo sie sagen: „Auf diese Weise werden Menschen, die auf Grund einer Beeinträchtigung auf Unterstützungslieferung angewiesen sind, um diese Unterstützung durch das Pflegegeld gebracht. Das ist verfassungsrechtlich bedenklich. Und der Plan der Bundesregierung, die Mindestvoraussetzungen für einen Anspruch auf Pflegegeld um 10 Wochenstunden an Pflegebedarf zu erhöhen sowie die Erhöhung der Voraussetzung um 10 Stunden pro Pflegegeldstufe wird aufs Schärfte zurückgewiesen.“ Das, meine Damen und Herren, ist die grüne Theorie.

Den grünen Alltag werden wir in ein paar Minuten erleben, wenn nämlich dieser zweiten Verschärfung hier sang- und klanglos zugestimmt wird und alle sozialen sozusagen scheinmoralischen Ansichten über Bord geworfen werden. Es ist dann die zweite Verschlechterung, die die GRÜNEN innerhalb von zwei Monaten durchgesetzt haben. Nach der Halbierung des Heizkostenzuschusses, dem sie zugestimmt haben, stimmen sie auch der Verschlechterung, der massiven Verschlechterung, zu, die diese Zugangsberechtigung für die Menschen jetzt bedeutet, also auch der massiven Verschlechterung des Landespflegegeldes durch den ver-

schlechterten Zugang zu den Pflegestufen 1 und 2. Wir werden dem jedenfalls nicht zustimmen.

Und ein Wort noch zu einem von mir heute schriftlich eingebrachten Antrag, was die Mindestsicherung betrifft. Wir haben ja bei der Mindestsicherung einige Kritikpunkte. Einer der Kritikpunkte ist, dass man auf das Vermögen zugreift oder schaut, ob jemand Vermögen hat, bevor er die Mindestsicherung kriegt mit gewissen Ausnahmen. Nachdem das ja für EU-Bürger gilt und auch für Drittstaatenangehörige, die hier mindestens fünf Jahre einen Daueraufenthalt haben, hätten wir gerne einmal von der Frau Landesrätin konkret gewusst, wie man denn diese Vermögenssituation jetzt im Land Wien hier bei Ausländern tatsächlich kontrollieren will, ob die irgendein Vermögen haben, was sie davon ausschließt oder nicht. Wir halten das für unmöglich und wir harren der Antwort der Frau Landesrätin.

Dieser Gesetzesvorlage jedenfalls geben wir unsere Zustimmung nicht. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Präsident Johann **Herzog**: Zum Wort gemeldet ist Herr Abg Seidl. Ich erteile es.

Abg Wolfgang **Seidl** *(Klub der Wiener Freiheitlichen)*: Ja, sehr geehrter Herr Präsident! Werte Frau Landesrätin! Werte Kollegen hier im Plenum!

Mein Vorredner, der Mag Ebinger, hat ja schon ausgeführt, dass wir diesem Gesetz nicht zustimmen werden. Wir werden das ablehnen. Und ich glaube, zur Causa Mindestsicherung ist ja in den letzten Sitzungen doch schon das eine oder andere gesagt worden.

Aber allerdings zur so genannten Pflegegeldadaptierung sollte man schon das eine oder andere sagen, denn wenn man sich den Initiativantrag durchliest, dann ist der erste Punkt, der da sehr auffällig ist, die Änderung der Zugangskriterien in den Pflegestufen 1 und 2. Das bedeutet nichts anderes als eine Schlechterstellung. Es wird da den Leuten einfach unglaublich erschwert, in Zukunft Pflegegeldstufe 1 und 2 zu beantragen und das ist auf alle Fälle nicht die soziale Politik, die wir uns vorstellen. Umso verwunderlicher ist es, und Mag Ebinger hat es schon gesagt, dass wir in ein paar Minuten wahrscheinlich erleben werden, dass die selbsternannten grünen Gutmenschen diesem sozialen Kahlschlag zustimmen werden. Wie gesagt, das kann auf keinen Fall so sein. Wir werden dieser unsozialen Politik auf gar keinen Fall zustimmen.

Der zweite Punkt, den man sich durchliest, ist, die Pflegestufe 6 soll um 18 EUR erhöht werden. Jetzt ist einmal zunächst die Frage, warum nur die Pflegegeldstufe 6 erhöht werden soll? 18 EUR klingt auf den ersten Blick ja auch nicht so schlecht. Allerdings, wenn man sich das durchrechnet, erkennt man, dass das einen Erhöhungsprozentsatz von 1,4 Prozent bedeutet. Diese 1,4 Prozent decken nicht einmal die Inflationssteigerung des Jahres 2010 ab, die bekanntlicherweise ja 2 Prozent gewesen ist. Auch aus diesem Grund sagen wir, das Einzige, was da gemacht werden soll, ist, Almosen zu verteilen und das ist eine soziale Politik, die wir ablehnen. Aus diesem Grund werden wir dem Antrag und dem Gesetz nicht zustimmen. Herzlichen Dank. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Präsident Johann **Herzog**: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich erkläre die Verhandlung für geschlossen und erteile der Berichterstatterin das Schlusswort. Ich bitte die Frau StRin Wehsely ums Wort.

Berichterstatterin Amtsf StRin Mag Sonja **Wehsely**: Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren!

Liebe Kollegen von der FPÖ! Was mich wundert, ist, dass Sie da einfach ohne vor Schamesröte rot zu werden hier rausgehen und sich aufspielen als die Partei, die irgendwann in diesem Land irgendetwas für den Sozialstaat gemacht hat. Ich kann Sie daran erinnern, dass in der Zeit, als Sie in dieser Republik regiert haben, das Pflegegeld überhaupt niemals auch nur ansatzweise erhöht worden ist und viele, viele Leistungen für Menschen, die sozial schwach sind, für Frauen ganz besonders, ganz besonders für Lehrlinge, verschlechtert worden sind. Das ist Ihr wahres Bild, auch wenn Sie jetzt probieren, etwas anderes darzustellen! *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN. – Abg Mag Wolfgang Jung: Das ist eine echte Berichterstattung!)*

Wir haben im letzten Jahr im Einklang mit dem Bund, weil es natürlich Sinn macht, dass sich Bundespflegegeld und Landespflegegeld parallel zueinander entwickeln, das Pflegegeld um bis zu 6 Prozent erhöht. Wir erhöhen jetzt in einer Stufe, nämlich in der Stufe 6, um 18 EUR. Und der wesentliche Punkt, wenn Sie sich mit den Dingen beschäftigen würden, was ich nicht erwarte, daher sage ich es Ihnen, ist auch der, dass die Pensionen in der Pflegestufe 6 und die Einkommen der Menschen in der Pflegestufe 6 deutlich geringer sind, als sie es in den Pflegestufen 1 bis 2 sind. Es geht hier nicht darum, Menschen weniger zu geben, sondern wir haben im nächsten Jahr - Sie haben das Budget zwar nicht mitbeschlossen, aber ich gehe davon aus, dass Sie sich ausführlich damit beschäftigt haben, und da werden Sie sehen, dass beim Landespflegegeld eine Erhöhung von etwa einer Million vorgesehen ist, die es auch geben wird. Der Anstieg wird nur ein geringerer sein, als es ohne diese Maßnahme wäre.

Lassen Sie mich abschließend schon noch auf einen Punkt hinweisen. Wir haben in Österreich, und Wien ist hier genau im Schnitt mit den Österreichwerten, rund 5 Prozent der Menschen im Pflegegeldbezug. Der Schnitt in den skandinavischen Staaten, die, glaube ich, nicht dadurch bekannt sind, dass sie unsozial sind, liegt bei 2,8 Prozent. Also wir brauchen hier in keiner Art und Weise wie auch immer unser Licht unter den Scheffel stellen.

Ich denke, dass es eine richtige Maßnahme ist und eine Maßnahme, die mit sozialem Augenmaß auch gefällt wurde, und ich ersuche um Zustimmung. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Präsident Johann **Herzog**: Ich danke der Frau Stadträtin fürs Schlusswort. Wir kommen nun zur Abstimmung über die Gesetzesvorlage. Ich bitte jene Mitglieder des Landtages, die der Vorlage einschließlich Titel und Eingang zustimmen wollen, die Hand zu heben. – Der Antrag ist mehrstimmig mit den Stimmen von Sozialdemokraten, Volkspartei und GRÜNEN gegen die Stimmen der FPÖ angenommen und so beschlossen worden.

Damit ist das Gesetz in erster Lesung angenommen.

Ich schlage vor, die zweite Lesung dieser Gesetzesvorlage sofort vornehmen zu lassen. Ich bitte jene Mitglieder des Landtages, die diesem Vorschlag ihre Zustimmung erteilen wollen, um ein Zeichen mit der Hand. – Das wäre mit der notwendigen Zweidrittelmehrheit beschlossen. Ich bitte daher jene Mitglieder des Landtages, die dem Gesetz in zweiter Lesung zustimmen wollen, um ein Zeichen mit der Hand. – Das Gesetz ist ebenfalls mehrstimmig gegen die Stimmen der FPÖ so beschlossen worden.

Postnummer 3 betrifft die erste Lesung der Vorlage eines Gesetzes, mit dem die Dienstordnung 1994, die 29. Novelle zur Dienstordnung 1994, die Besoldungsordnung 1994, die 37. Novelle zur Besoldungsordnung 1994, die Vertragsbedienstetenordnung 1995, die 33. Novelle zur Vertragsbedienstetenordnung 1995, die Pensionsordnung 1995, die 22. Novelle zur Pensionsordnung 1995, das Unfallfürsorgegesetz 1967, die 18. Novelle zum Unfallfürsorgegesetz 1967 und das Wiener Verwaltungssenat-Dienstrechtsgesetz 1995, 12. Novelle zum Wiener Verwaltungssenat-Dienstrechtsgesetz 1995 geändert werden. Berichterstatterin hiezu ist die Amtsf StRin Frauenberger und ich bitte um darum.

Berichterstatterin Amtsf StRin Sandra **Frauenberger**: Sehr geehrte Damen und Herren! Ich bitte um Zustimmung zur Postnummer 3.

Präsident Johann **Herzog**: Ich danke. Da zu diesem Tagesordnungspunkt keine Wortmeldung vorliegt, kommen wir gleich zur Abstimmung. Ich bitte jene Mitglieder des Landtages, die der Vorlage einschließlich Titel und Eingang in erster Lesung ihre Zustimmung geben wollen, um ein Zeichen mit der Hand. – Das Gesetz ist somit in erster Lesung einstimmig angenommen.

Ich schlage vor, die zweite Lesung dieser Gesetzesvorlage sofort vornehmen zu lassen. Ich bitte jene Mitglieder des Landtages, die diesem Vorschlag ihre Zustimmung erteilen wollen, um ein Zeichen mit der Hand. – Das ist einstimmig so beschlossen. Ich bitte daher jene Mitglieder des Landtages, die dem Gesetz in zweiter Lesung zustimmen wollen, um ein Zeichen mit der Hand. – Das Gesetz ist somit in zweiter Lesung einstimmig beschlossen.

Wir kommen nun zu dem Verlangen, dass der von den Abgen Mag Johann Gudenus, MAIS und Dominik Nepp eingebrachte, an den Herrn Landeshauptmann gerichtete Dringlichen Antrag betreffend Reform des Wiener Jugendwohlfahrtsgesetzes 1990 gemäß § 38 Abs 2 der Geschäftsordnung verlesen und hierauf mündlich begründet werde. Ich bitte den Schriftführer zu meiner Linken um die Verlesung des Dringlichen Antrages.

Schriftführer Abg Ing Udo **Guggenbichler**: „Dringlicher Antrag der FPÖ-Landtagsabgeordneten Mag Johann Gudenus und Dominik Nepp an den Herrn Landeshauptmann betreffend Reform des Wiener Jugendwohlfahrtsgesetzes von 1990, eingebracht in der Sitzung des Wiener Landtags am 27. Jänner 2011:

Entsetzen und Betroffenheit herrschen nach dem grausamen Mord an einem Dreijährigen, dem kleinen Cain, der vom serbischen Freund seiner Mutter tot-

geprügelt wurde. Dieser jüngste Anlassfall, der brutale Mord am kleinen Cain durch den Partner der Mutter, weckt Zweifel am derzeitigen System des Kinder- und Jugendschutzes betreffend häusliche Gewalt. Um solche Gewalttaten an Kindern, insbesondere wie im Fall Cain, mit dem allerschlimmsten Ausgang künftig weitergehend verhindern zu können, ist eine intensive Zusammenarbeit zwischen Polizei und Fürsorge dringend notwendig. Es bedarf daher in diesem Zusammenhang der Einrichtung einer Gewalttransparenzdatenbank durch die Polizei, auf die das Jugendamt und die betroffenen Stellen der Jugendwohlfahrt uneingeschränkt Zugriff haben. In Zukunft sollen dadurch diese zuständigen Stellen Informationen über jene Personen erhalten, die bereits auf Grund von Gewalttaten jedweder Art straffällig wurden, eine Haftstrafe verbüßt haben und in einem Haushalt mit Kindern leben.

Die Wiener Kinder- und Jugendanwaltschaft beklagt in den letzten Jahren regelmäßig in ihren Berichten diese personelle Ausdünnung der Jugendwohlfahrt. Sie hat eindringlich davor gewarnt, dass durch diesen Engpass der Auseinandersetzung mit neuen Phänomenen und Problemen immer weniger Rechnung getragen werden kann und die funktionierende Zusammenarbeit aller zuständigen Stellen in Gefahr ist. Darüber hinaus müssen die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen der Jugendwohlfahrt sich in intensivster Weise mit vielschichtigen Problemlagen auseinandersetzen und dabei schwierige Entscheidungen treffen. Der Volksanwaltschaft fiel in diesem Zusammenhang auf, dass gerade die juristische Fortbildung zu kurz kommt. So gibt es lediglich eintägige Einführungsseminare. Das Platzkontingent ist äußerst beschränkt. Ebenso wurde kritisiert, dass für die Mitarbeiterinnen der MA 11, die bereits lange im Bereich der Jugendwohlfahrt tätig sind, keine Verpflichtung zu fortlaufender Weiterbildung zu juristischen Themenbereichen bestehe. Dies wäre aus unserer Sicht unbedingt erforderlich, da sich einerseits die gesetzlichen Grundlagen im Bereich des Familienrechtes in den letzten Jahren stark verändert haben und sich andererseits die Rechtsprechung permanent weiterentwickelt.

Die gefertigten Landtagsabgeordneten stellen daher gemeinsam mit den Mitunterzeichnern gemäß § 36 der Geschäftsordnung des Landtages für Wien an den Herrn Landeshauptmann nachfolgenden Dringlichen Antrag:

1. Der Landtag möge beschließen: Die Bundesregierung, im Besonderen die Frau Bundesminister für Inneres, wird aufgefordert, bei der Polizei eine Gewalttransparenzdatenbank einzurichten, auf die das Jugendamt beziehungsweise die betroffenen Stellen der Jugendwohlfahrt uneingeschränkten Zugriff haben. In Zukunft sollen dadurch die zuständigen Stellen Informationen über jene Personen erhalten, die bereits auf Grund von Gewalttaten jedweder Art straffällig wurden, eine Haftstrafe verbüßt haben und in einem Haushalt mit Kindern leben.

2. Das Mitglied der Landesregierung der Geschäftsgruppe Bildung, Jugend, Information und Sport möge zum Zweck des Ausbaus und der Verbesserung der Jugendwohlfahrt umgehend folgende Punkte umsetzen:

Die Schaffung eines flächendeckenden Angebotes an Mediation und Supervision in allen Wiener Bezirken und die Finanzierung dieses Angebotes aus dem Zentralbudget der Stadt Wien.

Die personelle, finanzielle und materielle Aufstockung der für die Arbeit im Bereich der Jugendfürsorge verantwortlichen Abteilungen der Stadt Wien um 30 Prozent.

Unangesagte Kontrollbesuche durch die Jugendwohlfahrt.

Die verpflichtende Teilnahme für besonders wichtige Fachbereiche ist vorzusehen, Schulungen über Änderung des Familienrechts, et cetera sowie juristische Fortbildung sind einer Evaluierung zu unterziehen und der Komplexität der Materie anzupassen. Ein ausreichendes Kontingent an Schulungsplätzen ist sicherzustellen.

Zwecks eines qualitativ und quantitativ optimalen Vollzuges ist ehestmöglich für die nötige Anzahl an Fachkräften, insbesondere an SozialarbeiterInnen in der Wiener Jugendwohlfahrt und damit einhergehend für die Anpassung der Anzahl der Dienstposten zu sorgen.

Gemäß § 36 der Geschäftsordnung des Landtages für Wien wird beantragt, dass der Antrag verlesen und mündlich begründet werden kann und hierauf eine Debatte über den Gegenstand stattfindet.“

Präsident Johann **Herzog**: Ich danke dem Herrn Abg Ing Guggenbichler für die Verlesung.

Für die nun folgende Begründung des Verlangens auf dringliche Behandlung dieses Antrages sieht die Geschäftsordnung gemäß § 38 Abs 3 eine Redezeit von 20 Minuten vor. Zur Begründung des Verlangens erteile ich nun Herrn Abg Mag Gudenus das Wort.

Abg Mag Johann **Gudenus**, MAIS (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren!

Bevor ich zur Behandlung des Dringlichen Antrages komme, darf ich schon nur kurz meine Verwunderung kundtun, dass eine Gesundheitsstadträtin anscheinend nicht weiß, dass der einzige Sozialminister, der das Pflegegeld erhöht hat, der Herr Sozialminister Herbert Haupt war und das sieben Jahre nach der Einführung. (*Beifall bei der FPÖ.*) Aber das nur kurz, um ihrem Gedächtnis auf die Sprünge zu helfen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir bringen diesen Dringlichen Antrag heute vor dem Hintergrund ein, dass erst vor Kurzem eine Studie veröffentlicht wurde, die ganz klar bescheinigt, dass Österreich weit hinterherhinkt, wenn es um die Vernetzung von Behörden betreffend Kinderschutz geht und nicht zuletzt auch vor dem Hintergrund, dass wir erst vor wenigen Tagen oder Wochen einen sehr, sehr grausamen Fall zwar in Vorarlberg, aber doch in Österreich, in unserer Heimat, erleben mussten, wo man eben sieht, dass wir alle aufgefordert sind, alles zu tun, dass solche Fälle vor allem hier in Wien, aber auch auf Bundesebene und in anderen Bundesländern in Zukunft so weit wie möglich verhindert werden können. Es gibt eben in Österreich zu wenig Kooperation beim Kinderschutz und die Studie hat sich eben die Frage gestellt, eine Studie der deutschen kriminologischen Zentralstelle: Wie gut arbeiten Jugendämter, Polizei, Staatsanwaltschaft und Richter zusammen, um

Gewalt an Kindern zu verhindern? Und die Studie zeigt auch ganz klar, dass auch Wien hinterherhinkt und auch hier in Wien ein Aufholbedarf besteht. Wir müssen handeln, präventiv handeln, bevor auch hier in Zukunft etwas passiert. Und natürlich herrschen zu Recht Entsetzen und Betroffenheit in ganz Österreich, was diesen grausamen Mord an diesem kleinen hilflosen Kind Cain betrifft. Dieser Mord beschäftigt zur Zeit ganz Österreich. Dieser jüngste Anlassfall in Vorarlberg weckt auch berechtigte Zweifel am derzeitigen System des Kinderschutzes betreffend häusliche Gewalt und auch berechtigte Zweifel am derzeitigen System der Jugendwohlfahrt. Es braucht eben in diesem Zusammenhang eine Verbesserung und auch eine Aufstockung der tätigen Menschen in der Jugendwohlfahrt. Es braucht eine Verbesserung aller Behörden überall in Österreich, aber vor allem auch in Wien. Der Fall Cain zeigt das leider auf. Ich darf kurz darauf eingehen:

Laut Polizei hatte der Verdächtige eine Vorstrafe wegen Gewaltdelikten und Suchtgiftkonsums. Er wurde auch auf Entzug geschickt. Er saß in einer psychiatrischen Anstalt und infolge eines Autounfalls, bei dem zwei Menschen starben, verlor er den Führerschein. Wegen Drohungen wurde gegen ihn ein Betretungsverbot ausgesprochen und auch ein Waffenverbot wurde über ihn verhängt. Noch im Sommer 2010 ging dann auch noch bei der Jugendwohlfahrt ein Hinweis auf Vernachlässigung des Kindes ein, weil eben der neue Stiefvater des kleinen Cain ein massives Drogenproblem hatte. Und unglaublich, aber wahr, dieser Herr, der jetzt der mutmaßliche Mörder sein soll, ist ein Frühpensionist! Er bekam im Alter von 22 Jahren die Frühpension in der Höhe von 1 250 EUR monatlich zugestanden. Aber das, meine sehr geehrten Damen und Herren, werden wir heute nicht behandeln. Darum werden wir uns in Zukunft österreichweit kümmern, wie es sein kann, dass solche Frühpensionen ausgezahlt werden können. Ein unglaublicher Skandal, dem wir nachgehen werden! Und auch bedenklich sind die Aussagen des Vorarlberger Bezirkshauptmannes Zech, der eben bestätigte, dass man über alte Verurteilungen des Mannes Bescheid wusste, aber trotzdem meinte, dass es keinen Hinweis auf eine Gefährdung der Kinder gab. Leider hat sich diese Annahme als falsch herausgestellt und das Ganze hat ein sehr tragisches und schlimmes Ende gefunden.

Wir haben jetzt die beiden Jugendwohlfahrtsgesetze in Wien und in Vorarlberg verglichen. Die beiden Gesetze sind sich nicht unähnlich. Da und dort besteht Änderungs- und Verbesserungsbedarf, was das Gesetz betrifft, aber auch vor allem, was die Vollziehung des Gesetzes betrifft. Das Landespolizeikommando in Vorarlberg weist eben dezidiert auf Schwächen im Gesetz hin. Und deswegen ist, meine sehr geehrten Damen und Herren, Prävention das Gebot der Stunde. Wir müssen präventiv handeln, damit es nicht zu einem weiteren Fall Cain oder Luca vielleicht auch noch in Wien kommt. Das gilt es im Vorfeld nach Möglichkeit mit allen Kräften zu verhindern. Man wird zwar nicht jedes Verbrechen verhindern können, keine Frage, aber man wird schauen, dass man so gut wie möglich alle Risiken zum Schutz

unserer Kinder minimieren kann.

Um eben solche Gewalttaten an Kindern weitgehend verhindern zu können, ist eben eine intensivere Zusammenarbeit zwischen Polizei und Fürsorge dringend von Nöten. Es bedarf eben daher in diesem Zusammenhang einer Einrichtung der Gewalttransparenzdatenbank durch die Polizei, auf die das Jugendamt und die Jugendwohlfahrt uneingeschränkten Zugriff haben. In Zukunft sollen dadurch die zuständigen Stellen Informationen über jene Personen erhalten, die bereits auf Grund von Gewalttaten jedweder Art straffällig wurden, eine Haftstrafe verbüßt haben und in einem Haushalt mit Kindern leben. Und das Argument Datenschutz, meine sehr geehrten Damen und Herren, muss hier in solchen Fällen neu bewertet werden, denn Datenschutz kann sehr, sehr oft bei solchen Fällen zum Täterschutz werden, und die Täter dürfen nicht geschützt werden, meine sehr geehrten Damen und Herren! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Und wir Freiheitliche fordern in diesem Zusammenhang, dass Menschen mit einer ähnlichen Vorgeschichte wie die des brutalen mutmaßlichen Mörders des kleinen Cain genauestens unter die Lupe zu nehmen sind, weil eben die Gewaltbereitschaft an sich schon ein Warnzeichen für alle Verantwortlichen sein soll, die mit Kindern in diesem Land zu tun haben.

Wir fordern unangesagte Kontrollbesuche durch die Jugendwohlfahrt und ein psychologisches Gutachten über Menschen, die ähnlich gelagert sind wie der mutmaßliche Mörder des kleinen Cain, eben um die Kinder zu schützen. Und gegebenenfalls muss auch ein weiteres Zusammenleben mit dem minderjährigen Schutzbedürftigen untersagt werden und Treffen zwischen demjenigen und dem Kind nur unter Beisein einer Aufsichtsperson gestattet sein.

Präventives Handeln und berechtigte Vorsicht müssen jetzt oberste Priorität haben und es braucht zudem natürlich eine dringende Aufstockung der Jugendwohlfahrt in Wien, beim Personal und auch, was die finanzielle Unterstützung betrifft. Und nicht zuletzt beklagt ja auch die Wiener Kinder- und Jugendanwaltschaft die personelle Ausdünnung der Jugendwohlfahrt in den letzten Jahren, und dazu einige Zahlen: In Wien stiegen die Gefährdungsmeldungen in den letzten Jahren um 30 Prozent, die Hilfen zur Unterstützung der Erziehung sogar um mehr als 50 Prozent, aber gleichzeitig wurde das Personal der MA 11 in den letzten 15 Jahren um weniger als 7 Prozent aufgestockt. Also, im Jahre 1993 verfügte die MA 11 über 319 Planstellen, im Jahre 2008 waren es 340 Planstellen. Und das, meine sehr geehrten Damen und Herren, ist eindeutig zu wenig. Wir sollten dafür sorgen, dass wir im Wiener Wirkungsbereich, wo wir die Möglichkeit haben, den Kindern Hilfe zur Verfügung zu stellen und präventiv zu handeln, auch sofort handeln und tätig werden. Und daher bitte ich um Zustimmung zu unserem Antrag, weil es nicht sein kann, dass wir hier unsere Jugendwohlfahrt nicht stärken und so ein Fall wie in Vorarlberg auch in Wien in Zukunft möglich wird. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Aber, meine sehr geehrten Damen und Herren, unser Aufruf gilt vor allem auch der Bundesregierung - der

großen Koalition, oder was davon übrig geblieben ist, denn so groß ist sie ja nicht -, die in den letzten Jahren jeden freiheitlichen Antrag, der zum Thema Schutz der Kinder eingebracht wurde, abgeschmettert hat. Aus völlig unverständlichen Gründen hat die Koalition im Parlament diese Anträge abgeschmettert und das, obwohl akuter Handlungsbedarf besteht und obwohl eigentlich gehandelt werden muss, bevor etwas passiert.

Wir haben im Parlament beantragt, dass höhere Freiheitsstrafen zu verhängen und diese gesetzlich zu verankern sind, wir haben beantragt, dass die Verjährungsfristen bei sexuellen Gewalttaten an Kindern zu streichen sind, wir haben beantragt, dass die vorzeitige Entlassung und auch die bedingten Strafen für solche Täter abgeschafft werden sollen, wir haben eine unbedingte Anzeigepflicht für alle Personen gefordert, die beruflich mit Kindern zu tun haben. Hier hat sich aber die Koalition im Parlament immer quer gelegt, in völlig unverständliche Weise. Niemand versteht das, obwohl es hier um das Wohl unserer Kinder geht.

Und deswegen können wir hier heute im Wiener Landtag gemeinsam ein kräftiges Zeichen setzen und ich lade Sie ein, mit uns gemeinsam dieses kräftige Zeichen zu geben, das auch hinausstrahlen soll eben ins Parlament und in die Bundesregierung. Es ist notwendig, einen Schulterchluss zwischen allen Parteien herzustellen, weil es hier um den Schutz der Kinder geht. Es darf hier kein parteipolitisches Hickhack geführt werden, das haben die Kinder nicht verdient. Prävention sollte das oberste Gebot sein, es darf keine Toleranz für solche Verbrecher geben, weil wir unsere Kinder auch in Zukunft schützen wollen. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Präsidentin Marianne **Klicka**: Ich danke dem Herrn Abgeordneten für die Begründung.

Ich eröffne die Debatte, wobei ich bemerke, dass die Dauer der Diskussion maximal 180 Minuten beträgt. Zur Besprechung des Dringlichen Antrags hat sich Herr Abg Mag Gudenus zum Wort gemeldet. Ich erteile ihm das Wort, wobei ich darauf aufmerksam mache, dass die Redezeit mit 20 Minuten begrenzt ist. Ausgenommen von dieser Redezeitbegrenzung sind der Landeshauptmann und das sonst zuständige Mitglied der Landesregierung. Herr Mag Gudenus, ich erteile Ihnen das Wort.

Abg Mag Johann **Gudenus**, MAIS (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Meine Damen und Herren! Ich mache es ganz einfach, ich verweise auf meine bisherigen Ausführungen. Was ich gesagt habe, gilt, und ich habe dem zur Zeit nichts hinzuzufügen. – Danke. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Präsidentin Marianne **Klicka**: Als nächster Redner zum Wort gemeldet ist Herr Abg Dr Aigner. Ich erteile es ihm.

Abg Dr Wolfgang **Aigner** (*ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien*): Sehr geehrter Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren!

Ja, es ist eine wirklich tragische Angelegenheit, die uns hier bei diesem Dringlichen Antrag zusammenruft. Und ich glaube, da müssen sich ein Bundesstaat und ein föderalistisches System und ein gewaltentrennendes System wirklich bewähren, und dort, wo es sich nicht bewährt, muss es auch hinterfragt werden, denn es kann



nicht sein, dass die schwächsten Mitglieder unserer Gesellschaft deswegen den notwendigen Schutz nicht bekommen, weil im Behörden- und sonstigen Wirrwarr letztendlich Zuständigkeiten nicht wahrgenommen werden und im Endeffekt der notwendige Schutz ausbleibt.

Also, hier ist auch der Föderalismus einer kritischen Überprüfung zu unterziehen. Hier geht es im Endeffekt auch um Zivilcourage, einerseits von ganz normalen Menschen, die Beobachtungen auch entsprechend nicht durch Wegschauen vertuschen sollen, sondern Beobachtungen weiterleiten müssen, wenn es derartige Vorkommnisse gibt, weil meistens haben solche Dinge ja auch einen gewissen Vorlauf. Hier dürfen sich Behörden auch nicht damit entschuldigen, dass sie nur für Einzelbereiche zuständig sind, sondern hier geht es um eine Gesamtsicht und im Endeffekt hat die Politik, das heißt, wir alle, die gesetzlichen Rahmenbedingungen zu schaffen, dass solche Dinge möglichst nicht passieren.

Ich glaube, es sind schon einige Schritte getan worden. Auf der einen Seite, dass die Spitäler Kindesmisshandlungen melden, und da hat Kollege Gudenus völlig recht, der Datenschutz darf wirklich nicht eine Ausrede sein, dass man bei Verdacht auf Kindesmisshandlungen sozusagen nichts sagt. Den Datenschutz, den sollte man viel lieber bei den neuen Medien, wie beim Facebook und bei anderen Dingen, stärker beachten, aber dass sozusagen in solchen Fällen eine staatliche Stelle der anderen unter dem Hinweis auf Datenschutz nichts sagt, das ist sicher nicht im Sinn der Erfinder.

Aber es sollen die Spitäler besser vernetzt werden und dass auch die Sicherheitsbehörden, wann immer hier Alarm geschlagen wird, vielleicht lieber fünf Mal zu viel fragen als einmal zu wenig. Und da gilt es schon auch kritisch anzumerken, dass auf der einen Seite bei Tierschützern mit einer Akribie gearbeitet wird, die man schon hinterfragen kann, wo Spitzel eingeschleust werden und ich weiß nicht, was noch und wo man mit Terrorismusparagrafen agiert. Gestern gab es wieder einen Bericht im Fernsehen, dass Väter, die um das Besuchsrecht für ihre Kinder kämpfen, auf einmal auch unter Terrorismusverdacht stehen und dort, wo offenkundige und amtsbekannte Gewalttäter mit Kindern zu tun haben, man eigentlich die Dinge liegen lässt. Also ich glaube, hier ist auch die Justiz und hier sind auch die Sicherheitsbehörden nicht aus ihrer Verantwortung zu entlassen.

Das Gleiche gilt natürlich auch für die anderen Institutionen, die mit Kindern zu tun haben, also Schule, Kindergärten, Schulärzte. Auch hier ist das entsprechend Notwendige zu tun, dass mögliche Verdachtsmomente mit der gebotenen Sorgfalt und mit den gebotenen Möglichkeiten, dass es ja auch hoffentlich nicht stimmen kann, ihre Beobachtungen weitergegeben werden.

Das, was aber Landesaufgabe ist, ist eben, dass unsere Jugendämter und unsere Jugendwohlfahrtsbehörden ausreichend dotiert werden. Und da sind jetzt sozusagen wir gefordert und da ist der Wiener Landesgesetzgeber gefordert und da ist die Wiener Verwaltung gefordert. Es haben sich die Situationen in den Familien in den letzten Jahren und Jahrzehnten massiv geändert.

Alleinerziehertum ist weit verbreitet, andere Kulturen haben Einzug bei uns gehalten, die Überforderungen haben zugenommen, es wird ein anderes Menschenbild tradiert, also es bedarf wirklich einer Aufstockung in der Jugendwohlfahrt.

Ich glaube, das Vier-Augen-Prinzip ist hier wichtig. Es darf eben nicht nur in Akutfällen das Personal da sein, und ich glaube, das ist man letztendlich auch den geänderten Verhältnisse in der Gesellschaft schuldig, und der Wiener Verwaltungsapparat ist groß genug, dass man ohne Einbußen auf der einen Seite sozusagen Ressourcen dorthin umlenken kann, wo die Notwendigkeiten gegeben sind.

Es handelt sich um einen sensiblen Bereich, es handelt sich um Elternrechte, aber ich denke, die Elternrechte hören dort auf, wo das Wohl der Kinder massiv in Gefahr ist. Und dort haben der Staat und die Gemeinschaft nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht einzugreifen. Und da, glaube ich, braucht man dafür auch einen entsprechend geschulten und gut dotierten Apparat, der auch in der Lage ist, diese heikle und sensible Aufgabe durchzuführen, und das wäre schon auch etwas, was man sich in den zukünftigen Stellenplänen wirklich anschauen muss, wie man die Wiener Jugendwohlfahrt personell ausstatten kann.

Es ist auch eine sehr belastende Tätigkeit, hier ist auch eine entsprechende Supervision notwendig, hier muss es auch den entsprechenden Wechsel geben können, weil das sind alles unangenehme Dinge. So wie vielleicht auch das Personal in den Intensivstationen nach einer gewissen Zeit ausgewechselt werden muss, weil die Arbeit zu belastend ist, müsste man das auch hier andenken. Ich glaube, da sind auch die Personalvertretung in Wien und die Gewerkschaft entsprechend gefordert, hier ihre Vorstellungen und ihre Erfahrungen beim Dienstgeber einzubringen. Das heißt, es liegt hier ein Bereich vor, wo Justiz, Polizei, Jugendämter, sonstige Behörden, Schule, Kindergärten insgesamt gefordert sind, aber auch die Nachbarn nicht wegschauen dürfen. Im Endeffekt geht es hier um unsere Kinder und um unsere Zukunft. Ich meine, diese Kinder sind alle umsonst gestorben, aber um diese sinnlosen Tode im Prinzip irgendwie mit einer Zukunftsperspektive zu versehen, könnte das nur bedeuten, dass sozusagen diese tragischen Ereignisse zum Anlass genommen werden, das System einfach insgesamt zu verbessern.

Und einen letzten Satz: Also, ich muss mich schon auch wundern, vor dem Hintergrund unserer sonstigen Sozialdebatten, und wenn man hört, wie schwierig es oft ist für Menschen, die 40 Jahre gearbeitet haben, zu einer Invaliditätspension zu kommen - die Pensionsversicherung agiert natürlich in Selbstverwaltung, aber sie lebt auch sehr stark von Zuschüssen der öffentlichen Hand - und die Frage, wie man in dem Alter zu einer Invaliditätspension in dieser Höhe kommen kann, die würde mich einfach auch als Experten auf diesem Gebiet schon sehr interessieren. Und auch die Sozialversicherungsanstalt lebt nicht im luftleeren Raum und muss sich einer öffentlichen Debatte stellen, und dieser Debatte wird sie sich auch zu stellen haben. Danke. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsidentin Marianne **Klicka**: Als nächste Rednerin zum Wort gemeldet ist Frau Abg Hebein. Ich erteile es ihr.

Abg Birgit **Hebein** (*Grüner Klub im Rathaus*): Werte Frau Vorsitzende! Werte Abgeordnete!

Der Anlassfall, da sind wir uns, glaube ich, alle einig und das müssen wir nicht betonen, ist sehr tragisch und es ist unglaublich traurig, ein Kind so zu verlieren. Und es macht auch wütend, und zwar ohnmächtig wütend, dass so etwas überhaupt passieren kann. Insofern halte ich es für sehr wichtig, dass es bei uns Strafgesetze gibt, wo es klar zum Ausdruck kommt, dass für diese Tat auch eine angemessene Bestrafung erfolgen muss und erfolgen kann. Grundsätzlich erlaube ich mir aber trotzdem auch einen Appell, jetzt verantwortungsvoll mit diesem Anlassfall umzugehen, weil die Frage, was wäre wenn, wird sich, glaube ich, die Familie ihr Leben lang stellen, da müssen wir das jetzt nicht politisch nützen oder konkret der Herr FPÖ-Vorsitzende hier nachlegen, wäre er abgeschoben worden, wäre es nicht passiert. Ich finde, das sind Emotionen, die Familie wird, ich weiß nicht, ein Leben lang daran arbeiten, da muss man dann nicht nachlegen.

Aber konkret zum Antrag: Ich unterstütze das grundsätzliche Anliegen, dass man soziale Arbeit und Jugendwohlfahrt definitiv aufwertet, ja, das unterstütze ich völlig. Dazu muss man aber auch ein Stück weit verstehen, was soziale Arbeit überhaupt ist, weil wir diskutieren es immer dann, wenn es einen Skandal gibt und nicht grundsätzlich, und bei der sozialen Arbeit ist es einfach schlichtweg so, die hat eine recht schwierige Situation, vor allem die Jugendarbeit, weil sie für alles zuständig ist, weil es um Lebensbewältigung geht, weil es um ganzheitliche Probleme geht, und da gleichzeitig ein enormer Zeitdruck gegeben ist, ein enormer Druck, Entscheidungen zu treffen. Ich muss ganz ehrlich sagen, meine früheren KollegInnen erzählen definitiv von einer extrem hohen Burn-out-Rate, einem extremen Wechsel auf den Jugendämtern, auch weil es eine Überlastung gibt. Ja, das stimmt, stimmt definitiv, aber benützen wir auch nicht die SozialarbeiterInnen jetzt in dieser Diskussion. Jetzt, und das erlauben Sie mir so auszudrücken, jetzt gebrauchen wir sie gerade und in einem anderen Fall sind sie, wie die FPÖ das immer nennt, dann Klientenzüchter oder in einem anderen Fall wird dann soziale Jugendarbeit abgelehnt, Schulbetreuung wird abgelehnt.

Bitte, Leute, das gehört alles dazu. Wenn man die Probleme wahrnehmen will, die hinter der Gewalt stehen, dann muss man auch dorthin schauen. Es kommt ja nicht von heute auf morgen, was liegt denn dahinter? Und es ist unsere politische Verantwortung, genau hinzuschauen, ist es Armut, ist es Überforderung, wie geht es AlleinerzieherInnen. Sie können doch nicht gleichzeitig all die Versuche, konkrete Schritte zu machen, ablehnen. Sobald es ums Geld geht, lehnen Sie alles ab, sobald Ihnen was politisch nicht in den Kram passt, lehnen Sie alles ab, aber hier herkommen und jetzt über SozialarbeiterInnen reden, das ist nicht in Ordnung.

Das heißt, wenn man genauer hinschaut, was hinter Gewalt steht, ist es Arbeitslosigkeit, ist es Überforderung,

sind es fehlende Perspektiven. Und wenn man genauer hinschauen will, ja, da gebe ich Ihnen recht, ist die Präventivarbeit ein extrem wichtiger Ansatz und man muss schon sagen, diese Frage müssen wir uns jederzeit stellen können, ob die SozialarbeiterInnen überhaupt ihrer Arbeit nachkommen, haben sie diesen Handlungsspielraum, akut und präventiv zu handeln. Und das sagen halt KollegInnen aus dem Bereich und auch die ExpertInnen, sie sehen hier Handlungsbedarf, aber auf mehreren Ebenen. Und jetzt muss ich wieder ein Stück weit auch die Parteien hier zur Verantwortung, zur Mitverantwortung ziehen. Wenn es ein Bundeskinder- und Jugendhilfegesetz gibt, das seit einem Jahr in der Begutachtung ist, dann frage ich schon, was tun Sie. Ja, es ist ohnedies schon ein handzähmes Gesetz, und noch immer geht nichts weiter, dass es zumindest zu einheitlichen Qualitätskriterien kommt. Das wird gefordert und das macht Sinn. Es ist handzähm deswegen, weil sobald es ums Geld geht, wird wieder alles abgeschwächt. Man hat konkret - das kritisiert die Plattform - die Hilfe für junge Erwachsene eingeschränkt, man hat das Vier-Augen-Prinzip nicht durchgehend jetzt in diesen Entwurf hineingetan, und man ermöglicht kaum präventive Hausbesuche. Das ist einmal der eine Punkt.

Der andere Punkt ist, ja, die Präventivarbeit ist ein wichtiger Punkt und die Frage ist, wie erfahren wir denn das rechtzeitig, welche Möglichkeiten gibt es. Und da muss ich schon sagen, das war ja einer der Gründe, warum wir hergegangen sind, im Koalitionsabkommen zu sagen, wir brauchen aufsuchende Familienhilfe, wir brauchen niederschwellige Arbeit und das ist ein wichtiger Bereich, den machen wir hier gemeinsam. Hier wird es natürlich Personal dafür geben, no na net.

Der andere Bereich ist die Schule, da gibt es auch einen Ansatz, den wir gehen, wir können ja nur verstärken. Wenn wir jetzt glauben, wir werden durch Maßnahmen einfach alles verhindern, dann machen wir den Leuten draußen was vor. Wir können bestmöglich es immer und immer wieder verbessern, und das machen wir jetzt auch mit der Schulsozialarbeit, einem wichtigen Bereich, weil das eine Verbindung zwischen dem Jugendamt, zwischen den Schülern, Schülerinnen, den Lehrern, Lehrerinnen und dem zu Hause ist.

Ja, da gebe ich Ihnen ausnahmsweise einmal recht, Zivilcourage ist auch ein wichtiger Punkt, dass man hinschaut, dass uns das alles was angeht, ohne zu vernadern. Aber, das vermisse ich ein bisschen in dem FPÖ-Antrag und verwundert mich auch: Das eine ist, Zivilcourage zu fordern und dass sich dann auch definitiv die Leute zu Wort melden. Schauen wir lieber nachher zwei Mal zu viel hin, ob da nicht Gewalt im Spiel ist, nur müssen auch die Behörden Möglichkeiten haben, aktiv zu werden. Ein Polizist hat mir erzählt, er kann zwar nachschauen, aber wenn sich die Verdachtsmomente nicht erhärten, hat er keine Möglichkeiten mehr. Das heißt, auch hier in diesem konkreten Fall muss man auch die Polizei stützen und auch die Sozialarbeiter und die Kooperation untereinander und miteinander, das ist überhaupt keine Frage. Und jetzt komme ich gleich zu einem Punkt, wo ich mir denke, ich bitte Sie, verkaufen Sie in

dieser heiklen Frage, wenn es um Gewalt geht, die Leute nicht für deppert. Wenn Sie eine Gewalttransparenzdatenbank einfordern und suggerieren, dass dadurch alles besser wird, dann ist das schlichtweg eine Scheinlösung. Was wollen Sie denn mit diesen Daten sammeln?

Es gibt bereits jetzt ein Strafregister, wo die strafbaren Handlungen festgelegt sind, und wenn ein Hinweis besteht, dann hat das Jugendamt bereits jetzt die Möglichkeit, Einblick zu nehmen und erhält Auskünfte über das strafrechtliche Umfeld. Also, es gibt Möglichkeiten, man erfährt es. Wenn Sie jetzt sagen, Gewalttransparenzdatenbank, yeah, ja, was soll damit passieren? Wollen Sie Daten sammeln und den Leuten sagen, dadurch wird das Leben besser, dadurch sind eure Kinder sicherer? Tut die Leute nicht immer für so blöd verkaufen, das macht mich krank, hier geht es um Gewalt, und hier geht es um Kinder. *(Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.)*

Das heißt konkret noch einmal: Ja, forcieren wir das Bundeskinder- und Jugendhilfegesetz, um wenigstens einheitlich zu Qualitätskriterien zu kommen, ja, werten wir die soziale Arbeit, die Jugendarbeit, auch gesellschaftlich auf, reden wir nicht nur darüber, wenn es gerade akut wird, das ist ein wichtiger gesellschaftlicher Wert, den die Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter hier leisten. Ja, verstärken wir auch die Ressourcen, da hoffe ich durch die konkreten Projekte, die wir jetzt angehen, dass wir wieder einen guten Schritt beitragen. Ja, stärken wir auch die Zivilcourage und fördern wir die Kooperation untereinander, aber benützen wir nicht Einzelschicksale für Polemik. Vielen Dank. *(Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.)*

Präsidentin Marianne **Klicka**: Als nächste Rednerin zum Wort gemeldet ist Frau Abg Mag Straubinger, ich erteile es ihr.

Abg Mag Sybille **Straubinger** *(Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates)*: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren!

Der Anlassfall für den Dringlichen Antrag ist ein sehr tragischer, da sind wir alle einer Meinung. Wir sind alle einer Meinung darin, dass wir alles tun müssen, solche Fälle, solche tragischen Ereignisse zu verhindern. Ich glaube aber auch, dass wir alle wahrscheinlich der Meinung sind, dass wir nie hundertprozentig sicher sein können, dass wir alle solche Fälle verhindern werden, und dass es nicht trotz aller Maßnahmen, die wir tätigen, trotz aller personeller Aufstockungen, trotz aller Sorgfaltspflicht wieder passieren kann. Was kann man also tun, um es möglichst auszuschließen und diese Fälle auch so gering wie möglich zu halten?

Das ist zum einen, die Arbeit so zu gestalten, dass Abläufe, dass fachliche Standards, möglichst hoch sind. Und wenn man sich anschaut, wie die MA 11, wie das Jugendamt in Wien arbeitet, wenn man sich zum Beispiel einmal diese Mappe mit den fachlichen Standards anschaut, wenn man sich das Handbuch für soziale Familien anschaut, dann sieht man darin, dass wirklich sehr detailliert, sehr genau Arbeitsabläufe festgelegt worden sind, dass von der Aufnahme einer Gefährdungsmeldung über die Gefährdungsabklärung bis zur Unterstützung

der Erziehung, wo mit den Familien gearbeitet wird, bis zu Kindesabnahme, es sozusagen auch ein genaueres Procedere gibt, dass in Wien festgelegt ist, dass es ein Vier-Augen-Prinzip geben muss, dass es einen Hilfsplan geben muss, dass es Fallbesprechungen gibt, Fallverlaufsbesprechungen gibt, sozusagen dass alles Menschenmögliche innerhalb der Organisation getan wird, um nichts zu übersehen, um sicherzugehen und um Kinder bestmöglich auch zu schützen.

Wir haben diese qualitativ sehr hohen Standards, das ist auch durchaus schon von unabhängiger Stelle bescheinigt worden, wie zum Beispiel nachzulesen in einem Kontrollamtsbericht. Diese Standards hat nicht jedes Bundesland, wir wollen und fordern hier auch alle gemeinsam ein bundeseinheitliches Jugendwohlfahrtsgesetz, das, wie vorher schon erwähnt worden ist, schon seit Längerem in einer Begutachtung war und nun wieder in der Begutachtung ist, um einheitliche Standards in ganz Österreich zu bekommen. Da gibt es diesen Entwurf, der am Einspruch der Länder gescheitert ist, und Wien war, glaube ich, das einzige Bundesland, das von Anfang an keinen Einspruch erhoben hat, das gesagt hat, setzen wir dieses bundeseinheitliche Jugendwohlfahrtsgesetz um, denn das ist sozusagen eine Vereinheitlichung, das dient zum Schutz der Kinder und zur Hebung der Standards in der Jugend-, in der Familienarbeit.

Aber selbst wenn das sozusagen umgesetzt wird, selbst dann wird man es noch nicht hundertprozentig ausschließen können, weil sich die Arbeit der SozialpädagogInnen und SozialarbeiterInnen immer in einem Spannungsfeld bewegt, und zwar in diesem Spannungsfeld des Rechts auf Familienleben und des Kinderschutzes. Die von Ihnen angesprochene Gewalttransparenzdatenbank liegt auch in diesem Spannungsfeld, denn Eingriffe in das Familienleben sind nur dann erlaubt, wenn es unbedingt notwendig ist, und nur in einem verhältnismäßigen Ausmaß. Und diese Voraussetzung ist nicht gegeben, wenn ein Elternteil wegen irgendeines Gewaltdeliktes schon vorbestraft ist. Es müssen immer auch konkrete Verdachtsmomente zur Gefährdung des Kindeswohls hinzukommen, denn zum Beispiel ist auch ein Autounfall mit einer Körperverletzung ein Gewaltdelikt, das zu einer Vorbestrafung führen kann. Das ist jetzt nicht meine Meinung, das ist auch sozusagen nicht die Meinung der MA 11, das ist das gängige Recht. Das konnte man jetzt auch vor Kurzem erst wieder in einem Artikel der „Presse“ nachlesen, dargelegt von einem Familienrichter des Landesgerichts Korneuburg, der auch als Autor zum Thema Erziehung und Recht bekannt ist.

Zum Beispiel, um nur einen Aspekt zu erwähnen - ich will mich gar nicht sozusagen in diesem Vorarlberger Fall verlieren, aber nur ein kleiner Satz dazu -, der Täter in Vorarlberg war nicht bei der Mutter gemeldet, das heißt, es hätte auch nichts gebracht, wenn es diese Gewalttransparenzdatenbank gegeben hätte, und deshalb hätte man auch nicht handeln können. Was es aber schon gibt, und was auch sehr gut funktioniert, sind sehr strenge Meldepflichten. Die gibt es jetzt schon, ich weiß nicht,

warum angesprochen wurde, dass es das nicht gibt, und dass hier viele Behörden nicht verpflichtet sind zu melden, denn es sind sämtliche Behörden verpflichtet, bei Verdacht zu melden. Es sind Gerichte verpflichtet zu melden, Kindergärten, Schulen, Ärzte, Krankenhäuser und im neuen Bundesjugendwohlfahrtsgesetz, das ja hoffentlich doch irgendwann einmal beschlossen wird, wird diese Meldepflicht auch erweitert auf freiberuflich in der Jugendarbeit, Sozialarbeit tätige Personen. Das ergibt schon eine Fülle an Instrumenten, die durchaus auch sehr wirksam sind.

Und zu diesen Themen Ausbau und Verbesserung der Jugendwohlfahrt, die in Ihrem Antrag angesprochen werden: Ich habe ein bisschen den Eindruck gehabt, als Herr Gudenus hier gesprochen hat, Sie haben die letzten paar Jahre sozusagen auch nicht bewusst miterlebt, denn besonders in den letzten paar Jahren ist sehr viel passiert. Wenn Sie sich die Budgets anschauen, sieht man es an den Zahlen, die ständig gestiegen sind. Es ist im Jahr 2008, 2009 im Bereich der Regionalstellen die soziale Arbeit um 10 Dienstposten aufgestockt worden und es gab im Jahr 2009 gemeinsam mit der Personalvertretung eine Studie, die den Bedarf der regionalen Dienststellen zur Bemessung des Personalbedarfes erhoben hat.

Die wurde in Auftrag gegeben und hat die Notwendigkeit von 16 zusätzlichen Dienstposten ergeben. 10 davon sind schon 2010 neu besetzt worden und die restlichen 6 Dienstposten sind für 2011 schon budgetiert und werden in den nächsten Monaten noch besetzt. Das heißt, es wird laufend personell aufgestockt, und es wird damit natürlich auch finanziell laufend aufgestockt.

Aber auch was den Bereich der WGs, der Krisenzentren, betrifft hat sich sehr viel getan. Seit April 2009 sind 21 neue Wohngemeinschaften realisiert worden, es sind zwei neue Krisenzentren geschaffen worden, beziehungsweise gerade dabei, geschaffen zu werden.

Was die Supervision betrifft, die Sie angesprochen haben, gibt es für alle BerufseinsteigerInnen in diesem Feld eine verpflichtende Supervision. Es gibt für alle MitarbeiterInnen das Angebot, Supervision in besonders belastenden und in besonders schwierigen Fällen auch kurzfristig in Anspruch zu nehmen, es gibt die Hausbesuche, Kontrollbesuche, wie Sie sie genannt haben. Die Hausbesuche, die angemeldet stattfinden, aber auch unangemeldet stattfinden, je nach Einschätzung der Lage der SozialarbeiterInnen. Es gibt natürlich auch die verpflichtende Fortbildung, fünf Tage im Jahr sind verpflichtend in Wien an Fortbildungsmaßnahmen mit einem breiten Angebot, einer breiten Palette. Was ebenfalls angesprochen wurde, die Fortbildungen zum Thema Recht: Auch die gibt es natürlich, und es gibt aber zusätzlich, was ich für ganz wesentlich halte, auch eine Gruppe Recht in der MA 11, die eine spezielle Datenbank führt, wo die neuesten Informationen, die neuesten Grundsatzentscheidungen und Erkenntnisse auch immer zur Verfügung stehen. Und das alles ist sozusagen eine breite Palette an Maßnahmen, die zum Teil natürlich in der Prävention gesetzt werden, nämlich zum Beispiel bei der Unterstützung der Familien - rund 3 000 Kinder wer-

den durch diese Hilfsmaßnahmen betreut, ungefähr 3 000 Kinder sind aus der Familie herausgenommen worden, und es gibt noch Soziale Arbeit mit Familien sozusagen. Also, es gibt eine wirklich breite Palette, die auch sehr viele Kinder umfasst.

Ich möchte aber das noch einmal unterstreichen, was auch vorhin von Kollegin Hebein gesagt worden ist: Das Wesentlichste und das Wichtigste ist nach wie vor die Präventionsarbeit. Und wenn man sich eine Studie anschaut, die jetzt auch vor Kurzem, glaube ich, im „Standard“ gestanden ist, über einen Ländervergleich aus 2009 zum Thema Gewalt in der Familie, und man liest dort, dass in 70 Prozent der Familien noch Körperstrafen vorkommen, nämlich in Form wahrscheinlich meistens der gesunden Watsch'n, die es immer noch gibt, dass 30 Prozent immer noch nicht wissen, dass es ein Gewaltverbot in der Familie gibt, und dass 83 Prozent aber sozusagen gerne eine gewaltfreie Erziehung durchführen möchten und ihre Kinder gewaltfrei erziehen wollen, dann bedarf es zum einen noch ganz viel an Aufklärung, dann ist aber auch noch ganz viel an Hilfestellung, Hilfeleistung notwendig, die in die verschiedensten Bereiche hineingeht. Aufklärung betreibt die MA 11 durch jährliche Kinderschutzkampagnen, die Folgendes gezeigt haben: Seit es diese Kinderschutzkampagnen gibt - das ist ja auch erwähnt worden - sind die Gefährdungsmeldungen massiv angestiegen, was auch gut ist. Nicht in jedem Fall ist auch ein realer Grund vorhanden, ist also sozusagen auch etwas dahinter, und ist wirklich das Kindeswohl gefährdet, aber es ist besser, einmal zu viel hingeschaut als einmal zu wenig. Es gibt Vernetzung zwischen der Polizei, zwischen den Krankenhäusern und Schulungen sowie Information, die die MA 11 betreibt, und das halte ich für einen ganz wesentlichen Punkt der Vernetzung.

Es gibt auch, und das halte ich auch für ganz wichtig, Bewusstseinsarbeit in den Schulen und mit den Kindern. Denn den Kindern zu sagen, Gewalt ist nicht okay, Gewalt ist auch nicht okay, wenn sie von deinen Eltern kommt, und die Kinder zu stärken, dazu Nein zu sagen, sozusagen darüber zu reden und sich Lehrern, älteren Geschwistern, Freunden anzuvertrauen, ist ein ganz wesentlicher und wichtiger Punkt in dieser Präventionsarbeit.

Und da kann ich Ihnen nur empfehlen, auch eine Ausstellung im Stadtschulrat, die gerade aktuell nämlich zum Thema Gewalt in der Familie, läuft, zu besuchen. „Echt Fair“ nennt sie sich und es können Schulen hingehen, und es haben sich auch schon sehr viele Schulen angemeldet. Sie ist schon sehr ausgebucht, und es wird auf eine spielerische Art und Weise den Kindern dieses Thema Gewalt in der Familie und wie gehe ich damit um, wenn es passiert, nahegebracht. Also, es braucht sozusagen neben diesem breiten Angebot an Hilfsmaßnahmen und an Unterstützungsmaßnahmen, die die MA 11 leistet, auch ein breites Angebot an Präventionsarbeit und das geht über diese direkte, klar zuordenbare Präventionsarbeit sozusagen hinaus. Sie betrifft eben nicht nur die MA 11, sie betrifft nicht nur das Bildungsressort und die Bereiche, die sich in den Schulen, in den Kindergärten abspielen, sondern sie betrifft auch viele andere

Ressorts in der Stadt wie zum Beispiel das Frauenressort, wo Standpunkte gegen Gewalt eine Kampagne war, die jetzt vor Kurzem erst ein bisschen lächerlich gemacht wurde, wenn ich mich richtig erinnere, von Kollegen Jung. Und da sage ich Ihnen ganz ehrlich, Gewalt an Frauen führt in den meisten Fällen natürlich auch zur Gewalt an Kindern, wenn diese vorhanden sind, und betrifft natürlich damit auch den Schutz von Kindern. Das betrifft natürlich das Sozialressort, denn Armut, Stress mit Armut, ist sozusagen ein Stressfaktor, der sich auch auf Familien niederschlägt, das betrifft die Jugendarbeit, wo Bewusstseinsarbeit geschaffen werden muss für Gewalt, die passiert, aber auch für eine gewaltfreie Gesellschaft der Zukunft. Ich denke, es wäre ein sehr positiver Ansatz, wenn die FPÖ in Zukunft diesen Maßnahmen auch zustimmen würde und so auch zu einem Schritt zu einer gewaltfreieren Gesellschaft in Wien unseren Kindern gegenüber beitragen würde und nicht nur dann dieses Thema aufgreifen würde, wenn es einen Anlassfall gibt, sondern in der täglichen politischen Arbeit auch zeigen würde, dass ihr das ein Anliegen ist. Danke schön. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Präsidentin Marianne **Klicka**: Als nächster Redner zum Wort gemeldet ist Herr Abg Nepp. Ich erteile es ihm.

Abg Dominik **Nepp** *(Klub der Wiener Freiheitlichen)*: Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Leider behandeln wir dieses Thema ja heute auch aus traurigem Anlass. Leider müssen wir wieder einmal den Tod eines kleinen Kindes betrauern. Ein Tod, der hätte vielleicht verhindert werden können, wenn eine unglückliche Verstrickung an Fehlern im System nicht passiert wäre. Im Moment herrschen ja tiefste Betroffenheit, Trauer und Entsetzen nach diesem grausamen, brutalen und niederträchtigen Mord an diesem dreijährigen Kind. Der serbische Freund seiner Mutter hat den armen kleinen Cain wehrlos und herzlos zu Tode geprügelt. Und leider gab es in der Vergangenheit schon einige Parallelfälle und darum müssen sich vernünftige Menschen die Frage stellen, warum noch immer im System, das vor solchen Fällen warnen sollte und solche Fälle verhindern sollte, noch immer nichts geschehen ist. Es gab ja bereits ähnliche Fälle, wo genau das Gleiche wie jetzt passiert ist und schon damals sind die gleichen sinnvollen Forderungen zur Prävention von Gewalt an den Wehrlosesten unserer Gesellschaft gestellt worden. Jeder hat damals auch genickt und gemeint, jetzt muss endlich etwas passieren und geändert werden, aber wie immer ist auch damals nichts geschehen.

Sie können sich sicherlich an den Fall Luca erinnern, dieser junge Bub wurde am 7. Mai 2006 geboren und verstarb am 3. November 2007 im Alter von eineinhalb Jahren. Grund dafür war leider auch damals wieder häusliche Gewalt, ihm wurden in unfassbarer Brutalität schwerste Verletzungen zugefügt, er erlag dann einige Tage später seinen schweren Kopfverletzungen. Und auch schon bei diesem Fall gab es damals zwei Vorfälle, die im Spital endeten. Das eine Mal ist er im Spital mit schweren Verletzungen am Kopf und im Gesäßbereich eingeliefert worden, und das andere Mal mit einem gebrochenen Arm. Dieser Fall ereignete sich zwar nicht in

Wien, sondern in Niederösterreich und Tirol, aber beide Male stellten auch schon damals die Ärzte eine Kindesmisshandlung fest, die Jugendwohlfahrt in Tirol meinte, dass zu keiner Zeit das Gefühl bestand, dass eine Gefährdung des Kindes vorliege.

Der andere Fall war der Fall Melvin, auch daran können Sie sich sicher erinnern, auch ein Fall, wo man nicht rechtzeitig eingegriffen hat und auch hier ist leider ein kleiner junger Bub zu Tode gekommen.

Ich hoffe, wir müssen in Zukunft nicht mehr dieses grauenvolle schreckliche Thema aus aktuellem Anlass behandeln, und um dies zu verhindern, müssen wir uns fragen, welche Stellen sind mit solchen Fällen frühzeitig konfrontiert, und wo bestehen in diesem System Lücken und wie kann man dieses System optimieren.

Grundsätzlich werden ja zuerst mit Gewalt an Kindern konfrontiert erstens einmal die Polizei, zweitens dann das Jugendamt beziehungsweise die Jugendwohlfahrt, aber auch die Bildungseinrichtungen wie Schule, Hort und Kindergarten, denn oftmals stellen Lehrer zuerst, oder Kinderpädagogen oder Horterzieher, solche Fälle fest. Es bleibt oft nur beim Verdacht, aber es gibt immer wieder couragierte Lehrer, die sich heute noch trauen so was aufzuzeigen. Leider ist das ja immer mit Schwierigkeiten verbunden, denn oftmals sind dann am Ende die Lehrer die Blöden, die auf der Strecke bleiben. Die Lehrer haben anfangs Verdachtsmomente, aber keine stichhaltigen Beweise, und dann geht schon die Misere lose. Die Eltern bekommen Wind, dass man sie verdächtigt und regen sich einmal auf, sie gehen dann direkt zum Lehrer oder zum Direktor und drohen einmal von vorne bis hinten mit Verklagen wegen übler Nachrede bis zur direkten Gewalt. Der Direktor erfährt das dann alles und muss nachträglich reagieren und im Dienstweg dann den Bezirksschulinspektor informieren. Jetzt geht die Kette wiederum weiter zum Schularzt, der meistens nichts feststellt, weil ja schon inzwischen so viel Zeit vergangen ist, dass keine sichtbaren Merkmale der Gewaltanwendung mehr vorhanden sind. Dann kommt die Meldung ans Jugendamt, wo drinnen steht, dass nur ein Verdacht gegeben war und dieser sich nicht bestätigt hat. Jetzt geschieht wieder einmal gar nichts und der Lehrer, der das dann alles ins Rollen gebracht hat, ist wieder einmal der Dumme und bekommt Ärger. Und deshalb überlegen sich heutzutage schon viele Lehrer, ob sie das überhaupt melden sollen, denn schon viele Lehrer sind entweder frustriert oder zu ängstlich, um solche Vorfälle zu melden.

Falls die Jugendwohlfahrt dann so einen Verdacht weiterverfolgt oder von sich aus tätig wird, kommt keine Meldung an die Schulen zurück, und auch hier gibt es eben diesen Fehler, denn so eine einseitige Zusammenarbeit ist für die Prävention von solchen Fällen sicher nicht förderlich. Alle diese genannten Institutionen, die jetzt mit solchen Fällen von häuslicher Gewalt befasst sind, gehören besser vernetzt, denn das ist wie bei einem Puzzle, jeder hat einen kleinen Teil und wenn man diese dann zusammenfügt, ergibt das dann ein ganzes Bild, wo man dann genau sagen kann, ob eine Bedrohung des Kindes vorliegt oder nicht.

Deswegen fordern wir eben als ersten Schritt, dass bei der Polizei eine Gewalttransparenzdatenbank eingerichtet wird und das soll die Frau Bundesministerin für Inneres sicherstellen. Auf diese Gewalttransparenzdatenbank sollen nur das Jugendamt beziehungsweise die betroffenen Stellen der Jugendwohlfahrt uneingeschränkt Zugriff haben, und in Zukunft können sich dann dort alle zuständigen Stellen Informationen holen und Informationen über jene Personen erhalten, die bereits auf Grund von Gewaltdaten jedweder Art straffällig wurden, eine Haftstrafe verbüßt haben und in einem Haushalt mit Kindern leben.

Aber leider hat ja bezüglich Jugendwohlfahrt auch die Volksanwaltschaft Mängel aufgezeigt. Im Volksanwaltschaftsbericht steht es ja: Untätigkeit trotz Kindeswohlgefährdung. Die Magistratsabteilung 11 hat in einem Fall der Kindeswohlgefährdung mehrere Versäumnisse zu verantworten. Einerseits schloss es das Abklärungsverfahren über das Wohl eines Kindes frühzeitig und allein auf Grundlage einer polizeilichen Mitteilung ab, und andererseits unterließ es, die notwendigen Maßnahmen zur Sicherung des Kindeswohls zu setzen. Die Folge dieser Unterlassung war, dass die Kindesmutter mit dem Kind untertauchte und nicht mehr auffindbar war. Das stellt die Volksanwaltschaft fest und stellt auch weiter fest, dass solche Fehler leider in diesem System passieren können, weil es zu wenige Planstellen gibt. Auch hier fordert die Volksanwaltschaft die Anhebung des Personalstandes in der Sozialarbeit, und wir fordern eben auch weiters in diesem Antrag die personelle, finanzielle und materielle Aufstockung der für die Arbeit im Bereich der Jugendfürsorge verantwortlichen Abteilungen der Stadt Wien um 30 Prozent und auch die Schaffung eines flächendeckenden Angebots an Mediation und Supervision in allen Bezirken.

Ich komme auch schon zum Schluss und appelliere an Sie alle, stimmen Sie diesem Antrag zu, stellen Sie dadurch sicher, dass eine Verbesserung in diesem System erreicht wird. Ich persönlich, meine sehr geehrten Damen und Herren, stimme diesem Antrag zu, denn ich möchte nicht mit meinem Gewissen vereinbaren müssen, dass, wenn ich nur einmal mehr aufgezeigt hätte, ein kleines Menschenleben hätte retten können. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Präsidentin Marianne **Klicka**: Als nächster Redner zum Wort gemeldet ist Herr Abg Wutzlhofer. Ich erteile es ihm.

Abg Mag Jürgen **Wutzlhofer** *(Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates)*: Sehr geehrte Damen und Herren! Frau Präsidentin! Hohes Haus!

Der Fall, der die FPÖ dazu bewogen hat, diesen Dringlichen Antrag zu stellen, der Fall des schrecklichen Mordes an dem Bub Cain, macht ohnmächtig, betroffen, erschüttert, ist brutal und schlicht und einfach schrecklich.

Das, was hier jetzt daraus gefolgert wird, beziehungsweise was Sie vorschlagen, ist für mich im Grunde genommen Politik oder Rhetorik, die haarscharf am Thema vorbeigeht.

Das einmal erstens: Man kann über alles reden, ich weigere mich aber prinzipiell, über Details eines Falles zu reden, der in Bregenz passiert ist, für den der Wiener Jugendwohlfahrtsträger nicht verantwortlich ist, wo ich selber nur die Informationen aus der Presse habe und haben kann und ich daher es nicht wirklich für sinnvoll halte, im Wiener Landtag Ursachensuche zu betreiben.

Zweitens geht es am Thema haarscharf vorbei, weil die Dinge, die Sie vorschlagen, entweder, so muss man sagen, auf falschen Tatsachen beruhen oder aber das Problem meines Erachtens nicht wirklich lösen.

Zum Thema Problem nicht lösen: Die Gewalttransparenzdatenbank, das haben meine Vorrednerinnen Hebein und Straubinger ohnedies schon gesagt, und jetzt einmal abgesehen davon, dass es aus daten- oder grundrechtlicher Sicht schwierig umsetzbar wäre, löst das Problem nicht. Ich glaube nicht, und das zeigt ja der konkrete Fall, dass die Frage der mangelnden Information das Problem ist. Es gibt sehr strenge Meldeverpflichtungen, die sollen noch ausgeweitet werden, gäbe es endlich das Bundeskinder- und Jugendhilfegesetz. In dem konkreten Fall wusste man sogar von der Vorbestrafung des Mannes, der nicht in der Familie gemeldet war. Ihr Vorschlag, und Sie gehen ja von dem Bregenzer Fall aus, hätte da nichts verändert.

Was sehr wohl etwas verändern würde, wäre, wenn es endlich bundesweit klare und hohe Standards für die Jugendwohlfahrt gäbe. Das gibt es aber derzeit nicht. Das gibt es in Wien, man muss auch sagen, Vorarlberg ist eines der Bundesländer, das auch Standards hat, aber das gibt es in vielen Bundesländern nicht. Standards wie das Vier-Augen-Prinzip, Herr Kollege Aigner hat das gesagt, das gibt es in Wien selbstverständlich, weshalb auch Wien als einziges Bundesland keine Einwände gegen das Bundeskinder- und Jugendhilfegesetz hatte, alle anderen hatten solche schon, weil es würde bedeuten, sie müssten mehr Geld ausgeben und sie müssten sozusagen ihre Standards heben. Das finde ich, und das ist ja von allen Rednern gesagt worden, gerade bei so einem Thema völlig unzulässig und traurig, und deshalb muss es unser gemeinsames Ziel sein, alles daran zu setzen, dass es zu diesen Bundesstandards kommt und dass endlich dieses Gesetz beschlossen wird. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Jetzt ganz kurz zu den falschen Annahmen, die Sie in Ihrem Antrag erwähnen. Erstens schreiben Sie, es gäbe kein beziehungsweise fordern ein flächendeckendes Angebot an Supervision. Das gibt es, das steht grundsätzlich allen MitarbeiterInnen zur Verfügung, im ersten Jahr sogar verpflichtend.

Sie schreiben von einer personellen Ausdünnung. Einmal prinzipiell, es gab keinerlei Personalkürzungen oder Aufnahmestopps in den letzten Jahren, im Gegenteil, wenn man sich die Budgets anschaut 2008, 2009, 2010 in der Geschäftsgruppe. Also, wenn wo ein klarer Anstieg und eine klare Schwerpunktsetzung zu erkennen sind - da braucht man sich einfach nur die Zahlen anschauen -, dann ist das bei der MA 10 und bei der MA 11, aber man kann es ohnedies auch in Personen runterrechnen, Frau Kollegin Straubinger hat das ohne-

dies schon gemacht. Auch auf Grund der Kritik gab es ja dazu eine Studie vom KDZ, die einen klaren Bedarf festgestellt hat, der Bedarf wurde letztes Jahr und heuer erfüllt. Schon davor, 2008, gab es zehn Plätze mehr und darüber hinaus ist die stationäre Versorgung ausgebaut worden.

Sie fordern unangesagte Kontrollbesuche, wie Sie es nennen. Das gibt es auch, Hausbesuche sind Bestandteil der Arbeit im Kinderschutz, und es ist wie immer eine fachliche Abwägung, ob so ein Hausbesuch angemeldet, nicht angemeldet, öfter, weniger oft stattfindet. Aber es ist völlig normal in der Arbeit der MA 11, auf Basis ihrer Standards, dass so etwas stattfindet. Sie sagen, juristische Ausbildung kommt zu kurz. Auch falsch, es gibt ein eigenes Fortbildungszentrum mit jährlich über 200 Veranstaltungen, davon über 40 ausschließlich zu rechtlichen Themen. Jetzt einmal abgesehen davon, dass alle Neueinsteiger in der MA 11 speziell auf die Anforderungen in ihrer Kinderschutzarbeit mit insgesamt zehn Modulen geschult werden, und selbstverständlich sind die rechtlichen Grundlagen da ganz zentral. Es gibt verpflichtende fünf Fortbildungstage pro Mitarbeiter.

Um es noch einmal zusammenzufassen, die Wiener Jugendwohlfahrt ist im Vergleich zu allen anderen Bundesländern hinsichtlich der Standards, hinsichtlich der personellen Ausstattung, Standards wie zum Beispiel bei der Gefährdungsabklärung, beim Krisenmanagement, absolut führend. Das hat auch noch einmal das Kontrollamt 2006, glaube ich, bei einer Überprüfung der MA 11 bestätigt. Das vorgeschlagene Bundeskinderjugendhilfegesetz würde vorsehen, dass solche umfassenden Standards, wie eben zum Beispiel das Vier-Augen-Prinzip, wie zum Beispiel der Hilfeplan, bundesweit erfüllt werden könnten. Ich wäre der Meinung, es wäre gar nicht so schlecht von Ihnen, wenn es Ihnen wirklich an der Lösung dieses Problems liegt, dass Sie da ein bisschen mitarbeiten könnten, das kann man auch von diesem Haus aus.

Es ist von Ihnen überhaupt in keinem einzigen Satz erwähnt worden, dass es eine solche Gesetzesinitiative gibt, das finde ich ganz erstaunlich, vielleicht wissen Sie nichts davon, das würde mich gar nicht so wundern. Prinzipiell ist es ein wenig schade, der Kollege Nepp hat es gemacht, und ich habe ein bisschen den Eindruck, es wird dieses schreckliche Thema genommen, um ein bisschen damit auf einer Stimmung mitzuschwimmen. Aus meiner Sicht ist es bei einem Mord irrelevant, ob der Mörder Serbe war oder nicht, Sie haben nicht vergessen, es zu erwähnen. Ich finde das offen gestanden schäbig.

Sie dürfen alles erwähnen, und ich darf aber alles schäbig finden. Und ich finde ziemlich viel schäbig von dem, was Sie machen, in dem Fall. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Wenn es Ihnen wirklich um die Lösung von Problemen ginge und um eine gewaltfreihere Gesellschaft, dann würde ich mir wünschen, dass Sie immer dann zur Stelle sind, immer dann mitstimmen, wenn hier im Haus wichtige Initiativen abgestimmt werden, dass Sie massiv an einer Gesellschaft mitarbeiten, in der es weniger Gewalt gibt und in der Kinder und Jugendliche geborgen sind. Das fängt bei der Jugendarbeit an, das fängt bei Gewalt-

schutzprojekten für beziehungsweise gegen Frauen an - Frau Kollegin Straubinger hat es erwähnt - und bei vielen anderen Dingen mehr.

Das tun Sie oft nicht und das finde ich schade, denn was wir brauchen, ist eine Gesellschaft, in der es mehr Awareness gibt, was übrigens die MA 11 auch macht mit intensiven Kampagnen und was ja auch ein Grund dafür ist, dass es um 30 Prozent mehr Gefährdungsmeldungen gegeben hat.

Daran müssen wir weiter arbeiten, dafür braucht die MA 11 unsere Unterstützung und nicht das Problematisieren hier im Haus. Ich würde mir wünschen, dass man hier an einem Strang zieht und so Probleme löst, aber ich habe den Eindruck, dass es Ihnen ohnehin selten um das Lösen von Problemen geht, weil von Problemen leben Sie, und für deren Lösung haben Sie keine Kompetenz. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Präsidentin Marianne **Klicka**: Als nächster Redner zum Wort gemeldet ist Herr Abg Mag Dr Wansch. Ich erteile es ihm.

Abg Mag Dr Alfred **Wansch** *(Klub der Wiener Freiheitlichen)*: Frau Präsidentin! Hoher Landtag! Sehr geehrte Damen und Herren!

Jetzt ist mein Redekonzept durch Kollegen Wutzlhofer ein wenig renovierungsbedürftig geworden, weil ich habe ganz im Sinne von Kollegin Hebein meine Rede derartig angelegt, dass ich sage, Einzelschicksale dürfen nicht Gegenstand für Polemik sein. Wenn ich aber dann vom Kollegen Wutzlhofer am Schluss Worte höre, wie, es ist etwas in der Wortmeldung eines Kollegen, der sich mit diesem Thema befasst, schäbig, dann meine ich, ja, was ist denn das anders als Polemik, wenn ich heraußen stehe und mich in dieser Art mit diesem Thema auseinandersetze. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Es geht hier darum, und es ist schon mehrmals betont worden, ich möchte es nicht wiederholen, wir alle sind aus den Anlassfällen betroffen: Das Tragische ist, dass immer tragische Anlassfälle passieren müssen, damit sich die Gesellschaft mit den Themen in diesen Lebensbereichen auseinandersetzt und sich damit beschäftigt und öffentlich diskutiert, ob es dort Probleme gibt.

Natürlich stellt sich die Frage nach der Verantwortung. Diese Diskussion nach der Verantwortung wird auf zwei Wegen geführt. Ein Weg, der falsch ist, wo man ganz einfach einen persönlich Schuldigen sucht, sei es im Umfeld des Täters, seien es Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der zuständigen Jugendwohlfahrtsbehörde. Dann sagt man, hurra, man hat einen Täter und kann wieder zur Tagesordnung übergehen. Das ist der falsche Weg.

Für uns als verantwortungsbewusste Politiker, und auch das hat Frau Kollegin Hebein zu Recht angesprochen, nämlich die Verantwortungsbereitschaft, das Verantwortungsbewusstsein, dass wir uns das System der Jugendwohlfahrt anschauen müssen. Wir müssen schauen, ist das ein tragischer Einzelfall, der nicht verhinderbar ist oder stecken Systemschwächen dahinter, und wenn wir erkennen, dass Systemschwächen dahinterstecken, machen wir uns alle mitverantwortlich,

wenn wir diese Systemschwächen nicht beheben. Und zwar nicht so, dass wir auf den 100-Prozent-Lösungsvorschlag warten, sondern wir sind für jeden einzelnen Schritt, den wir nicht setzen, verantwortlich. Und ich ersuche Sie, unseren Antrag in dem Sinne zu sehen. Jeder einzelne Schritt, der in die Richtung geht, ist richtig, auch wenn es später dann Möglichkeiten für größere Schritte gibt. Machen wir jeden kleinen Schritt, der erforderlich ist. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Wenn wir darüber nachdenken, ob es ein Systemproblem gibt, dann nimmt man am besten Zahlen zur Hand. Wir sind in der Lage, auf Zahlen zu schauen und die Zahlen entnehme ich dem Bericht der Kinder- und Jugendanwaltschaft für das Jahr 2009. Es gab im Jahr 2008, so wird berichtet, 11 312 Befassungen. Das ist offensichtlich der Begriff für Anzeigefälle von vermuteter Kindeswohlgefährdung wegen oder durch Gewalt. Dann wird zitiert, dass es im Jahr 2000 3 500 Gefährdungsfälle gegeben hat, und das bedeutet ungefähr ein Drittel. Und jetzt sage ich bewusst nicht das Wort nur dazu, weil nur in diesem Zusammenhang, wo jeder einzelne Fall tragisch und zu verhindern ist, wäre nur falsch, aber ich wollte einfach transparent nebeneinander stellen, 2008 sind es 11 300 Befassungen und 2000 3 500 Gefährdungsfälle.

Jetzt möchte ich auch nicht auf eine soziologische Ursachenforschung für diese Explosion der Gefährdungsfälle, der Fälle angezeigter Gewalt gegen Kinder, eingehen. Ich möchte deshalb, weil ich am Ende doch noch hoffe, dass Sie diesem Antrag im Sinne des Wohles der unschuldigen und wehrlosen Kindern zustimmen werden, auch nicht tiefer darauf eingehen, dass es Expertenstudien gibt, dass es Beobachtungen gibt darüber, dass es einen Bereich gewaltbereiterer Einstellung gibt und das wird im Zusammenhang gebracht mit islamistischen Familien.

Ich möchte auf das alles nicht eingehen. Es spielt dort zusammen Gewalt gegen Frauen, schlechtes Vorbild für die Kinder. Auf das möchte ich nicht weiter eingehen, ich möchte eingehen auf die rechtlichen Möglichkeiten und komme damit zum Bogen. Es ist schon gesprochen worden über die Gesetzgebung. Es ist schon darüber gesprochen worden, dass es Bundes- und Ländermaterien gibt, es ist darüber gesprochen worden, dass es einerseits das Jugendwohlfahrtsgesetz gibt, dass es dann das Strafrecht gibt, dass es Datenschutzrecht gibt, und dass es Menschenrechte gibt. Stichwort Menschenrechte, adressiert an Kollegen Wutzlhofer: Es ist eine interessante Frage, welches Menschenrecht ich höher bewerte. Bewerte ich das Menschenrecht des unschuldigen, wehrlosen Kindes auf Leben und körperliche Unversehrtheit höher als das Recht des Täters auf Datenschutz, oder sage ich, der Datenschutz für diesen Täter ist mir so wichtig.

Ich glaube, die Entscheidung kann für jeden nur klar sein: Das Menschenrecht des unschuldigen, wehrlosen Kindes auf Leben und körperliche Unversehrtheit steht über allem. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Es ist schon angesprochen worden – und ich möchte da so ein bisschen einen Bogen spannen und noch ein-

mal zusammenfassen, damit man nicht durch die Diskussion der Details den Blick auf das große Anliegen verliert -: Es ist einerseits Aufgabe der Gesetzgebung. Wir sind aufgerufen, im Rahmen der Möglichkeiten, die wir auf landesgesetzlicher Ebene haben, unsere Schritte zu setzen. Wir sind in der Lage, den Bundesgesetzgeber auf Probleme und Möglichkeiten hinzuweisen. Das hat der erwähnte Antrag im Bereich der Gesetzgebung zum Gegenstand.

Daneben gibt es die Vollziehung, und in der Vollziehung ist es jetzt so: Ich glaube, man kann es sich nicht so einfach machen und grundsätzlich sagen, es gibt Initiativen, die Welt ist in Ordnung - insbesondere auch deshalb nicht, weil es zum Beispiel einen Bericht der Volksanwaltschaft gibt, in dem festgestellt wird, dass besonders im Bereich der Ausbildung große, gravierende Mängel bestehen. Es gibt den Bericht der Kinder- und Jugendanwaltschaft Wien, wo die Ausdünnung der Personalstrukturen angeprangert wird. Und ich sage das Ganze vor dem Hintergrund, dass, wie ich eingangs erwähnt habe, die Zahlen belegen, dass die Anzahl der Fälle, in denen diese Institution befasst wurde, explodiert ist. Das heißt, bei einem Anstieg von 3 000 auf 11 000 Fälle müsste man das eigentlich auch am Mitarbeiterstand sehen. Man sieht es aber nicht, es sind ja die Zahlen heute genannt worden. Die personelle Ausstattung wird dieser Situation in keiner Weise gerecht, und jetzt sind die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in einer besonders unangenehmen und unerträglichen Situation: Auf der einen Seite wird ein dramatisch steigender Arbeitsanfall festgestellt, ebenso wie eine dramatisch gestiegene Verantwortung, weil an den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in der Jugendwohlfahrt, die ja auch eine idealistische Einstellung haben, diese Schicksale nicht spurlos vorbeigehen. Und dann kommt noch eine Facette dazu, nämlich bei tragischen Unglücksfällen die mediale Verfolgung auch der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Jugendamt.

Und da möchte ich kurz den von Kollegin Straubinger zitierten „Presse“-Artikel ansprechen, der bringt nämlich diese Dramatik für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Jugendwohlfahrt zum Ausdruck. Ich zitiere nur den Einleitungssatz, in dem der zitierte Familienrichter Folgendes aussagt: „Politik und Medien stempeln in Fällen wie Luca und Cain das Jugendamt zum Sündenbock.“ – Okay, das ist das, was ich angesprochen habe: Das Jugendamt wird verantwortlich gemacht. Dann kommt aber der zweite Halbsatz: „Der Ruf nach dem Strafgericht ist aber überzogen.“

Meine Damen und Herren! Wir sind in einer Diskussion, wo man darüber nachdenkt, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Jugendwohlfahrtsämter und –behörden persönlich strafrechtlich zu verfolgen. Und zu dieser drohenden persönlichen Verfolgung der Mitarbeiter hat dann dieser Richter seine Aussagen gemacht, dass er die wahren Ursachen woanders sieht. Er hat aber keine Aussage getroffen, die dem heutigen Antrag, unserem ersten Schritt, widersprechen würde.

Deshalb: Aus dieser Situation für die Mitarbeiter kommt im Ergebnis der zweite Teil unseres Antrags



heraus. Der eine Teil hat auf die Gesetzgebung abgezielt, der zweite Teil zielt auf die Vollziehung ab, wo wir eben, wie ich hoffentlich jetzt darlegen konnte, echte Probleme haben, oder sagen wir so, wo die Situation verbesserungsfähig ist. Und es wäre jetzt schade, dies auf eine parteipolitischen Diskussion zu reduzieren, wo die Regierungsseite sagt, nein, nein, es ist ohnedies alles in Ordnung, und die Opposition sagt, es ist nichts in Ordnung - und dann tun wir halt nichts, weil man ohnedies weiß, die einen sagen das, die anderen sagen das.

Ich ersuche Sie daher im Sinne des schon oftmals erwähnten Wohles der unschuldigen und wehrlosen Kinder, die in Wirklichkeit unsere Zukunft sind, das kurz einmal auf die Seite zu legen und unserem Antrag die Zustimmung zu geben. – Ich danke Ihnen. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Präsidentin Marianne **Klicka**: Als Nächste zu Wort gemeldet ist Frau Abg Dr Laschan. Ich erteile es ihr.

Abg Dr Claudia **Laschan** (*Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates*): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren!

Ich habe mich mehr oder weniger spontan zu Wort gemeldet, weil ich die verschiedenen Ausführungen verfolgt habe und gefunden habe, dass da noch ein bisschen Aufklärungsbedarf besteht. Ich möchte auf das schöne und wichtige Wort Verantwortung eingehen, nämlich: Aus der Verantwortung heraus für einen Bezirk, der der ärmste Bezirk von ganz Wien ist - das ist nachzulesen bei Statistik Austria, so heißt das, glaube ich, jetzt; aber man braucht es nicht nachzulesen, wenn man dort lebt und gearbeitet hat -, aus diesem Wissen heraus haben wir die Verantwortung wahrgenommen und haben in diesem 15. Bezirk unzählige Projekte im Gesundheits- und vor allem im Sozialbereich begonnen und durchgeführt. Und es sind so viele Projekte, dass mehrere Vormittage nicht ausgereicht haben, diese den Menschen, die sich in diesen Projekten vernetzen und die auch vor allem im Gesundheits- und Sozialbereich tätig sind, vorzustellen. Damit sind wir noch lange nicht fertig und werden dafür wahrscheinlich noch Jahre brauchen.

Das sind Projekte, die abgeschlossen sind, es sind Projekte, die in den Regelbetrieb übergegangen sind, und es sind Projekte, die sich etabliert haben und im Laufen sind, und es sind vor allem auch zwei rot-grüne Projekte. Eines davon ist von Frau Dr Pilz und mir gemeinsam mit der Magistratsabteilung 11 entwickelt worden, in unzähligen Stunden Kleinarbeit, in vielen, vielen Treffen und Besprechungen. Dieses Projekt heißt „Frühe Förderung“ und hat als Fokus das Kind. Zielgruppe dieses Projektes sind arme Familien, also Menschen, Familien, die sozial benachteiligt sind. Es ist ein komplizierter Prozess, auch an diese Familien heranzukommen, denn wir wollen ja in diesem Projekt auch die haben, die es wirklich brauchen. Die Familien, die in diesem Projekt sind, werden begleitet durch die MitarbeiterInnen - meistens Frauen, aber auch Männer - der Magistratsabteilung 11, die FamilienhelferInnen sind und die mit diesen Familien eine hoch qualifizierte unterstützende Arbeit mit dem Schwerpunkt Kind machen, und zwar bis zum 2.

Lebensjahr. Da spielen alle Aspekte mit hinein, gesundheitliche und soziale, und da gehört auch die Gewaltprävention dazu. Das ist Gewaltprävention, gelebte Gewaltprävention im 15. Bezirk.

Ich erkläre das deswegen so genau, weil ich überzeugt bin, dass das die FPÖ nicht weiß. Aber es passiert so viel in dieser Stadt in mühevoller Kleinarbeit - und nicht in plakativer Heraushängerei und mit Wörtern wie Mord und mit einer Vermittlung anhand fürchterlicher Geschehnisse, sondern einfach tagtäglich in der kleinen, aber so wichtigen täglichen Arbeit für die Menschen.

In diesem Zusammenhang möchte ich auch erwähnen, dass es im 15. Bezirk, so wie in vielen anderen Bezirken, seit vielen, vielen Jahren die außerschulische Jugendbetreuung gibt. Einer der Erfinder war Ernst Outolny, der nämlich die Idee gehabt hat, Parks nicht durch Leute mit Knüppeln in der Hand bewachen zu lassen - was ja auch nicht wirklich zur Gewaltprävention beiträgt, denn man lernt ja von Vorbildern, wie man in der Pädagogik weiß -, sondern eine Betreuung, eine sozialarbeiterische Begleitung für die einzelnen Benutzergruppen zu entwickeln. Und aus der Parkbetreuung hat sich die außerschulische Jugendbetreuung entwickelt, die längst keine Parkbetreuung mehr ist, sondern die genau das ist, was Sie immer fordern. Und das Absurde daran ist, dass Sie, seit ich denken kann, in der Bezirksvertretung immer gegen das Budget für diese außerschulische Jugendbetreuung stimmen. *(Abg Nurten Yilmaz: Das wundert mich aber jetzt!)* Und darum reden Sie mit gespaltener Zunge! *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Sie reden mit gespaltener Zunge, und das wollen wir uns in dieser Stadt nicht gefallen lassen. Und das werden auch die Menschen, die betroffen sind - alle Menschen nämlich - erkennen, und sie erkennen es auch. Man braucht Ihnen nur genau zuzuhören und man weiß sowieso, wo es langgeht.

Ich bin froh, nebenbei bemerkt, dass ich in diesem Bezirk lebe und arbeiten darf *(Abg Mag Wolfgang Jung: Sie wollen ja freie Hand für Ihre links-linken Projekte!)*, und ich bin stolz darauf, wie viel in diesem Bezirk an Sozialprojekten und Gesundheitsprojekten weitergeht. - Danke. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Präsidentin Marianne **Klicka**: Zum Wort gemeldet ist Herr StR Oxonitsch. Ich erteile es ihm.

Amtsf StR Christian **Oxonitsch**: Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Es ist jetzt - und ich finde das ja grundsätzlich begrüßenswert - sehr viel über einen sehr, sehr wesentlichen Bereich der Stadt diskutiert worden, einen Bereich, der - und es wurde auch darauf hingewiesen - der Stadt auch dadurch sichtbar wichtig ist, dass die Stadt große finanzielle Ressourcen investiert, dass sie immer wieder auch viel in den Bereich der Ausbaumaßnahmen - seien es Krisenzentren, seien es Wohngemeinschaften, sei es im Zusammenhang mit Diskussionen über Personal - investiert hat und auch weiter investiert.

Aber ich glaube, es muss schon auch zulässig sein zu sagen, man kann eine Diskussion, wenn sie wirklich ernsthaft betrieben wird, durchaus auch - und so bitte ich meine Wortmeldung zu verstehen - ein bisschen als

Appell betrachten, darüber nachzudenken, ob man diesem Bereich auch in der täglichen Arbeit und immer wieder auch in Diskussionen hier in diesem Haus den entsprechenden Stellenwert einräumt oder ihn nur dann hervorkramt, wenn es eben - und es ist ja mehrmals darauf hingewiesen worden - tragische Fälle gibt - zwar nicht in Wien, aber sie sind auch nie auszuschließen, ich glaube, da sind wir uns auch alle einig -, ob man also nur dann dieses Engagement zeigt, wenn es um diese tragischen Fälle geht.

Ich muss sagen, dieser Bereich, für den ich jetzt zuständig bin, ist ein Bereich, dem eben immer wieder - das ist ja auch in mehreren Wortmeldungen, ganz egal, von welcher Partei, angesprochen worden - entsprechendes Augenmerk zu widmen ist und der auch ein belastender Bereich ist, wenn man weiß, dass Kinder Gewalt ausgesetzt sind. Es ist ein Bereich, in dem man tagtäglich sein eigenes Handeln zu überprüfen hat: Ist das jetzt genau der richtige Schritt oder ist das nicht der richtige Schritt? Aber da können wir ja noch trefflich darüber philosophieren.

Für die SozialarbeiterInnen, für die Sozialpädagogen und -pädagoginnen stellt sich diese Frage ja noch wesentlich intensiver. Daher finde ich es einfach notwendig, dass wir, wenn wir heute hier eine Debatte führen, diese Thematik auch immer wieder in der laufenden Arbeit etwas intensiver diskutieren. Und da muss ich ganz ehrlich sagen, ich erinnere mich an viele Debatten hier im Gemeinderat, wo ich dieses Engagement der Freiheitlichen, das heute zu hören war, oder durchaus auch konstruktive Vorschläge vermisst habe. Viele ihrer Vorschläge halte ich nämlich nicht für sinnvoll, sage ich auch dazu, denn es ist schon darauf hingewiesen worden: Die gesamte Datenbankgeschichte klingt sehr gut, aber im konkreten Fall, über den wir diskutieren, hätte sie null geholfen, wenn dort jemand nicht gemeldet ist. Aber man kann zumindest einmal sagen, darüber kann man diskutieren.

Diese Diskussionen habe ich vermisst, als es zum Beispiel darum ging - wir haben das ja auch hier am Rande von diversen Budget- und Rechnungsabschlussdiskussionen immer wieder gehabt -, im Sinne dessen, was Sie, Kollege Wansch, Verantwortung genannt haben, dass die Sozialarbeiterin auf einmal die war, die bei Gericht verurteilt wurde. Darüber haben wir mehrmals hier diskutiert. Da kann ich mich nicht an besonderes Engagement Ihrerseits erinnern, als es darum gegangen ist zu sagen: Wo sind denn hier strukturelle Mängel? - Aber es kann doch nicht so sein, dass jene Kollegin - Kollegin im Sinne von einer Sozialarbeiterin -, die eine sehr, sehr schwierige Aufgabe hat, die Erste ist, die dann plötzlich zur Rechenschaft gezogen wird.

Also ich glaube, man muss diese Diskussion ständig führen. Insofern appelliere ich an Sie: Führen wir diese Diskussionen! Und ich ersuche Sie da schlicht und ergreifend, sich weiterhin einzubringen. Denn bisher, muss ich sagen - und das ist das, was ich eben nicht ganz teilen - führen wir diese Diskussion nur dann, wenn es irgendwo einen Einzelfall gibt. Zum Glück war dieser nicht in Wien, aber das hilft nichts. Die Frage, ob richtige Struktu-

ren vorhanden sind, muss man sich täglich stellen, immer in der tagtäglichen Arbeit.

Ich erinnere auch an die Diskussion, als wir vor rund einem Jahr die Arbeit der Eltern-Kind-Zentren - so viel auch noch zur Personalausstattungsdiskussion - ganz bewusst, was durchaus auch hier politisch kritisiert wurde, in der Struktur verändert haben. Es geht ja nicht immer darum, zusätzliches Personal zu schaffen, sondern es geht auch darum zu sagen: Welche Einrichtungen habe ich, und was an Angeboten kann ich in einer bestimmten Situation eben nicht mehr bieten, zum Beispiel im Sinne von klassischen Kursangeboten, die wir für den Mittelstandsbereich hatten? Da sage ich, das ist nicht der Kernbereich der MA 11, sondern wir sollten uns mehr jenen Problemstellungen widmen, um die es geht: Um die Prävention, um die Unterstützung von Eltern oder im Speziellen auch Kindern oder Ehepartnern, die Gewaltsituationen ausgesetzt sind, hier Hilfestellung zu geben.

Darüber ist diskutiert worden, und ich bin auch kritisiert worden und gefragt worden: Warum gibt es die Babytreffs nicht mehr? Und ich habe ganz offen gesagt: Deshalb, weil ich glaube, die Jugendwohlfahrt hat sich mehr genau solchen Dingen zu widmen, als zum Beispiel ein Angebot zu schaffen, von dem wir ganz genau gewusst haben, dass jene, für die es gedacht war, es nicht in Anspruch nehmen, sondern es war ein netter Treffpunkt für viele Eltern. Solange man das tun kann, soll man es auch tun, aber wenn es neue Prioritäten gibt - und steigende Gefährdungsmeldungen sind neue Prioritäten -, dann machen wir es nicht mehr, weil ich glaube, hier ist der richtige Ansatz.

Insofern ersuche ich daher: Diskutieren wir diese Fälle nicht immer nur anhand von Einzelfällen, denn solche werden leider immer wieder irgendwo auftauchen, sondern diskutieren wir Strukturen, diskutieren wir Qualitätsstandards und bemühen wir uns gemeinsam, dass eines - und das ist ja mehrmals gesagt worden - endlich kommt, nämlich wirklich einheitliche Standards in ganz Österreich. Da brauchen wir uns nicht zu verstecken, sondern da haben viele andere aufzuholen, aber das ist für uns auch eine Bestätigung unserer Arbeit.

Zum Abschluss möchte ich vor allem noch ein herzliches Dankeschön an all jene Kolleginnen und Kollegen sagen, die sich tagtäglich die Frage zu stellen haben: Was ist für dieses - heute mehrmals eingeforderte - Kindeswohl das Richtige? Dass das Kind bei der Mutter bleibt? Dass es beim Vater bleibt? Dass es in eine Wohngemeinschaft geht? Dass es in ein Krisenzentrum geht? Und: Welche therapeutischen Angebote werden erstellt? - Diese Fragen haben sich KollegInnen, und es sind Hunderte in Wien, tagtäglich zu stellen. Und daher sollte man, glaube ich, diese Arbeit an dieser Stelle nach so einer Diskussion durchaus auch würdigen und schlicht und ergreifend Danke sagen, denn es ist eine große Belastung, und diese Verantwortung tragen diese Menschen in Wien. - Danke. *(Beifall bei SPÖ und GRÜ-NEN.)*

Präsidentin Marianne **Klicka**: Danke, Herr Stadtrat. Zum Wort gemeldet ist Herr Abg Mag Gudenus. Ich

erteile es ihm.

Abg Mag Johann **Gudenus**, MAIS (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Es muss nicht immer die SPÖ das letzte Wort haben. (*Zwischenruf bei der SPÖ.*) In der Diskussion, meine ich. Dass man sich dauernd als Letzter zu Wort meldet, heißt noch nicht, dass man recht hat. Das möchte ich jetzt auch insofern zeigen: Herr StR Oxonitsch hat mit vielen Worten nach Argumenten zu greifen versucht, mit denen er begründen kann, dass er diesen sinnvollen Antrag ablehnt. Sagen Sie mir bitte einen rationalen, sinnvollen Grund, warum dieser Antrag abzulehnen ist? (*Beifall bei der FPÖ.*)

Alles, was in diesem Antrag steht, ist zu begrüßen! Und auch wenn vielleicht die Transparenzdatenbank im konkreten Fall Cain nicht geholfen hätte, so würde sie in vielen anderen Fällen, die uns in Zukunft leider irgendwie einholen werden, helfen. Nennen Sie mir also einen konkreten Grund, warum Sie diesen Antrag, diesen sinnvollen Antrag ablehnen! (*Amtsf StR Christian Oxonitsch: Was Sie schon wieder wissen! – Der steht gar nicht zur Abstimmung!*)

Und weil Sie davon sprechen, dass die Freiheitliche Partei immer nur dann mit Forderungen nach außen gehe, wenn ein schlimmer und tragischer Fall eingetreten ist, weise ich Sie darauf hin, dass wir in den letzten

Jahren laufend im Parlament unsere Anträge eingebracht haben und dass diese von Ihnen, von der SPÖ, laufend abgelehnt worden sind. - So viel zu Ihrer Seriosität.

Stimmen Sie diesem Antrag zu, wenn Sie es mit dem Wohl der Kinder ernst meinen! (*Beifall bei der FPÖ. – Amtsf StR Christian Oxonitsch: Es gibt ja keine Abstimmung!*)

Präsidentin Marianne **Klicka**: Ich möchte Herrn Abg Mag Gudenus daran erinnern, dass dieser Antrag nicht abgestimmt wird (*Abg Mag Johann Gudenus, MAIS: Im Ausschuss!*), sondern dass der Antrag auf Zuweisung an den Landeshauptmann gestellt wurde. Und diese Zuweisung wird hier im Landtag auch stattfinden. Zu Wort ist niemand mehr gemeldet. Die Besprechung des Dringlichen Antrags ist somit beendet.

Den vorhin erwähnten Antrag weise ich wie gewünscht zur weiteren Behandlung dem Herrn Landeshauptmann zu.

Damit ist die Tagesordnung der heutigen Sitzung erledigt. Tag, Stunde und Tagesordnung der nächsten Sitzung werden auf schriftlichem Wege bekannt gegeben.

Die Sitzung ist geschlossen, und ich wünsche Ihnen noch einen schönen Tag.

(*Schluss um 13.19 Uhr.*)